Schweizerisches Bundesblatt.

46. Jahrgang: I.

Nr. 10.

7. März 1894.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 5 Franken.

Einrückungsgebühr per Zeile oder deren Raum 15 Rp. — Inserate franko an die Expedition.

Druck und Expedition der Buchdruckerei Karl Stämpfli & Cie. in Bern.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1893.

B. Geschäftskreis des Industrie- und Landwirtschafts- departements.

I. Abteilung.

Industrie.

I. Industrie- und Gewerbewesen im allgemeinen.

Die Frage der Einführung einer schweizerischen Gewerbe-gesetzgebung ist durch den Bundesbeschuß vom 20. Dezember betreffend Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Zusatz bezüglich des Rechts der Gesetzgebung über das Gewerbewesen (Bundesbl. 1894, I, 28) zu einem einstweiligen Abschluß gekommen.

Über das weitere verweisen wir auf Ihre Verhandlungen selbst.

Mit dem Traktandum stehen folgende Eingaben im Zusammenhang:

1. Gesuch der Gesellschaft schweizerischer Tierärzte vom 21. Februar, „es sei durch Schaffung eidge-

nössischer Bestimmungen anzustreben, daß die Ausübung des Hufbeschlaggewerbes an die Beibringung eines die Fähigkeit bekundenden Prüfungsausweises gebunden werde“.

2. Gesuch des Centralvorstandes der schweizerischen Arbeiterinnenvereine vom 15. März, „es möchte in den Art. 34 der Bundesverfassung ein Zusatz aufgenommen werden, welcher bestimmt, daß zum Schutze aller Arbeiterinnen, welche in Gewerben jeder Art beschäftigt sind, die nicht unter das eidgenössische Fabrikgesetz fallen, ein eidgenössisches Gesetz erlassen werden solle“.

3. Eingabe der schweizerischen Handelsgesellschaft vom 31. Mai betreffend Gewerbegerichte, Lehrlingswesen, Konsumvereine, Sonntagsruhe, obligatorische Berufsgenossenschaften und Terminhandel.

4. Gesuch des Vereins schweizerischer Buchdruckereibesitzer vom 1. Juni, mit folgender These:

„Es ist ein dringendes Bedürfnis des gesamten schweizerischen Gewerbewesens, daß durch ein eidgenössisches Gewerbegesetz die Bildung obligatorischer Berufssyndikate nach folgenden Grundsätzen ermöglicht werde:

- a. Die Mehrheit der Genossen eines Gewerbes kann die Bildung eines obligatorischen Syndikates beschließen.
- b. Kein Gewerbe kann durch das Gesetz zur Bildung eines obligatorischen Syndikates verhalten werden.
- c. Die bezügliche Gewerbeverfassung giebt sich jedes Gewerbe selbst, vorbehaltlich ihrer Genehmigung durch die Bundesbehörden.
- d. Die Verordnungen der obligatorischen Syndikate haben Gesetzeskraft.
- e. Obligatorischen Berufsgenossenschaften liegt die Sorge für den Unterhalt der arbeitslosen Berufsgenossen ob.“

5. Petition, eingelangt am 6. Dezember, unterzeichnet von 68 Coiffeurprinzipalen des Kantons Genf, zu gunsten der obligatorischen Berufsgenossenschaften.

Die Berücksichtigung dieser Begehren ist wesentlich von dem Inkrafttreten des erwähnten Bundesbeschlusses vom 20. Dezember abhängig.

Mit Schreiben vom 6. Juni überwies der Nationalrat die neu eingelangten Petitionen von 36 Volksversammlungen (Gesamtzahl der Teilnehmer circa 26,300) des 1. Mai 1893 dem Bundes-

rat, mit der Einladung, über dieselben, wie über die ihm voriges Jahr zugewiesenen analogen Petitionen auf die Dezembersession Bericht zu erstatten. Die Petition vom 1. Mai 1893 ist mit derjenigen vom 1. Mai 1892 wörtlich übereinstimmend; ihre 5 Postulate sind im letztjährigen Geschäftsbericht abgedruckt. Überhäufung mit anderer Arbeit verhinderten das referierende Departement, den verlangten Bericht bis zum genannten Termin zu erstatten; außerdem war das erforderliche Aktenmaterial erst im Herbst einigermaßen vollständig. Das Departement hofft, die Angelegenheit in den ersten Monaten des Jahres 1894 erledigen zu können, soweit sie seinen Geschäftskreis berührt; im übrigen hat es die Petitionen auch dem ebenfalls beteiligten Justiz- und Polizeidepartement mitgeteilt.

Der leitende Ausschuß des schweizerischen Arbeiterbundes petitionierte um Zusicherung eines Bundesbeitrages von Fr. 3000 an die Kosten des im Jahre 1894 in Zürich abzuhaltenden internationalen Kongresses für Arbeiterschutz. Da letzterer gleichen Bestrebungen dient, welche wir selbst wiederholt schon verfolgt haben, nämlich der Anbahnung einer internationalen Verständigung über den gesetzlichen Arbeiterschutz, und es nicht unwahrscheinlich ist, daß, wenn die Arbeiter der verschiedenen Staaten selbst diese Angelegenheit an die Hand nehmen, sie eine wesentliche Förderung erfahren werde, entsprochen wir dem Begehren, unter der Bedingung, daß die gegebenen Zusicherungen betreffend den neutralen Charakter des Kongresses seiner Zeit genau vollzogen würden (27. Oktober).

II. Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken.

1. Unterstellung unter das Gesetz.

Im Jahre 1893 wurden dem Gesetze unterstellt und in das Verzeichnis der Fabriken eingetragen:

im I. Kreis	66	Etablissements	mit	1139	Arbeitern
„ II. „	130	„	„	1778	„
„ III. „	124	„	„	1473	„
Zusammen	<u>320</u>	Etablissements	mit	<u>4390</u>	Arbeitern

Vom genannten Verzeichnis wurden gestrichen:

im I. Kreis	74	Etablissements	mit	945	Arbeitern
„ II. „	32	„	„	683	„
„ III. „	49	„	„	741	„
Zusammen	<u>155</u>	Etablissements	mit	<u>2369</u>	Arbeitern

Der Zuwachs beträgt somit:

im I. Kreis	—8	Etablissements mit	+194	Arbeitern
„ II. „	98	„ „	1095	„
„ III. „	75	„ „	732	„
Zusammen	<u>165</u>	Etablissements mit	<u>2021</u>	Arbeitern

Auf 31. Dezember 1893 waren dem Gesetze 4753 Etablissements mit 190,400 Arbeitern (nach neuester Zählung der Fabrikinspektoren) unterstellt, gegenüber 2841 pro 31. Dezember 1883.

Im Berichtsjahre wurden 6 Rekurse, welche gegen die verfügte Unterstellung unter das Gesetz erhoben worden waren, vom Bundesrate erledigt, 5 in abweisendem, 1 in gutheißendem Sinne. Es darf wohl bemerkt werden, daß die geringe Zahl dieser Beschwerden erfreulich ist, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß unsere Praxis in der Anwendung von Art. 1 des Gesetzes doch ziemlich weit geht. Gute Dienste leistet für die einheitliche Vollziehung des letztern der von Ihnen sanktionierte Bundesratsbeschluß vom 3. Juni 1891, der sich sehr bewährt hat. Grundsätzliches Interesse bieten jene Rekursentscheide nur in folgendem Falle:

Eine Hemdenfabrik mit Wäscherei und Glättereier wurde mit ihrem Gesuche um Streichung von der Fabrikliste nur in Bezug auf die Glättereier zugelassen, mit der Begründung betreffend die letztere: Die Glättereier, in der zur Zeit 6 Frauenspersonen von über 18 Jahren beschäftigt sind, ist in einem andern Gebäude untergebracht, bildet jedoch, wie die Wäscherei, ebenfalls einen Teil der Hemdenfabrik und wäre demnach dem Gesetze in gleicher Weise zu unterstellen, wenn nicht die eigenartigen Betriebsverhältnisse dieses Geschäftszweiges gewisse Rücksichtnahme bedingten. Die Arbeit in der Glättereier häuft sich nämlich zeitweilig, z. B. vor Weihnachten, so an, daß sie in der Normalarbeitszeit nicht bewältigt werden kann. Mit Bewilligungen zur periodischen Überzeitarbeit kann nicht nachgeholfen werden, da in dem Gesetz unterstellten Etablissements Frauenspersonen nach 8 Uhr abends überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Indem überdies die Glättereier des Rekurrenten sich von einem Ausrüstereigeschäft der Stickerie-Industrie nur unwesentlich unterscheidet — da wie dort wird die fertige Ware geglättet, verpackt und zum Versand hergerichtet, d. h. „ausgerüstet“, eine Bezeichnung, wie sie diesen Arbeiten in beiden Branchen beigelegt wird — und diesen letztern gegenüber vom Bundesrat bisher keine die Arbeitszeit einschränkenden Bestimmungen aufgestellt worden sind, wäre es unbillig, wenn nicht einer ähnlichen Verrichtung in einer andern Industrie dieselbe Vergünstigung zu teil würde (11. April).

Anläßlich der in Anwendung des Bundesgesetzes betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb (s. unten Ziff. IV) zu behandelnden Frage, ob die Sägerei B. in S. unter letzteres und unter das Fabrikgesetz falle, wurde vom Bundesrat gegenüber einem Wiedererwägungsgesuch entschieden: Die im Bundesratsentscheid vom 13. Oktober 1885, betreffend die Qualifikation der Arbeiten auf dem Holzplatz, enthaltene Auffassung ist auch jetzt noch festzuhalten. In der That gehören die Verrichtungen, welche auf dem (an die Sägerei anstoßenden) Holzplatz vorgenommen werden, ihrer Natur und Bestimmung nach zum Betrieb eines Sägerei-Etablissements und bilden mit ihm ein Ganzes, woran der in S. obwaltende Umstand, daß die Platzarbeiter mit dem Innern der Säge nicht in Berührung kommen und beispielsweise den Transport des Holzes von und zu der Säge nicht zu besorgen haben sollen, nichts ändert, denn ihre sonstige Arbeit steht gleichwohl mit derjenigen auf der Säge selbst in zwingendem Zusammenhang. Dazu kommt, daß auch die Arbeit auf dem Holzplatz selbst eine erhebliche Verletzungsgefahr bedingt. Die Platzarbeiter sind somit in die Gesamtarbeiterzahl einzurechnen. Beim nämlichen Anlaß wurde die Praxis sanktioniert, wonach alle Familienangehörigen des Arbeitgebers, welche nicht selbst Firmainhaber sind, für die Ermittlung der Arbeiterzahl mitzählen (17. Februar).

Es wird stets noch versucht, durch Verpachtung von industriellen Anstalten oder Teilen solcher sich dem Gesetze zu entziehen; so geschah es seitens der oben erwähnten Hemdenfabrik (Verpachtung der Wäscherei), eines Sägereibesitzers etc. Das Departement antwortete jeweilen, daß es von der Streichung aus der Fabrikliste so lange Umgang nehme, bis die Firma sich über das Vorhandensein eines schriftlichen Pachtvertrages ausgewiesen habe, und der Beweis erbracht sei, daß die Pacht nicht nur eine vorübergehende oder fiktive sei.

In einem andern Fall wurde vom Departement festgehalten, daß die Streichung nicht auf bloße Anzeige hin, daß Reduktion der Arbeiterzahl eintrete, bewilligt werden könne, sondern es müsse der Nachweis geleistet werden, daß diese Reduktion eine bleibende sei (18. Februar).

Auf der andern Seite lehnte das Departement die Unterstellung einer mechanischen Schreinerei mit 2 Arbeitern ab, indem bei dieser Arbeiterzahl kaum mehr von einer Mehrzahl von Personen im Sinne von Art. 1 des Gesetzes gesprochen werden könne und die bundesrätliche Praxis auch noch nie auf diese Minimalzahl zurückgegangen sei (28. Oktober).

Mit Eingabe vom 12. Mai postulierte das Centralkomitee des Centralverbandes der Stickerei-Industrie der Ostschweiz die Unterstellung der Hausindustrie der Maschinenstickerei unter die „gesetzlichen Bestimmungen eines Normalarbeitstages“. Das Departement machte das Komitee auf die großen Schwierigkeiten, die sich einer baldigen Erledigung seines Begehrens entgegenstellen, aufmerksam; abgesehen davon, ob die von ihm gewünschte Maßregel an und für sich zu billigen sei und ob sie überhaupt durchführbar wäre, müsse bemerkt werden, daß sie auf dem Boden der gegenwärtigen Fabrikgesetzgebung des Bundes nicht eingeführt werden könnte, da letztere nach ihrer verfassungsmäßigen Basis und nach ihrer Anlage ganz andere Voraussetzungen habe; vor Ausarbeitung der geplanten Gewerbegesetzgebung sei wahrscheinlich nicht an die Behandlung jenes Postulats zu denken (14. Juli).

2. Nacht-, Sonntags- und Hilfsarbeit.

Unter den durch das Gesetz und die jeweiligen Verhältnisse gebotenen Bedingungen wurde, nach vorangegangener Begutachtung durch Kantonsregierung und Fabrikinspektor, bewilligt:

a. *Nachtarbeit* (Art. 13 des Gesetzes).

5 Zeitungsdruckereien, 2 chemischen Fabriken, 1 Pulverfabrik, 1 Eisenwerk.

b. *Nacht- und Sonntagsarbeit* (Art. 13 und 14).

2 chemischen Fabriken (für Fabrikation von Essigsäure und Mennige), 1 Zuckerfabrik.

c. *Sonntagsarbeit* (Art. 14).

1 Tuchfabrik (für Operationen der Färberei), 1 Petroleumtransitlager.

d. *Hilfsarbeit* (Art. 12).

1 Verzinkanstalt für das Flüssigmachen des Zinkes, den Baumwolldruckereien teilweise (Departementsbeschluß vom 14. Juli, Bundesbl. III, 777).

Abgewiesen wurden die Gesuche einer Karbonisieranstalt und einer Tabakfabrik um Wiedererteilung zurückgezogener Bewilligungen zu Nachtarbeit;

- einer Cementfabrik, Kartonfabrik, Holzstofffabrik und einer Mehlmühle um Bewilligung von Sonntagsarbeit in Abweichung vom Bundesratsbeschluß vom 14. Januar 1893 (siehe den letztjährigen Geschäftsbericht);
- dreier Teigwarenfabriken um Bewilligung von Sonntagsarbeit für Arbeiterinnen;
- des schweizerischen Zieglervers eins betreffend Nichtanwendung von Art. II, Ziff. 3, des letzterwähnten Bundesratsbeschlusses auf den Brennbetrieb der Ziegeleien (Bundesratsentscheid vom 25. April, Bundesbl. II, 809);
- des Vereins schweizerischer Cement-, Kalk- und Gipsfabrikanten um Abänderung desselben Beschlusses (Bundesratsentscheid vom 1. Dezember, Bundesbl. V, 390).

Zurückgezogen wurden zufolge stattgefundener Verhandlungen die Gesuche einer Waschanstalt und einer Seidenfärberei um Bewilligung von Nacharbeit.

Eine Spinnerei und Weberei, welche um generelle Bewilligung zur Vornahme von Notarbeiten an Sonntagen einkam, wurde veranlaßt, die Angelegenheit, welche auch andere Etablissements ihrer Branche anging, dem schweizerischen Spinner-, Zwirner- und Weberverein zu kollektiver Behandlung vorzulegen. Dem von diesem hierauf eingenommenen Standpunkt, daß es zur Vornahme von Hilfs- und Notarbeiten keiner behördlichen Bewilligung bedürfe, konnte allerdings das Departement nicht beistimmen; ferner wurde der Verein auf den Bundesratsbeschluß vom 3. Juni 1891 betreffend Hilfsarbeiten in Fabriken aufmerksam gemacht; ein weitergehendes Gesuch ist bisher nicht mehr eingegangen.

Das Fabrikinspektorat meldete, daß eine Kantonsregierung generelle Bewilligungen für Vornahme von „Notarbeiten“ an Sonntagen erteile. Der Regierung gegenüber, die hierzu die Kompetenz in Anspruch nehmen zu können glaubte, machte das Departement auf Ziff. 2 des Bundesratsbeschlusses vom 3. Juni 1891 aufmerksam, wonach sich die Bundesbehörde vorbehalten habe, für die Vornahme anderer als der in diesem Beschlusse genannter Hilfs-, eventuell Notarbeiten die generelle Erlaubnis zu erteilen; es müsse demnach verlangen, daß bezügliche Gesuche, sei es von einzelnen Etablissements, sei es kollektiv von den Angehörigen ganzer Industriegruppen, ihm künftig zum Entscheid vorgelegt werden; diese Verhältnisse müssen von Bundes wegen geordnet werden, damit die Vollziehung des Gesetzes in den Kantonen eine einheitliche sei, während allerdings in solchen Fällen, wo es sich um Notarbeiten vorübergehender oder ausnahmsweiser Natur handle, die

kantonale Behörde zuständig sei, dafür Bewilligungen zu erteilen oder, wenn deren Einholung nicht zuvor möglich sei, die nachträgliche Anzeige vorgenommener Notarbeit behufs Kontrolle entgegenzunehmen (9. Oktober).

Anläßlich eines Specialfalles wurde vom Departement die Erläuterung gegeben, daß das bundesrätliche Kreisschreiben vom 2. September 1886, soweit es die Hülfсарbeit in Bierbrauereien regelt, durch den Beschluß vom 14. Januar 1893 nicht aufgehoben worden sei (4. November).

Betreffend die Sonntagsarbeit des Speditionspersonals in Bierbrauereien war der Bundesrat im Falle, eine Interpretation zu geben, betreffend welche wir auf Bundebl. V, 168, verweisen (24. November).

Eine Vergleichung mit unserem letztjährigen Bericht läßt erkennen, daß die Zahl der Bewilligungen für Nacht- und Sonntagsarbeit sehr bedeutend abgenommen hat. Es ist dies auf den bereits erwähnten Bundesratsbeschluß vom 14. Januar 1893 zurückzuführen, dessen Vollziehung zu keinen erheblichen Schwierigkeiten Anlaß giebt, obschon er in mancher Beziehung strenger ist, als das ihm vorhergehende Regime.

3. Fabrikinspektorat.

Die Zahl der von den 7 Inspektionsbeamten (3 Inspektoren, 3 Adjunkten, 1 Assistenten) vorgenommenen Fabrikbesuche betrug:

Im	I. Kreise		1957
"	II.	"	1507
"	III.	"	1759
Zusammen			<u>5223</u>

Die Zahl der Besuche übersteigt somit diejenige der unter dem Gesetz stehenden Fabriken (4753).

Für die in unserer Botschaft betreffend das Budget für 1894 angeregte Versicherung der Inspektionsbeamten gegen Unfall wurden die nötigen Schritte gethan.

Die Reihe für Unternehmung einer Studienreise war im Berichtsjahre an Herrn Campiche, Inspektor des II. Kreises. Sie fand statt im südwestlichen Deutschland und in Frankreich, und hatte wesentlich auch das Studium der Einrichtungen für Wohlfahrt und Unfallverhütung der Arbeiter zum Zweck. Der Inspektor erfreute sich überall zuvorkommendster Aufnahme.

4. Verschiedenes.

Dem in unserm letztjährigen Bericht erwähnten Beschluß des Ständerates vom 9. Juni 1892 betreffend unsern Bericht vom 3. Juni 1891 ist der Nationalrat am 9. Juni 1893 beigetreten. Die Angelegenheit fand durch unser Kreisschreiben vom 1. August an die Kantone betreffend Mitteilung der wegen Übertretung des Fabrikgesetzes erlassenen Urteile (Bundesbl. 1893, III, 897) ihren Abschluß.

Der Verwaltungsrat einer Zeitungsdruckerei stellte das Gesuch, es möchte ihm zur Einführung der englischen Arbeitszeit gestattet werden, die Mittagspause auf eine halbe Stunde zu reduzieren. Das Departement erklärte, unter Hinweis auf Art. 11, Abs. 5, des Gesetzes, auf das Gesuch nicht eintreten zu können; die Bundesbehörde sei nicht kompetent, vom Gesetz abweichende Verfügungen zu treffen, wenn auch zugegeben werden müsse, daß sein starrer Buchstabe mit den jetzigen Verhältnissen nicht mehr ganz im Einklang stehe. Auch bezüglich einer versuchsweisen Entsprechung des Gesuches seien lebhaft Bedenken zu tragen, da man nicht nur den gesetzlichen Boden verlassen, sondern auch gegen die ratio legis verstoßen würde, indem die Forderung einer einstündigen Mittagspause aus rein hygienischen Gründen in das Gesetz hineingekommen sei. Die Folge einer solchen Ausnahmegewilligung für einen einzigen Industriezweig oder gar für ein einzelnes Etablissement, welche sich in Widerspruch setzte mit den Gewohnheiten der Arbeiterschaft, ja mit dem ganzen Volksbrauch, würde sein, daß auch andere Geschäfte ähnliche Begehren stellten, und daß ein solches Präcedens in einem den Bestimmungen des Gesetzes höchst nachteiligen Sinne ausgebeutet würde (21. März).

In der Folge kam die Gehülfschaft der nämlichen Buchdruckerei, unterstützt von der Kommission der Typographia St. Gallen und dem Centralkomitee des schweizerischen Typographenbundes, mit dem Gesuche ein, es sei durch Revision von Art. 11 des Gesetzes die Einführung der halbstündigen Mittagspause zu ermöglichen und inzwischen die provisorische Beibehaltung der „englischen Arbeitszeit“ zu gestatten. Das Departement gab hierauf zu bedenken, daß noch andere Fragen, wie die Reduktion des Maximalarbeitstages, die weitere Beschränkung der Kinder- und Frauenarbeit, die Lohn- und Kündigungsverhältnisse, pendent seien, welche jedenfalls in die nächste Revision des Gesetzes hineinspielen, so daß diese, da es sich zudem um Verhältnisse von größter Wichtigkeit handle, nicht leicht und nicht rasch von statten gehen könne. Es sei demnach nicht daran zu denken, daß schnell eine Gesetzesrevision nur

der halbstündigen Mittagspause zulieb durchzuführen sei. Auch die provisorische Zulassung wurde abermals abgeschlagen (15. April).

Das Verhältnis zwischen Fabrikgesetz und mitteleuropäischer Zeit wird den Gegenstand einer Regelung bilden müssen. Vorläufig erhielten die Fabrikinspektoren den Auftrag, die Frage zu begutachten.

Eine Weberei erhielt unter besondern Bedingungen die Erlaubnis, mit den Schlichtmaschinen schichtenweise über die Mittagstunde zu arbeiten.

Zwei Firmen reichten Beschwerde ein gegen die vom Fabrikinspektor des I. Kreises erhobene Forderung betreffend Anbringung von Nottreppen in ihren Baumwollspinnereien. Wir kamen indessen, gestützt auf Art. 2 des Gesetzes, dazu, sie zu verhalten, im Sinne eines von den Fachexperten Spinnereidirektor Brüderlin in Arlesheim und Fabrikinspektor Rauschenbach in Schaffhausen abgegebenen Gutachtens an den Spinnereien Nottreppen anzubringen, und luden die betreffenden Kantonsregierungen ein, dafür zu sorgen, daß dieser Verfügung innert bestimmter, nicht allzu langer Frist die nötige Nachachtung verschafft, und daß sowohl ihnen als dem Fabrikinspektor des I. Kreises die Baupläne zur Einsichtnahme und Prüfung eingehändigt werden (3. Februar).

Eine „kantonale Vollziehungsverordnung zu den Bundesgesetzen betreffend die Arbeit in den Fabriken und die Haftpflicht“, vom 29. November 1892, wurde vom Fabrikinspektor in einigen Punkten beanstandet. Den Entscheid, den wir in dieser Angelegenheit der Kantonsregierung zukommen ließen, glauben wir nachstehend in Anbetracht seiner grundsätzlichen Bedeutung vollständig mitteilen zu sollen:

„Unser Industrie- und Landwirtschaftsdepartement hat die Angelegenheit, welche den Gegenstand Ihres Schreibens vom 4./11. Januar laufenden Jahres bildet, uns zum Entscheide vorgelegt. Wir sind nun im Falle, letztern in folgender Weise zu treffen:

1. Der erste der vom Fabrikinspektorat des I. Kreises mit Schreiben vom 2. Dezember 1892 bestrittenen Punkte betrifft § 8 Ihrer Vollziehungsverordnung zu den Bundesgesetzen betreffend die Arbeit in den Fabriken und die Haftpflicht, vom 29. November 1892. Nach der Auffassung des Inspektorats sollten die in § 8, Absatz 5, des regierungsrätlichen Entwurfs zu jener Verordnung enthaltenen Worte „um gültig zu sein“ an der nämlichen Stelle der definitiven Verordnung Aufnahme finden.

Ohne uns weiter in die Einzelheiten dieser Frage, die Ihnen wohl bekannt sind, einzulassen, müssen wir erklären, daß wir den

Bedenken des Fabrikinspektorats nicht beipflichten und der Frage überhaupt eine große Wichtigkeit nicht beimessen können. Nach unserm Dafürhalten genügt die Vorschrift der erwähnten Verordnung, daß die sogenannten Überzeitbewilligungen den Aufsichtsbehörden mitgeteilt und in den Fabriken angeschlagen werden, um den befürchteten Mißbräuchen zu begegnen. Es erschiene nicht billig, die Gültigkeit der Bewilligung an die Erfüllung dieser beiden Requisite zu knüpfen, indem die betreffende Amtsstelle, nicht der Industrielle, die Verantwortlichkeit für den vorschriftsgemäßen Erlaß der Bewilligung an sich zu tragen hat; der Industrielle bleibt übrigens auch nach dem gegenwärtigen Wortlaut von § 8 für den Fall strafbar, wenn er die Bewilligung nicht anschlägt. Wir haben somit gegen die Belassung des § 8, Absatz 5, nichts einzuwenden.

2. Der Fabrikinspektor wendet sich dagegen, daß nach § 9 der Verordnung die Anzeigepflicht betreffend solche Bewilligungen, welche die Gemeindepräsidenten für Sonntagsarbeit erteilen, nicht bestehen solle. Wenn nun letztere auch nur für Notfälle gemeint ist, so betonen wir doch, daß schon die Definition des Begriffs Notfall eine sehr schwierige und schwankende ist und daß es höchst bedenklich erscheint, den Gemeindepräsidenten hierin unumschränkte Vollmacht zu lassen. Sie deuten in Ihrem genannten Schreiben selbst an, daß der Regierungsrat die Mittel in der Hand habe, die Gemeindepräsidenten zur Führung einer Kontrolle über die erteilten Bewilligungen zu verhalten, woraus vielleicht hervorgeht, daß Sie eine Aufsicht über dieses Gebiet ebenfalls für wünschenswert erachten. Wenn nun aber in Ihrer Verordnung die Anzeigepflicht für die Bewilligungen zu Überzeit- und Nachtarbeit ausdrücklich statuiert ist, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht folgerichtig auch für diejenigen zu Sonntagsarbeit eingeführt werden soll. Eine ungleiche Behandlung ist um so weniger angezeigt, als bei der Sonntagsarbeit besondere Vorsicht geboten ist; jedenfalls hat eine Kontrolle in dieser Richtung nicht bloß statistischen Wert, denn die Mitteilung jeder Bewilligung an die Aufsichtsbehörde giebt dieser den sehr wünschenswerten Anlaß, unrichtige Voraussetzungen, auf welchen Bewilligungen beruhen, zu korrigieren, Wiederholungs-fällen vorzubeugen und für einheitliche Praxis in den verschiedenen Gemeinden zu sorgen. Wir müssen demnach verlangen, daß zur Verhütung arger Mißbräuche auch betreffend die Bewilligungen für Sonntagsarbeit die Anzeigepflicht des Gemeindepräsidenten vorgesehen werde.

3. Endlich ist bestritten die Vorschrift von § 10, wonach die Polizeibediensteten nur mit schriftlicher Specialermächtigung ein Fabriketablisement betreten dürfen. Wir

können nicht umhin, zu erklären, daß uns diese Einschränkung als eine ungewöhnliche Erschwerung, wenn nicht Verunmöglichung einer wirksamen Aufsicht über den Vollzug des Fabrikgesetzes erscheint, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß diese eben hauptsächlich den Polizeibediensteten obliegt. Es ist wirklich unnötig, diese Anschauung näher zu begründen, da die Begründung auf der Hand liegt: wie soll der Polizeibedienstete rasch und sicher manche Gesetzesübertretung aufdecken, wenn er sich erst eine schriftliche Ermächtigung zum Betreten des Etablissements holen muß, nicht zu vergessen den Umstand, daß diese seine Thätigkeit hemmende Vorschrift ihn bewegen wird, da und dort die Sache einfach gehen zu lassen. Wir stellen also das entschiedene Begehren, daß den genannten Organen das Recht zugesprochen werde, ohne schriftliche Specialermächtigung Fabriklokale zu betreten; es ist wahrlich nicht zu befürchten, daß sie dieses Recht in „chicanöser“ Weise mißbrauchen, denn dafür, daß dies nicht geschehe, werden die Behörden wie die Industriellen hinlänglich sorgen können.

Wir haben schließlich zu erwähnen, daß wir in Übereinstimmung mit unserer bisherigen Praxis (s. Kommentar pag. 121) und mit Ihrer Ansicht uns nicht das Recht, Ihre Verordnung vom 29. November 1892 zu genehmigen oder nicht zu genehmigen, vindizieren, wohl aber dasjenige, Einsprache zu erheben gegen Bestimmungen, die mit dem Gesetze oder seiner wirksamen Durchführung nicht vereinbar sind, indem wir uns hierbei auf Art. 18, 1. Satz, und Art. 17 (. . . . die Vollziehung der in Gemäßheit des Gesetzes vom Bundesrat ausgehenden Verordnungen und Weisungen liegt den Regierungen der Kantone ob) stützen (13. März).“

Im Berichtsjahre gelangten die „Berichte der Kantonsregierungen über die Ausführung des Bundesgesetzes betreffend die Arbeit in den Fabriken 1891 und 1892“ zur Veröffentlichung.

III. Zündhölzchen.

Die Räte haben sich im Berichtsjahre mit unserer Vorlage vom 20. November 1891 nicht befaßt.

Auf besondern Wunsch der nationalrätlichen Kommission beauftragte das Departement die Fabrikinspektoren des I. und III. Kreises (Herren Dr. Schuler und Rauschenbach), eine Studienreise nach Dänemark und Schweden zu unternehmen, mit der Aufgabe, die in diesen Ländern bestehende Zündhölzchenfabrikation im Hinblick auf die bei uns pendente Monopolfrage zu untersuchen und ein besonderes Augenmerk auf die Sicherheit der

Fabrikation schwedischer Hölzchen zu richten. Das Ergebnis liegt vor in gedruckten Berichten der genannten Inspektoren „über ihre Studienreise nach Skandinavien im August und September 1893“, und wurde den Kommissionen beider Räte übermittelt.

Ferner hatte Herr Professor Dr. Kocher in Bern die Freundlichkeit, dem Ansuchen des Departements zu entsprechen und im Anschluß an ein in der nationalrätlichen Kommission gehaltenes Referat einen schriftlichen Bericht zu erstatten, für den das Departement besonders folgende Punkte namhaft machte:

1. Wesen, Ursachen und Häufigkeit der Phosphornekrose, speciell im Kanton Bern.
2. Mittel und Vorkehrungen zur Verhütung resp. Verminderung derselben.
3. Resultate und Erfolge ärztlicher Behandlung in und außer dem Spital.
4. Außer der Nekrose bei der Zündhölzchenfabrikation vorkommende Anomalien und Krankheiten.
5. Ist es möglich, diesen Gefahren mit Aussicht auf Erfolg auch beim Kleinbetrieb und der Zersplitterung, wie sie in der Schweiz und besonders im Frutigthal vorherrscht, zu begegnen, oder ist es möglich nur in großen Betrieben?
6. Gewährt nicht vom medizinischen und humanitären Standpunkt aus einzig das Verbot des gelben Phosphores absolute Sicherheit?

Wir verweisen im übrigen auf den unter dem Titel „Zur Kenntnis der Phosphornekrose“ veröffentlichten Bericht, welcher den parlamentarischen Kommissionen ebenfalls zugestellt wurde.

Im weitern kamen zu den Akten Exposé's von den Herren Professor Dr. A. Rossel in Bern (über den Herstellungspreis der schwedischen Zündhölzchen in der Schweiz), Professor Dr. A. Vogt in Bern, Chemiker O. Schlatter in Paris (über die eventuelle Gestaltung der Zündhölzchenfabrikation durch den Bund), Häfliger, Vogt & Cie. in Bern (über die Erstellung und den Betrieb einer großen Zündhölzchenfabrik in der Schweiz), Bericht von Fabrikinspektor Dr. Schuler (betreffend Nekrosefälle in Deutschland) etc.

Bemerkenswert mag die inzwischen aus Frutigen eingelaufene, vom 18. September datierte Anzeige sein, daß dort „wieder schwere Nekrosefälle“ neu zu verzeichnen seien.

IV. Bundesgesetze betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb und betreffend deren Ausdehnung.

Nach Maßgabe von Art. 14 des Bundesgesetzes betreffend die Haftpflicht aus Fabrikbetrieb wurde für zwei Betriebe die nachträgliche Unterstellung unter das Fabrikgesetz und die Anwendbarkeit der Haftpflichtgesetzgebung auf vorgekommene Unfälle ausgesprochen, beziehungsweise (in einem Wiedererwägungsfall) bestätigt, für ein Geschäft verneint.

Nach Maßgabe von Art. 10 des Bundesgesetzes betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht wurde die Anwendbarkeit der Haftpflichtgesetzgebung ausgesprochen für 7 Unternehmungen, verneint für 4.

Von diesen Entscheiden heben wir folgende hervor:

a. Betreffend ein Steinbruch- und Fuhrhaltereigenschaft, vom 8. März (Bundesbl. I, 846).

b. Betreffend ein Holzgeschäft, vom 13. März (Bundesbl. I, 1077).

c. Betreffend eine Bachverbauungsunternehmung, vom 14. November (Bundesbl. IV, 895).

d. Betreffend eine Droschenhalterei: Die Durchschnittszahl der Arbeiter betrug im Kalenderjahr 1891 5,05, und in dem Jahr vom 27. November 1891 (Datum des Unfalls) bis 28. November 1890, falls dieses als Betriebsjahr angenommen werden sollte, genau 5. Wir betrachteten eine Überschreitung der Zahl 5 in der zweiten Decimale als billigerweise nicht mehr ausschlaggebend und verneinten die Unterstellungsfrage, indem das Gesetz als Durchschnittszahl mehr als 5 Arbeiter verlangt (18. April).

e. Betreffend ein Eisausbeutungsgeschäft wurde auf Antrag unseres Justizdepartements erkannt:

Das Gesetz (vom 26. April 1887) selbst hat vorausgesehen, daß über seine Anwendbarkeit Zweifel entstehen können, und deshalb in Art. 10 dem Bundesrat die Entscheidung darüber anheimgegeben, ob eine Unternehmung unter die Haftpflichtbestimmungen falle. In seinem Kreisschreiben vom 25. Oktober 1887 hat der Bundesrat die Frage, ob es möglich sei, eine Liste der haftpflichtigen Betriebe aufzustellen, verneint. Es ergibt sich daraus die Anschauung des Gesetzgebers und der die Ausführung des Gesetzes überwachenden Bundesbehörde, daß es dem Gesetze nicht möglich war, die haftpflichtigen Gewerbebetriebe erschöpfend aufzuzählen. Auf diesen Standpunkt sich stellend, hat das Industriedepartement

einer kantonalen Regierung die im Geschäftsbericht pro 1888 (Bundesblatt 1889, I, 703) mitgeteilte Antwort vom 22. September gegeben, auf welche sich auch der Fabrikinspektor beruft zur Unterstützung seines Antrages, daß die Gewinnung von Natureis, mit oder ohne zugehörige Fuhrhaltereie, grundsätzlich dem Abbau anderer Minerale gleich und unter das Haftpflichtgesetz zu stellen sei. Die Haftpflicht des erwähnten Geschäfts ist daher begründet (8. September).

f. Betreffend eine Kunstgewerbeschule hatte der Bundesrat ebenfalls einen Entscheid von grundsätzlicher Wichtigkeit zu treffen, den wir nachstehend mitteilen zu sollen glauben.

Der Unfall des L. (Verlust der Sehkraft an einem Auge) ereignete sich am 31. Oktober 1891 in der Schlosserwerkstätte der kantonalen Kunstgewerbeschule in L. Diese Schule gehört ausgesprochenermaßen zu denjenigen Anstalten, welche der gewerblichen Berufsbildung dienen und, nebenbei bemerkt, auf Grund des Bundesbeschlusses betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung vom Bunde subventioniert werden. Die Frage, ob die Schule in L. der Haftpflicht unterliege, ist eine grundsätzliche, in dem Sinne, daß sie sich nicht von der allgemeinen Frage ablösen läßt, ob die übrigen Schulen der Schweiz, welche praktische Arbeiten ausführen, für Unfälle der Lehrlinge haftbar seien, d. h., wird sie für die eine bejaht, so gilt dies auch für die übrigen und umgekehrt.

Es ist nun bekannt, daß eine ganze Reihe gewerblicher und industrieller Fachschulen (Kunstgewerbeschulen, Lehrwerkstätten für Holz- und Metallbearbeitung, Schuhmacher, Steinhauer etc., Uhrenmacherschulen, Webschulen u. dgl.) in unserem Lande bestehen, welche praktische Schülerarbeiten anfertigen lassen und zum Verkauf bringen. Nur ein Teil dieser Arbeiten gehört ins baugewerbliche Gebiet, und es müßte daher a priori eine Ausscheidung derjenigen Schulabteilungen zu treffen sein, welche eventuell unter Art. 1, Ziffer 2 a (Baugewerbe), des Bundesgesetzes betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht fallen müßten. Schon in dieser Hinsicht aber stößt man auf eine nicht zu überwindende Inkongruenz, die sich aus der Frage ergibt, ob es logischer- und konsequenterweise angehe, nur einen Teil der erwähnten Berufsbildungsanstalten haftpflichtig zu erklären, den andern, nämlich den mit dem Baugewerbe nicht im Zusammenhang stehenden (in den nicht baugewerblichen Schulen sind Unfälle ebenfalls leicht möglich), frei zu lassen. Diese Frage kann nicht bejaht werden, und auch der an und für sich zweifelhafte Ausweg, die nicht baugewerblichen Branchen der Fabrikhaftpflicht (Bundesgesetz vom 25. Juni 1881) und damit dem Fabrikgesetz (Bundesgesetz vom 23. März 1877) zu unterstellen,

kann nicht betreten werden, denn es handelt sich nicht um industrielle Anstalten im Sinne von Art. 1 des letztgenannten Gesetzes.

Im allgemeinen ist zu bemerken, daß sämtliche in Frage stehenden Schulen, diejenige in L., obschon dort eigenartige Verhältnisse bestehen, inbegriffen, die praktischen Arbeiten nicht zu Zwecken des Erwerbs oder gar Gewinnes, sondern einzig zu solchen des Unterrichts herstellen lassen. Es leuchtet ein, daß sie jenes Mittel wählen müssen, wenn sie ihre Aufgabe, die Berufsbildung, erfüllen sollen, und daß weiterhin die gefertigten Arbeiten, wollte man nicht einen unverantwortlichen Luxus treiben, zum Verkaufe zu gelangen haben. Der erzielte Erlös wird zur teilweisen Deckung der Betriebskosten verwendet, deren Höhe er bei keiner Anstalt auch nur annähernd erreicht. Für baugewerbliche Arbeiten speciell, die mit oder ohne Bestellung ausgeführt werden, gilt der nämliche Grundsatz: sie werden unternommen, um den Schülern Gelegenheit zu geben, sich für ihren künftigen Beruf auszubilden. Der Umstand, daß z. B. in L. gelernte Gehülfen zugezogen werden, ändert am Charakter solcher Unternehmungen thatsächlich nichts; übrigens beträgt die Zahl der ständigen Gehülfen in der Kunstgewerbeschule L. nur zwei (ein Schreiner und ein Glasmaler), und wenn bei Ausführung größerer Aufträge an Bauten (der Unfall L. ereignete sich nicht am Bau, sondern in der Werkstätte) von Zeit zu Zeit andere angestellt werden, so wird für sie durch Versicherung ad hoc freiwillig gesorgt.

Der Gesuchsteller will glauben machen, daß das Verhältnis zwischen Schule und Schüler im vorliegenden Fall nicht verschieden sei von demjenigen zwischen Meister und Lehrling. Diese Ansicht ist unrichtig. Der Meister produziert des Erwerbes willen, und der Lehrling muß ihm hierbei direkt und indirekt behülflich sein; dies trifft aber, wie wir schon gesehen, bei der Schule nicht zu, und somit ist auch die Haftpflicht für letztere nicht anwendbar, denn deren Wesen beruht darin, daß der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die geschäftlichen Vorteile, die ihm aus der Thätigkeit seiner Arbeitnehmer erwachsen, den Schaden, den diese beim betreffenden Betrieb erleiden, zu vergüten habe (12. Mai).

Dieser Entscheid wurde auch gegenüber einem Revisionsbegehren festgehalten.

Der schweizerische Malermeisterverband richtete an den Bundesrat eine vom 26. Januar datierte Eingabe, welche dahin schließt:

1. Der Bundesrat sei ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Ausübung des Haftpflichtgesetzes in allen Gauen der Schweiz gleichmäßig gehandhabt werde.
2. Er sei ersucht, bei Erwägung der Frage, ob die Haftpflicht auf die Berufskrankheiten im Malergewerbe (Bleikolik) ausgedehnt werden solle oder nicht, mit Nein zu antworten.

Wir erwiderten im wesentlichen :

Die bestehenden Vorschriften gelten selbstverständlich für alle Kantone, nicht bloß für Bern und Basel; es kann daher von einer Rechtsungleichheit nicht die Rede sein. Höchstens ist es möglich, daß sie ungleich vollzogen werden; ist aber in dieser Hinsicht ein Einschreiten des Bundesrates notwendig, so kann es nicht auf ein allgemein gehaltenes Gesuch hin geschehen, sondern er müßte sich auf bestimmte Thatsachen stützen können, welche indessen die Eingabe der Malermeister nicht anführt.

Die in Antrag 2 erwähnte Frage ist durch den Bundesratsbeschluß vom 19. Dezember 1887 (A. S. n. F. X, 397), Art. 1, Ziff. 1, und Art. 2, längst in bejahendem Sinn entschieden, und eine Revision der bestehenden Bestimmungen im Sinne der Befreiung der Malermeister von der Haftpflicht geht nicht an; siehe auch Geschäftsbericht für 1891 (Bundesbl. 1892, II, 43). (24. Februar.)

Dem Bundesrat ging das Gesuch zu, er möchte für die zweien Arbeitern einer Fabrik zugestoßenen Erkrankungsfälle die Haftpflicht statuieren. Es wurde von ihm auf den eben erwähnten Beschluß vom 19. Dezember 1887 verwiesen und im übrigen bemerkt, daß nicht der Bundesrat, sondern der Richter (Art. 11 des Gesetzes vom 25. Juni 1881) entscheide, ob für den einzelnen Erkrankungsfall Entschädigung aus Haftpflicht zu leisten sei. (17. November.)

Eine Eisenbahnverwaltung suchte den Entscheid des Departements darüber nach, ob die Erstellungskosten der amtlichen Formulare für Unfallanzeigen von den kantonalen Behörden oder vom Betriebsunternehmer zu tragen seien. Das Departement sprach sich dahin aus, daß nach seinem Dafürhalten es den Kantonen freistehe, jene Kosten selbst zu tragen oder den Unternehmern aufzuerlegen. Keine gesetzliche oder reglementarische Vorschrift des Bundes hindere sie daran, letzteres zu thun; übrigens habe der Rekursentscheid des Bundesrates vom 9. September 1881 einen analogen Fall im gleichen Sinn erledigt (Bundesbl. 1882, II, 137). (7. April.)

V. Kranken- und Unfallversicherung.

Im Laufe des Monats Januar beriet eine engere Kommission, bestehend aus dem Departementsvorsteher, sowie den Herren Nationalrat Forrer von Winterthur, Ständerat Dr. Göttsheim von Basel, Dr. Kaufmann, Sekretär, und Dr. Moser, Versicherungstechniker des Departements, den von Herrn Nationalrat Forrer ausgearbeiteten Entwurf zu einem Bundesgesetze betreffend die Krankenversicherung. In der Folge gelangte sowohl dieser Gesetzentwurf, nach Umarbeitung, wie derjenige betreffend die Unfallversicherung an eine vom Departement gewählte, aus 45 Mitgliedern bestehende Expertenkommission. Diese tagte unter dem Vorsitze des Departementsvorstehers während dreier Wochen in Bern, und zwar vom 15. bis 20. Mai und vom 2. bis 14. Oktober.

Der Expertenkommission wurden von seiten des Departements folgende Druckschriften übermittelt:

1. Entwurf zu einem Bundesgesetze betreffend die Krankenversicherung, von Herrn Nationalrat Forrer.
2. Entwurf zu einem Bundesgesetze betreffend die Unfallversicherung, von Herrn Nationalrat Forrer.
3. und 4. Gegenüberstellung der beiden Entwürfe mit den in Deutschland und Österreich geltenden Gesetzen betreffend die Kranken- und Unfallversicherung, vom eidgenössischen statistischen Bureau zum Drucke vorbereitet.
5. Denkschrift über die Höhe der finanziellen Belastung, welche den nach dem Entwurfe zu einem Bundesgesetze betreffend die Krankenversicherung einzurichtenden Krankenkassen voraussichtlich erwachsen wird.
6. „Materialien“ zu den Gesetzentwürfen betreffend die Kranken- und Unfallversicherung.
7. Über die Entlastung der Ortsarmenpflege durch die Kranken- und Unfallversicherung; Gutachten des Armenkassiers der Stadt Bern, Herrn S. Scherz.
8. Differenz in der Belastung der Arbeitgeber nach den Versicherungsprojekten Forrer und Greulich.
9. Voranschlag über die jährlichen Kosten der staatlichen Krankenpflege in der Schweiz. Veröffentlicht unter Mitwirkung des eidgenössischen Gesundheitsamtes.
10. Schätzung des jährlichen Reinertragnisses eines eidgenössischen Tabakmonopols.
11. Die Bevölkerung der Schweiz unterschieden nach dem Berufe; bearbeitet vom eidgenössischen statistischen Bureau.

Mit überwiegender Mehrheit einigte sich die Expertenkommission auf die in den Gesetzentwürfen niedergelegten und dem Sinne von Art. 34^{bis} der Bundesverfassung entsprechenden Grundlagen. Über die Verhandlungen wurde ein stenographisches Bulletin aufgenommen, auf welches hier zu weiterer Orientierung verwiesen wird.

Im fernern erwähnen wir, was speciell versicherungstechnische Arbeiten anbelangt, daß die Denkschrift über die Höhe der finanziellen Belastung, welche den nach dem Entwurfe zu einem Bundesgesetz betreffend die Krankenversicherung einzurichtenden Krankenkassen voraussichtlich erwachsen wird, neben einem sich eng an die Bestimmungen des Gesetzentwurfes anschließenden ersten Teile in ihrem zweiten Teile eine Anzahl von allgemein gehaltenen mathematischen Untersuchungen bringt, deren Titel lauten:

- I. Der Reduktionsfaktor.
- II. Nach dem Alter abgestufte Prämien für eine dienstlängliche Krankenversicherung.
- III. Vergleiche mit der lebenslänglichen Krankenversicherung.
- IV. Die Altersjahre, welche dem Durchschnitte der Krankheitsfrequenz und der Sterblichkeit entsprechen.
- V. Über die Größe des Mitgliederbestandes zur Erzielung einer soliden Versicherung.
- VI. Die Krankheitsfrequenz bis zum Ablaufe der versicherten Unterstützungsdauer.

Nachdem das eidgenössische statistische Bureau uns die Resultate der Berufszählung zustellen konnte, ist die Abfassung einer versicherungstechnischen Denkschrift über die Gebarung einer auf dem Rentensystem und dem Kapitaldeckungsverfahren basierenden eidgenössischen Unfallversicherungsanstalt gegenwärtig in Vorbereitung.

Die Entwürfe zu den Gesetzesvorlagen werden ebenfalls gegenwärtig unter Berücksichtigung der Kommissionsverhandlungen nebst der Botschaft festgestellt und sollen für die Junisession bereit sein.

Kundgebungen betreffend Kranken- und Unfallversicherung haben uns zugestellt:

- a. eine Volksversammlung in Wollerau, vom 18. Juni
- b. das Comité central de la fédération des sociétés de secours mutuels de la Suisse romande, am 16. Juli;
- c. der Centralverband der Kranken-Unterstützungsvereine der Sticker, am 3. September;

- d. die Association des médecins du canton de Genève, am 16. September;
- e. der schweizerische Gewerbeverein für sich und namens einer Delegiertenversammlung gewerblicher Berufsverbände, am 21. September;
- f. der schweizerische Handels- und Industrieverein, am 25. September (spezieller Teil seines Gutachtens) und am 16. Oktober;
- g. das schweizerische Arbeitersekretariat, am 6. Dezember (Verhandlungen des außerordentlichen Arbeitertages in Zürich vom 5. November betreffend „Volksinitiative für unentgeltliche Krankenpflege“).

Eine in der Schweiz domizilierte Firma, Eigentümerin einer Fabrik im Großherzogtum Baden, reichte das Begehren ein, es möchte der „Bundesrat durch den schweizerischen Gesandten in Berlin bei der zuständigen Reichsbehörde über die ungleiche Stellung unserer Landsleute vor dem (deutschen) Unfallversicherungsgesetze vorstellig werden und für dieselben, wo nicht auf gänzliche Aufhebung der betreffenden Verordnung, doch wenigstens auf eine Modifizierung für die Grenzbezirke analog derjenigen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes hinwirken“. Das Departement trat auf diese Angelegenheit ein und die durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin erlangte Antwort der deutschen Regierung lautete: es können für den Bereich des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 den Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit des Unfalls nicht im Inlande wohnen, allerdings Renten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen nicht bewilligt werden, jedoch bestehe die Absicht, bei der bevorstehenden Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes die Einschaltung einer Bestimmung anzuregen, durch die der (deutsche) Bundesrat, ähnlich wie für die Invaliditäts- und Altersversicherung, nach § 34, Ziff. 4, des Gesetzes vom 22. Juni 1889, ermächtigt würde, für Grenzbezirke Ausnahmen von der erwähnten gesetzlichen Regel festzusetzen. Damit konnte unsererseits die Angelegenheit als in entgegenkommender Weise erledigt angesehen werden.

VI. Gewerbliche und industrielle Berufsbildung.

1. Subventionen an Berufsbildungsanstalten.

Nach den einzelnen Kategorien der subventionierten Anstalten ergibt sich folgende Zuteilung der Bundesbeiträge für 1893:

Anstalten.	Anzahl.	Bundes- beiträge. Fr.
a. Techniken in Winterthur, Burgdorf, Biel (mit Uhrenmacherschule)	3	92,061
b. Allgemeine Gewerbeschule Basel	1	22,300
c. Kunstgewerbeschulen in Zürich (mit Gewerbemuseum und Lehrwerkstätte für Holzbearbeitung), Bern, Luzern, St. Gallen (mit Industrie- und Gewerbemuseum), Chaux-de-Fonds, Genf	6	90,592
d. Gewerbliche Fortbildungs- und Handwerker- schulen (in 18 Kantonen)	91	75,726
e. Gewerbliche Zeichnungsschulen (in 10 Kan- tonen)	43	17,583
f. Webschulen in Wipkingen und Wattwyl	2	10,000
g. Uhrenmacher und Mechaniker-Schulen in St. Immer, Pruntrut, Solothurn, Neuenburg, Chaux-de-Fonds, Locle, Fleurier, Genf	9	57,806
h. Lehrwerkstätten für Metallarbeiter (Winter- thur), Schuhmacher und Schreiner (Bern), Korbflechter, Cartonnage, Steinhauer (Frei- burg)	4	21,860
i. Schnitzlerschule in Brienz	1	2,500
k. Fachschulen für weibliche Handarbeit in Zürich, Winterthur, Bern, Basel, Chur, Chaux-de-Fonds	6	11,400
l. Gewerbemuseen und Lehrmittelsammlungen in Zürich, Winterthur, Bern, Freiburg, Basel, Chur, Aarau, Lausanne, Genf	12	45,698
Zusammen	178	447,526

Von jeder einzelnen subventionierten Anstalt ist die Betriebsrechnung und, wenn aus dem Bundesbeitrag Anschaffungen gemacht wurden, das Inventar dieser einzureichen.

Die Wirkungen des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1884 in den ersten zehn Jahren seines Bestehens zeigen sich am anschaulichsten in folgenden Zahlen:

Jahr.	Zahl der Bildungsanstalten.	Gesamtausgaben.	Beiträge von Kantonen, Gemeinden, Privaten etc.	Bundesbeiträge.
		Fr.	Fr.	Fr.
1884	43	438,234. 65	304,674. 65	42,609. 88
1885	86	811,872. 16	517,895. 38	151,940. 22
1886	98	958,569. 70	594,045. 64	200,375. 25
1887	110	1,024,462. 84	636,751. 62	219,044. 68
1888	118	1,202,512. 29	724,824. 01	284,257. 75
1889	125	1,390,702. 29	814,696. 77	321,364. —
1890	132	1,399,986. 67	773,614. 30	341,542. 25
1891	139	1,522,431. 10	851,567. 67	363,757. —
1892	156	1,750,021. 99	954,299. 70	403,771. —
1893	178	1,647,919. 35	732,826. 09	447,526. —
1884 bis 1893		12,146,713. 04	6,905,195. 83	2,776,188. 03

Für das Jahr **1893** sind noch nicht alle Angaben eingegangen. Ferner ist zur Erläuterung der Tabelle zu bemerken, daß die Einnahmen der Anstalten außer in den angeführten Beiträgen noch in Schulgeld, Erlös für Schülerarbeiten etc. bestehen. Wir haben die Überzeugung, und die alljährlich stattfindende Inspektion sämtlicher Bildungsanstalten bestätigt es, daß man auf diesem Gebiete in unserem Lande erfreuliche Fortschritte macht und daß die großen finanziellen Aufwendungen gut angebracht sind.

Abgewiesen wurde, im Einverständnis mit dem Eisenbahndepartement, das Gesuch um Subventionierung einer Eisenbahnschule, welche in allzugroßer Nähe einer schon bestehenden gegründet werden wollte. Ferner wurde einer Gewerbeschule die Jahressubvention nicht ausgerichtet, weil sie den ihr durch Bundes- und Kantonsbehörde zugekommenen Anregungen des eidgenössischen Experten beharrliche Renitenz entgegensetzte.

Über das Postulat der Räte vom 24. Juni 1892 / 28. März 1893, lautend: „Der Bundesrat wird eingeladen, darüber Bericht und Antrag zu hinterbringen, ob nicht Koch-, Haushaltungs-,

Dienstboten- und Krankenwärterkurse von der Eidgenossenschaft zu unterstützen seien⁴, wurde von den Departements des Innern und des Militärs Mitbericht erstattet und von Herrn Professor H. Bendel in Schaffhausen ein Gutachten abgegeben. Wir hoffen, im laufenden Jahre den Räten die verlangte Vorlage machen zu können.

Für die Darstellung des gewerblichen und industriellen Bildungswesens an der schweizerischen Landesausstellung in Genf 1896 (Gruppe 18) wurden die ersten Vorbereitungen getroffen; das Departement meldete sämtliche subventionierten Bildungsanstalten beim Centralkomitee in Genf zur Ausstellung an, unter Angabe des approximativen Raumbedürfnisses, und teilte jenem mit, daß die Bundesbehörde sich die Organisation und Leitung dieses Zweiges der Ausstellung selbst vorbehalte.

Mitzuwirken hatte das berichterstattende Departement bei den Fragen betreffend Bestellung der Delegation an die Weltausstellung in Chicago und betreffend die an letzterer vorzunehmenden Ankäufe für die Gewerbemuseen und Lehrmittelsammlungen.

Die in unserem letzten Berichte erwähnten Postulate des Verbandes schweizerischer Zeichen- und Gewerbeschullehrer, vom 10. Dezember 1892, betreffend Unterstützung und Inspizierung des Zeichnenunterrichts an kantonalen Lehrerbildungsanstalten, lehnte der Bundesrat ab, gestützt auf ein Gutachten der Obmänner der drei bestehenden Expertengruppen (siehe Geschäftsbericht pro 1889, Bundesbl. 1890, I, 716) vom 20. Juli (1. August).

2. Stipendien.

Nachstehende Tabelle weist Bestimmung, Anzahl und Betrag der bewilligten Bundesstipendien aus.

Kantone.	Für Besuch von Schulen.		Für Reisen.		VII. Instruktionkurs am Technikum Winterthur.		IX. Lehrerbildungskurs für Handarbeit in Chur.		Gesamtbeträge.
	Stipendien.	Betrag.	Stipendien.	Betrag.	Stipendien.	Betrag.	Stipendien.	Betrag.	
		Fr.		Fr.		Fr.		Fr.	Fr.
Zürich	5	2000	2	450	9	2100	18	1,440	5,990
Bern	7	2475	3	600	—	—	3	300	3,375
Luzern	1	150	—	—	—	—	2	160	310
Uri	—	—	—	—	1	200	—	—	200
Schwyz	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Obwalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nidwalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Glarus	—	—	—	—	—	—	2	160	160
Zug	—	—	—	—	—	—	1	100	100
Freiburg	—	—	—	—	—	—	1	100	100
Solothurn	—	—	—	—	2	600	2	200	800
Basel-Stadt	4	1050	—	—	—	—	—	—	1,050
Basel-Land	—	—	—	—	—	—	2	150	150
Schaffhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Appenzell A.-Rh.	1	250	—	—	3	600	—	—	850
Appenzell I.-Rh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Gallen	3	750	—	—	4	1100	6	480	2,330
Graubünden	—	—	—	—	—	—	33	2,970	2,970
Aargau	2	550	1	300	1	200	1	80	1,130
Thurgau	—	—	—	—	1	250	3	300	550
Tessin	—	—	—	—	—	—	2	250	250
Waadt	—	—	—	—	—	—	10	1,000	1,000
Wallis	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuenburg	2	1550	1	500	—	—	32	3,200	5,250
Genf	—	—	—	—	—	—	4	400	400
Zusammen	25	8775	7	1850	21	5050	122	11,290	26,965

Drei Gesuche wurden abgewiesen, weil deren Urheber sich der Künstlerlaufbahn, nicht dem Lehrerberuf (Art. 5 des Reglements vom 27. Januar 1885) widmeten.

Anschließend an das im letztjährigen Bericht erwähnte Kreisschreiben des Departements betreffend das Stipendienwesen, vom 17. Juni 1892, teilen wir mit, daß die Angelegenheit im Jahre 1893 zu einem vorläufigen Abschluß kam. In welcher Weise dies geschah, geht aus folgenden Sätzen des Kreisschreibens des De-

partements an die Kantonsregierungen, vom 1. August/15. September, hervor:

„Wir beauftragten mit der letztern Untersuchung Herrn Prof. H. Bendel, eidgenössischer Experte für gewerbliches Bildungswesen, in Schaffhausen, in Verbindung mit den Obmännern der Gruppen, in welche sich unser Expertenkollegium einteilt. Das Resultat liegt vor im Gutachten vom 14. Juli 1893 „betreffend das Bundesstipendiat zur Heranbildung von Lehrkräften für das gewerbliche und industrielle Bildungswesen“, welches wir für wichtig genug halten, um es Ihnen beiliegend gedruckt zu übermitteln und Ihrem Studium angelegentlich zu empfehlen. Sie finden darin unsere früher geäußerte Annahme, daß die bisherigen Aufwendungen für Stipendien zu einem guten Teil weder den bestehenden Vorschriften entsprachen, noch überhaupt wirklichen Nutzen für die Sache des Berufsbildungswesens brachten, in bedenklichem Maße bestätigt. Nachdem nun der Thatbestand klar vorliegt, könnten wir es nicht verantworten, wenn mit den finanziellen Mitteln des Bundes fernerhin ein nicht zweckentsprechender Gebrauch gemacht würde, und sind entschlossen, bei der Bewilligung künftiger Bundesstipendien die durch die Verhältnisse jeweiligen gebotene Vorsicht und Zurückhaltung in besonderem Maße walten zu lassen. Ohne daß wir förmliche Vorschriften, da solche für dieses Gebiet nicht passen, aufstellen möchten, ersuchen wir Sie daher dringend, uns hierbei unterstützen und bei Vorlage von Stipendiumgesuchen im allgemeinen im Sinne und nach Anleitung des erwähnten Gutachtens (siehe besonders Ziffer 1—5 der Vorschläge) verfahren zu wollen.“

3. Anderweitige Subventionen

erhielten:

a. Die Regierung des Kantons Bern für den Handfertigungsunterricht an den Seminarien Hofwyl (Fr. 400) und Pruntrut (Fr. 350)	Fr.	750
b. Die Regierung des Kantons Bern für den Zuschneidekurs der Schneidergewerkschaft Bern (20. Dezember 1892 bis 12. März 1893, 19 Teilnehmer)	„	150
c. Die Regierung des Kantons Bern für den Fachkurs des Schuhmacherfachvereins Bern (20 Teilnehmer)	„	200

Übertrag Fr. 1,100

	Übertrag	Fr. 1,100
d. Die Regierung des Kantons Bern für den Zurichtkurs für Illustrationsdruck des Maschinenmeisterklubs Bern (15. Januar bis 23. April, 20 Teilnehmer)	"	50
e. Die Regierung des Kantons Bern für den Vergolderkurs des Buchbinderfachvereins Bern (16. Oktober 1892 bis 28. Mai 1893, 19 Teilnehmer)	"	100
f. Die Regierung des Kantons Appenzell I.-Rh. für den Handstickereikurs in Appenzell (4. April bis 3. Juni, 33 Teilnehmerinnen)	"	300
g. Der schweizerische Gewerbeverein für seine Lehrlingsprüfungen im Jahre 1893 (1140 in 32 Kreisen geprüfte Lehrlinge; Gesamtbetrag der Ausgaben Fr. 21,290. 50)	"	8,000
h. Der schweizerische gemeinnützige Frauenverein für seine Haushaltungs- und Dienstbotenschulen	"	2,000
i. Der schweizerische Verein zur Förderung des Handarbeitsunterrichtes für Knaben für Publikationen und Anschaffungen	"	1,000
k. Die „Blätter für den Zeichen- und gewerblichen Berufsunterricht“ für 1893	"	1,100
l. Die Zeitschrift „Der gewerbliche Fortbildungsschüler“ für 1892/93	"	1,200
		Fr. 14,850

Gegenüber einer Anfrage äußerte sich das berichterstattende Departement dahin, daß es die Erstellung eigentlicher Lehrmittel in der Regel grundsätzlich nicht subventioniere, um ihnen keinen offiziellen Charakter zu geben und um weitgehende Konsequenzen zu vermeiden. In letzterer Hinsicht sei nur darauf hinzuweisen, daß es sehr schwer halten würde, zwischen Autoren, die in ihren Bestrebungen unterstützt zu werden verdienen, und solchen, bei denen dies nicht der Fall wäre, eine Grenze zu ziehen. Außerdem könnte eine finanzielle Ermutigung seitens des Bundes leicht zu einer Überproduktion führen, die der Sache und den für das gewerbliche Bildungswesen verfügbaren Geldmitteln zum Schaden gereichen müßte (3. Oktober).

Auch auf ein Gesuch um Subventionierung eines Kurses zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen konnte das Departement nicht eintreten, indem der Bundesbeschluß betreffend die gewerbliche und industrielle Berufsbildung, auf den es sich zu stützen hat, die Beitragsleistung an solche Kurse nicht vorsieht (20. Februar).

4. Inspektion.

In unserer 11gliedrigen Expertenkommission (siehe „Staatskalender“) und im Inspektionsmodus, inklusive Einteilung der Inspektionskreise, ist keine Änderung eingetreten. Die übliche allgemeine Konferenz der Experten konnte wegen dringender anderer Geschäfte nicht stattfinden.

Die im letztjährigen Bericht erwähnte Eingabe des Verbandes schweizerischer Zeichen- und Gewerbeschullehrer, vom 11. Dezember 1892, betreffend Organisation der Inspektion „nach Fächern“, wurde vom Bundesrat, gestützt auf ein Gutachten der Obmänner der drei bestehenden Expertengruppen, vom 13. Juli 1893, in ablehnendem Sinne erledigt (1. August).

Eine sehr verdankenswerte Einladung des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister gab dem Departement Gelegenheit, an die von jenem veranlaßte Ausstellung von Schülerarbeiten und Lehrmitteln der vom Innungsverband anerkannten Baugewerkschulen in Hannover Herrn Museumsdirektor E. Wild in St. Gallen, Architekt und eidgenössischer Experte für gewerbliches Bildungswesen, abzuordnen. Der Bericht des Herrn Wild über seine auch die badischen Lehrlingswerkstätten umfassende Studienreise wurde in den „Blättern für den Zeichen- und gewerblichen Berufsunterricht“ veröffentlicht und gab dem Departement außerdem Veranlassung, den schweizerischen Gewerbeverein einzuladen, die Frage der Berufslehre beim Meister (im Gegensatz zu derjenigen in der „Lehrwerkstätte“) eingehend zu untersuchen und zum Gegenstand eines Berichtes zu machen. Das Resultat steht noch aus.

Mit einer Studienreise nach Österreich und Sachsen wurde ferner Herr Professor H. Bendel in Schaffhausen, ebenfalls eidgenössischer Experte, betraut; sein Studienbericht wird im laufenden Jahre zur Verwertung gelangen.

VII. Ausstellungen im Inlande.

Es haben uns im Berichtsjahre zwei Ausstellungen lebhaft beschäftigt, bezüglich welcher wir verweisen auf die Botschaft vom 1. Dezember betreffend Subventionierung der eidgenössischen Abteilungen der kantonalen Gewerbeausstellung in Zürich (Bundesbl. V, 251), erledigt durch Bundesbeschluß vom 22. Dezember (A. S. n. F. XIII, 1013), und die Botschaft vom 1. Dezember betreffend Subventionierung der schweizerischen Landesausstellung in Genf (Bundesbl. V, 409).

VIII. Maß und Gewicht.

Der schon längst erwartete Bericht des eidgenössischen Schulrates über die Frage der Verbindung der Eichstätte mit dem physikalischen Institut des eidgenössischen Polytechnikums ist unserem Departement des Innern im November zugekommen und von diesem dem berichterstattenden Departement zur weitem Untersuchung und Antragstellung übermittelt worden. Die Angelegenheit wird nun im Laufe dieses Jahres ihre Erledigung finden können, worauf dann auch die Revision der Verordnung wieder an die Hand genommen werden soll.

Von seiten der schweizerischen Petroleumhandelsgesellschaft in Zürich wurde das Ansuchen gestellt, für den Detailverkehr mit Petroleum auch Kannen von 4 Liter Inhalt zur Eichung zuzulassen. Gleichzeitig langte auch von Basel aus eine ähnliche Anfrage ein. Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene neue Vollziehungsverordnung über Maß und Gewicht, sowie auf den Umstand, daß diese Kannen gleichzeitig als Transportgefäße dienen sollen, hat das Departement eine provisorische Verfügung erlassen über die Bedingungen, welche die betreffenden Kannen erfüllen müssen, um eichfähig zu sein, und über die von den Eichmeistern zu beobachtenden Vorschriften (Kreisschreiben vom 16. Mai; Bundesbl. III, 35).

Die Einfuhr von im Ausland mit Eichzeichen versehenen Glasgefäßen beschäftigte uns im Berichtsjahr wieder mehr, indem 9 Fälle zu unserer Kenntnis gelangten. In der nationalrätlichen Kommission zur Beratung des neuen Zollgesetzes war angeregt worden, den bisher eingeschlagenen Modus, wonach die von den Zollämtern angehaltenen Waren der Polizeidirektion desjenigen Kantons, in welchem der Adressat seinen Wohnsitz hat, zur nähern Untersuchung zugewiesen werden, dahin

abzuändern, daß die schon mit Eichzeichen versehenen Glaswaren von den Zollämtern wieder an den Absender zurückgesandt würden. Das Departement glaubte, diese Frage nicht ohne weiteres in diesem Sinne erledigen zu können, da es in der Rücksendung eine mögliche Schädigung der betreffenden Adressaten erblickt. Es erwartet hingegen ein bezügliches Gutachten von seiten der beteiligten Kaufleute; eine von diesen in Aussicht genommene Versammlung wird im laufenden Jahre stattfinden.

Im Berichtsjahr fanden Inspektionen statt in den Kantonen Zürich, Glarus, St. Gallen und Tessin. Die Ergebnisse sind in den beiden ersten Kantonen vollständig befriedigend, während in den andern noch manches zu wünschen übrig bleibt. Es mußte auch diesmal gerügt werden, daß immer noch einzelne Beamte ihrer Aufgabe nicht gewachsen zu sein scheinen, oder sie wenigstens allzu leicht nehmen, sich über die erlassenen Vorschriften hinwegsetzen und nach eigenem Gutdünken handeln. Die fehlbaren Beamten wurden den betreffenden Regierungen verzeigt mit dem Ersuchen, sie an ihre Pflichten zu erinnern. In einem der genannten Kantone ist der Handel mit Brennholz noch immer nicht dem Gesetze entsprechend, indem in einzelnen Bezirken das Brennholz noch auf altes Maß geschnitten und vermessen wird. Im nämlichen Kanton werden auch in einzelnen Bezirken von den beeidigten Heu- und Bodenmessern Längenmaße gebraucht, die vollständig ungesetzlich sind. Diese Maße werden sowohl zum Ausmessen des Bodens als auch zum Messen von Holz und Heustöcken benutzt, wobei der Inhalt des Bodens allerdings in Quadratmetern, der Inhalt der Heustöcke nach Klaftern zu 6' und 7' angegeben werden. Die betreffende Regierung wurde eingeladen, für Abhülfe zu sorgen.

Da sich bei der Eichung von Gasmessern und der Nachprüfung derselben durch eine andere Eichstätte Differenzen ergeben hatten, wurden die Inspektionen auch benutzt zu einer Nachprüfung der Kubizierapparate auf den Gasmessereichstätten in Zürich und St. Gallen; außerdem wurde auch der Apparat von Bern geprüft. Es ergaben sich in St. Gallen und Bern ganz unwesentliche Differenzen, wogegen der Apparat in Zürich etwas größere Abweichungen zeigte. Die Apparate in Basel und Genf sollen im laufenden Jahr ebenfalls einer Nachprüfung unterworfen werden.

An den beiden Eichmeisterkursen im Frühjahr und Herbst nahmen 6 neu gewählte Eichmeister teil, wovon 2 aus dem Kanton Aargau und je 1 aus Bern, Appenzell A.-Rh., St. Gallen und Waadt. Darunter waren 3 Schlosser, 1 Mechaniker, 1 Kupferschmied und 1 Spengler.

Von weitem Arbeiten der Eichstätte ist außer einigen Probestücklieferungen, den Vergleichen der neuen Präzisionsmiren des eidgenössischen topographischen Bureaus und der Prüfung und Eichung von Alkoholometern zu erwähnen die Anhandnahme der Vergleichen zwischen dem neuen Meterprototyp und den bisher auf der Eichstätte vorhandenen Meterstäben.

Endlich ist zu erwähnen, daß die Arbeiten zu der Bibliographie der schweizerischen Landeskunde, soweit sie Maß und Gewicht betreffen, zum Abschluß gebracht wurden.

II. Abteilung.

Landwirtschaft.

Einleitung.

Die Geschäfte der Abteilung Landwirtschaft haben seit dem Bestehen des Bundesbeschlusses betreffend die Förderung der Landwirtschaft vom 27. Juni 1884 fortwährend an Umfang zugenommen. Auch im Berichtsjahre war eine erhebliche Zunahme derselben zu konstatieren. Während die Zahl der Geschäftsnummern im Jahr 1885 nur 3477 betrug, stieg dieselbe im Jahr 1892 auf 8406 und im Berichtsjahr auf 8806. Das von Ihnen am 22. Dezember 1893 beschlossene Bundesgesetz betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund, das dem letztern neue Aufgaben zuweist, wird voraussichtlich demnächst in Kraft treten und für die Abteilung Landwirtschaft eine weitere Geschäftszunahme zur Folge haben. Wir gedenken, die notwendigen Arbeitskräfte provisorisch anzustellen, uns vorbehaltend, Ihnen sobald wie möglich unsere Anträge über die definitive Organisation der Abteilung vorzulegen.

I. Landwirtschaftliches Unterrichtswesen und Versuchsanstalten.

1. Stipendien.

Von dem Kredite von Fr. 5000, den Sie pro 1893 für Stipendien bewilligt haben, sind nur Fr. 2800 verwendet worden, und zwar:

a. Für Fortsetzung von 8 bereits früher bewilligten Stipendien	Fr. 2000. —
b. für ein erstmalig bewilligtes Stipendium (Zürich) „	200. —
c. für zwei Reisestipendien	„ 600. —

Wie oben Fr. 2800. —

(1892: Fr. 3325. —)

2. Theoretisch-praktische Ackerbauschulen.

Die theoretisch-praktischen Ackerbauschulen haben an die Auslagen, die sie im Jahr 1893 für Lehrkräfte und Lehrmittel gemacht haben, Bundesbeiträge von der Hälfte derselben, und zwar in folgenden Beträgen, bezogen:

	Zürich. Schule Strickhof. Fr.	Bern. Schule Rütli. Fr.	Wallis. Schule Ecône. Fr.	Neuenburg. Schule Cernier. Fr.
1. Für Lehrkräfte	9,475. —	8,282. 40	6150. —	13,846. 87
2. „ Lehrmittel	1,235. 77	452. 42	297. 87	607. 75
Total	<u>10,710. 77</u>	<u>8,734. 82</u>	<u>6447. 87</u>	<u>14,454. 62</u>
(1892:)	11,399. 95	10,583. 87	5176. 82	15,853. 46)

Anlässlich der Beratung des Budgets pro 1893 haben Sie den Wunsch ausgesprochen, unser Landwirtschaftsdepartement wolle dafür besorgt sein, daß in den Eingaben der Kantone nicht Knechte als Aufseher oder gar als Lehrkräfte aufgeführt werden, um eine Erhöhung des Bundesbeitrages für die Anstalt zu erzielen, und daß die Entschädigungen, die für die freie Station der Lehrkräfte in Rechnung gebracht werden, nicht zu hoch angesetzt werden.

Die beteiligten kantonalen Behörden sind eingeladen worden, diesem Wunsche nachhachten zu wollen.

Die einzelnen Anstalten hatten zur Zeit der Jahresprüfungen die nachstehende Schülerzahl und folgendes Lehrpersonal:

Schule.	Lehrer.	Aufseher und Werkführer.	Schüler.
Strickhof	8	3	50
Rütti	4	2	27
Cernier	8	7	28
Ecône	7	1	16

Die Gesamtausgabe des Bundes belief sich für diese Anstalten auf Fr. 40,348. 08 (1892: Fr. 43,014. 10).

3. Landwirtschaftliche Winterschulen.

Diesen Schulen sind ebenfalls die Auslagen, die sie für Lehrkräfte und Lehrmittel gemacht haben, zur Hälfte vergütet worden. Die Höhe der Beiträge ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Bundesbeiträge.	Luzern.	Freiburg.	Aargau.	Waadt.
	Schule Sursee. Fr.	Schule Pérolles. Fr.	Schule Brugg. Fr.	Schule Lausanne Fr.
a. Für Lehrkräfte .	2856. 50	3343. 50	3666. —	7240. —
b. „ Lehrmittel .	380. 18	155. 19	1081. 67	502. —
Total	3236. 68	3498. 69	4747. 67	7742. —
(1892:)	3562. 60	3334. 27	4373. 45	6650. —

Die Summe dieser Bundesbeiträge ist Fr. 19,225. 04 (1892: Fr. 17,920. 32).

Im Wintersemester 1892/93 ist die Schule in Sursee von 48, diejenige in Freiburg (Pérolles) von 13, diejenige in Brugg von 36 und die Schule in Lausanne von 37 Schülern besucht worden. Zu letzterer Zahl kommen noch 22 Auditoren hinzu.

4. Gartenbauschule in Genf.

Die Gartenbauschule des Kantons Genf hat im Berichtsjahre für Lehrkräfte (15 Lehrer und 6 Werkführer) und Lehrmittel Fr. 21,961. 20 verausgabt und an diese Auslagen einen Bundesbeitrag von Fr. 10,980. 60 bezogen.

Die Anstalt zählte zur Zeit der Jahresprüfung (2. Juni) 30 Schüler.

Ein Bericht der kantonalen Aufsichtskommission befindet sich bei den Akten.

5. Landwirtschaftliche Wandervorträge und Specialkurse, von den Kantonen veranstaltet.

Auf die Bundesbeiträge, welche den Kantonen für die Veranstaltung oder Unterstützung landwirtschaftlicher Vorträge und Specialkurse zur Verfügung standen, haben die nachstehend aufgeführten Kantone Anspruch erhoben und es sind denselben an ihre Auslagen die beigesetzten Beiträge gewährt worden. Dieselben entsprechen der Hälfte der Auslagen, die für Lehrkräfte und Lehrmittel gemacht wurden.

Kantone.	Zahl der		Auslagen für		Bundesbeitrag.
	Kurse.	Vorträge.	Lehrkräfte u.	Lehrmittel.	
			Fr.	Fr.	
1. Zürich	45	82	5,213. 35	2,606. 67	
2. Bern	15	114	4,092. 75	2,046. 37	
3. Luzern	8	17	1,140. 80	570. 40	
4. Schwyz	1	3	244. 50	122. 25	
5. Zug	—	3	71. 90	35. 95	
6. Freiburg	1	59	1,200. —	600. —	
7. St. Gallen	4	—	990. 35	495. 17	
8. Graubünden	12	49	3,539. 70	1,769. 85	
9. Aargau	22	47	5,498. —	2,749. —	
10. Waadt	—	76	1,857. 30	928. 65	
11. Wallis	—	28	673. 85	336. 92	
12. Genf	—	406	6,700. 40	3,350. 20	
Total	108	884	31,222. 90	15,611. 43	
(1892:)	96	756	30,731. 45	15,365. 72)	

Für Käserei- und Stalluntersuchungen, sowie für Alpinspektionen haben folgende Kantone pro 1893 Auslagen gemacht, die ihnen zur Hälfte aus dem von Ihnen hierfür bewilligten Kredite vergütet worden sind:

Kantone.	Auslagen.		Bundesbeitrag.	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Zürich	80. —	40. —	—	—
Bern	122. 10	61. 05	—	—
Luzern	270. 30	135. 15	—	—
Appenzell A.-Rh.	158. 10	79. 05	—	—
St. Gallen	1912. —	956. —	—	—
Thurgau	974. —	487. —	—	—
Tessin	2717. —	1358. 50	—	—
Total	6233. 50	3116. 75	—	—
(1892:)	7639. 35.	3819. 67)	—	—

Vom 6.—11. Februar 1893 fand nach dreijähriger Unterbrechung am eidgenössischen Polytechnikum ein IV. Cyklus von Vorträgen für praktische Landwirte statt, der von 108 Landwirten besucht wurde. Die von den Docenten der eidgenössischen land- und forstwirtschaftlichen Schule in verdankenswerter Weise gebotenen Belehrungen und Anregungen sind auch weiteren Kreisen durch Veröffentlichung der Vorträge im „Landwirtschaftlichen Jahrbuch“ und in Fachzeitschriften zugänglich gemacht worden.

Für diese Vorträge, die sich über 22 Themata erstreckten, wurden Fr. 1961. 34 verausgabt.

6. Weinbauschulen und -versuchsstationen.

1. Versuchsstation und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil.

Der dritte Jahresbericht der Anstalt enthält über die an derselben während des Schuljahres 1. September 1892 bis 31. August 1893 abgehaltenen Kurse und deren Frequenz folgende Angaben:

Hauptkurse.

	Schülerzahl.
1. Achtmonatlicher Obst- und Weinbaukurs	16
2. Einjähriger Gartenbaukurs	6
3. Einführung in wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der Pflanzenphysiologie und Gärungslehre	3

Kurzzeitige Kurse.

1. Kurse über das Klären der Obstweine	139
2. Frühjahrskurs für Obstbau	13
3. Kurs für Zwergobstbau	29
4. Obstverwertungskurs für Frauen	63
5. „ „ „ Männer	20
6. Kurs über Mostbereitung und Mostbehandlung für Kursleiter und Wanderlehrer	8
7. Frühjahrskurs über Gemüsebau für Kursleiter	5
8. Herbstkurs über Gemüsebau für Kursleiter	7

Über das Versuchswesen enthält der erwähnte Bericht einlässliche Mitteilungen. Die Versuche betrafen u. a. die Obstverwertung, die Düngung in Obstgärten und Weinbergen, die Konservierung von Rebpfählen, Laubarbeiten und Rebenschnitt, Zwischenkulturen in Rebbergen, Unkrautvertilgung, Bekämpfung der Peronospora, Wein-

bereitung und Behandlung, die Beziehungen zwischen Mostgewicht und Zuckergehalt des Traubensaftes, das Trübwerden der Obstweine.

Die Anstalt verausgabte während des Schuljahres 1892/93:

1. Für Lehrkräfte	Fr. 22,424.	24
2. „ Lehrmittel	„ 1,626.	87
3. „ das Versuchswesen	„ 8,486.	63
		<hr/>
	Fr. 32,537.	74

Sie bezog an diese Auslagen den ihr pro 1893 zugesicherten Bundesbeitrag von Fr. 16,000.

2. Weinbauversuchsstation und -schule Lausanne-Vevey.

Die Thätigkeit der Weinbauversuchsstation in Lausanne wird je länger je mehr von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Reblaus in Anspruch genommen. Im Frühjahr 1893 ist die Überwachung der Rebberge durch Kreiskommissäre neu organisiert worden. Für die phylloxerierten Gebiete und für das Personal der Station wurden einläßliche Verordnungen aufgestellt. Durch Wandervorträge und Verteilung von Präparaten wurde die Belehrung der weinbautreibenden Bevölkerung angestrebt. Im Sommer beanspruchte die Leitung und Beaufsichtigung der Untersuchungs- und Vertilgungsarbeiten beträchtlichen Zeitaufwand.

Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß für diese Thätigkeit der Station kein Kredit vom Bunde zur Verfügung gestellt worden ist. Die übrigen von der Reblaus betroffenen Kantone beziehen für administrative Arbeiten zur Bekämpfung dieses Schädlingens keinen Bundesbeitrag, und für die Auslagen, die denselben durch die Anstellung von Rebbaukommissären erwachsen, sind sie auf den Kredit „Maßnahmen gegen Schäden, welche die landwirtschaftliche Produktion bedrohen“, angewiesen. Wir werden darauf Bedacht nehmen, daß der von Ihnen für Versuchsstationen bewilligte Kredit nur für solche Auslagen in Anspruch genommen wird, die das Versuchswesen betreffen.

Die Station beschäftigte sich im fernern mit der Fortsetzung der mit amerikanischen Reben begonnenen Versuche, mit der Anlage neuer Versuchsfelder, Pfropfversuchen, Untersuchungen über Rebenschädlinge (*Cochylis* [„Heuwurm“], Wurzelschimmel etc.), Arbeiten betreffend den Ringelschnitt, den Einfluß des Kupfers auf die Blätter u. s. w. Im chemischen Laboratorium wurden Düngungsversuche, Untersuchungen über das Gypsen des Stallmistes, Dünger-

Boden- und Gesteinsanalysen, Hefenkulturversuche u. s. w. ausgeführt.

Die Weinbauschule in Vevey ist im Berichtsjahre eröffnet worden. Der theoretisch-praktische Unterricht umfaßte die Zeit von Ende Februar bis Ende November; er wurde von fünf Schülern besucht.

Aus dem von Ihnen bewilligten Kredite wurden der Versuchsstation die Hälfte ihrer Auslagen, abzüglich Fr. 300 als Ertrag der Versuchspartellen, der Schule in Vevey die Hälfte der Unterrichtskosten (Lehrkräfte für theoretischen und praktischen Unterricht, sowie Lehrmittel für den theoretischen Unterricht) vergütet. Die sogenannten „Lehrmittel für den praktischen Unterricht“ sind, wie bei den Ackerbau-, Gartenbau- und Molkereischulen, auch hier bei der Berechnung des Bundesbeitrags unberücksichtigt geblieben. Die ausgerichteten Beiträge bezifferten sich:

1. Für die Versuchsstation auf	Fr. 11,323. 97
2. „ „ Weinbauschule:	
a. für Lehrkräfte auf	Fr. 2197. 13
b. „ „ Lehrmittel auf	„ 173. 20
	„ 2,370. 33
	Total auf Fr. 13,694. 30

Außerdem gelangte im Berichtsjahre die zweite Hälfte des von Ihnen seiner Zeit an die Kosten des Baues und der Einrichtung chemischer Laboratorien der Station bewilligten Beitrages mit Fr. 17,150 zur Auszahlung.

3. Weinbauversuchsstation und -Schule in Auvornier.

Die Auslagen der Weinbauschule betragen:

1. Für Lehrkräfte	Fr. 9000. —
2. Für Lehrmittel	„ 404. 60
	Fr. 9404. 60

Der Bundesbeitrag bezifferte sich demnach auf Fr. 4702. 30.

Die Schule, an der außer dem Direktor ein Weinbaulehrer und zwei Werkführer thätig sind, wurde im Berichtsjahre von 13 Schülern besucht.

Die Versuchsstation verausgabte im Jahre 1892 Fr. 22,382. 10, welche Auslagen ihr aus dem pro 1893 bewilligten Kredite zur Hälfte vergütet wurden.

Die Station hat im Jahre 1893 zur Anlage neuer Versuchsfelder 32,000 gepfropfte Reben abgegeben. Gegenwärtig befinden sich in den von der Reblaus infizierten Gemeinden 75 Versuchsfelder.

7. Landwirtschaftliches Versuchswesen.

1. Schweizerische Samenkontrollstation.

Der Kredit von Fr. 5000, den Sie der Samenkontrollstation pro 1893 bewilligt haben, ist von derselben wie folgt verwendet worden:

1. Für Versuchsfelder	Fr. 2623. 60
2. „ das Wiesenpflanzenwerk	„ 1070. —
3. „ Wiesenuntersuchungen	„ 994. 80
4. „ chemische Untersuchungen	„ 129. —
5. „ Pflanzensammlungen	„ 182. 60
	<hr/>
Total	Fr. 5000. —

Zufolge dem bei den Akten befindlichen Berichte der Station hat dieselbe auch im Berichtsjahre eine Reihe von Versuchen eingeleitet und weiter verfolgt, über deren Ergebnis sie im Wiesenpflanzenwerk oder im landwirtschaftlichen Jahrbuch seiner Zeit berichten wird.

Die zweite Auflage des ersten Teiles des Wiesenpflanzenwerkes wurde ins Französische übersetzt; der vierte Teil desselben (Streupflanzen) wurde teilweise zum Druck vorbereitet.

Pflanzensammlungen (Futterpflanzen und Wiesenunkräuter) gelangten nur 40 zur Abgabe. Nachdem seit einer Reihe von Jahren solche Sammlungen zu reduziertem Preise mit Hilfe von Bundesbeiträgen abgegeben worden sind, dürfte künftig deren allfällige Erstellung und Abgabe der Samenkontrollstation überlassen werden, die sich überdies jetzt schon mit der Erstellung von Gräserherbarien und mit der Abgabe solcher an Interessenten befaßt, ohne hierzu von uns beauftragt worden zu sein und ohne hierfür subventioniert zu werden.

2. Beiträge für anderweitige Versuche.

Für die Untersuchungen der Herren Professoren Heß und Dr. Guillebeau in Bern über Euterentzündungen und Milchfehler sind im Berichtsjahre Fr. 4202. 12, für diejenigen des Herrn Dr. Schaffer, Kantonschemiker in Bern, Fr. 2371. 35 verausgabt worden.

An die Betriebsauslagen des bakteriologischen Instituts des Herrn Dr. von Freudenreich in Bern wurde der von Ihnen bewilligte Beitrag von Fr. 2750 ausgerichtet.

Die Berichte über die mit den Bundesbeiträgen ausgeführten Arbeiten werden jeweilen im „Landwirtschaftlichen Jahrbuch“ veröffentlicht, auf das wir hier verweisen und das bekanntlich den Mitgliedern der eidgenössischen Räte zur Verfügung gestellt ist.

8. Molkereischulen.

Den Molkereischulen der Kantone Bern, Freiburg, St. Gallen und Waadt sind folgende Bundesbeiträge verabfolgt worden, entsprechend der Hälfte der Auslagen, die von denselben für Lehrkräfte und Lehrmittel gemacht worden sind:

	Bern. Schule Rütli.	Freiburg. Schule Pérolles.	St. Gallen. Schule Sornthal.	Waadt. Schule Lausanne- Moudon.
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Für Lehrkräfte .	5299. 21	4750. —	4175. —	6157. 10
2. „ Lehrmittel .	1223. 20	472. 71	295. 71	553. 10
Total	6522. 41	5222. 71	4470. 71	6710. 20
(1892:	5952. 16	6202. 40	4244. 08	5073. 57)

Im ganzen wurden also für diese Schulen Fr. 22,926. 03 ausgegeben gegenüber Fr. 21,472. 21 im Vorjahre.

Zur Zeit der Jahresprüfungen zählten Rütli (in zwei zweisemestrigen Kursen) 15, Freiburg 1 (Frequenz zu Anfang des Kurses 10 Schüler), Sornthal (in zwei einsemestrigen Kursen) 20 und Moudon 4 Schüler.

Neben der Schule in Moudon hat bekanntlich der Staatsrat des Kantons Waadt eine „Milchversuchsstation“ in Lausanne gegründet. Das Personal dieser Station besteht aus dem Direktor, der zugleich Hauptlehrer der Schule ist, einem Chemiker und einem Gehülfen. Zufolge einem bei den Akten befindlichen Berichte hatte die Station zahlreiche Anfragen über die Erstellung und Einrichtung von Käseereien und Alphütten, sowie über den Ankauf von Geräten und Maschinen für Käseereien zu beantworten. Sie beschäftigte sich ferner mit Expertisen betreffend kranke Milch, fehlerhafte Käse u. s. w., mit Ventilationseinrichtungen zur Beseitigung des Dampfes und Rauches aus Käseküchen, mit Untersuchungen über die Fermente des „Sauers“, über den Einfluß des Kaliumchlorats auf die Laktation, die Zusammensetzung der Milch kastrierter Kühe, die Zusammensetzung von Heu und andern Futtermitteln.

Im fernern sind der Station, beziehungsweise deren Direktor, Käsereiinspektionen in den Kantonen Waadt und Neuenburg, Alpenuntersuchungen im Kanton Wallis, die Teilnahme an einem Alpenwanderkurse, sowie die Begutachtung von Bodenverbesserungsprojekten übertragen worden. Ein weiteres Tätigkeitsgebiet bildete die Beschaffung von Futtersämereien und die Belehrung über zweckmäßige Fütterung des Rindviehs.

Die Kosten der Station beliefen sich pro 1893 auf Fr. 9133. 55; der Bundesbeitrag gleich der Hälfte dieser Summe ist in dem vorstehend erwähnten Betrage von Fr. 6710. 20 (Kosten der Schule Lausanne-Moudon) inbegriffen.

II. Förderung der Tierzucht.

A. Hebung der Pferdezucht.

1. Ankauf und Anerkennung von Zuchthengsten.

Im Berichtsjahre sind in der Normandie durch unsere Experten entsprechend den von den Kantonen gemachten Bestellungen sechs Anglo-Normänner Zuchthengste angekauft worden. Drei derselben waren für den Kanton Bern, einer für den Kanton Waadt und zwei für das eidgenössische Depot in Thun bestimmt. Der Ankaufspreis der Tiere betrug Fr. 41,620 oder per Stück Fr. 6936. 65. Die Kosten des Transportes, des Unterhalts und der Wartung der Pferde bis zur Abgabe an die Übernehmer beziffern sich auf Fr. 1610. 15 oder per Hengst auf Fr. 268. 36. Der Durchschnittspreis stellt sich somit loco Thun auf Fr. 7205 pro Stück. Die Transportauslagen der Ankaufskommission, sowie deren Entschädigung haben wir zu Lasten des Bundes übernommen.

Die Gesamtauslagen des Bundes für den Hengstenankauf betragen Fr. 28,526. 35

und zwar:

40 % Bundesbeitrag an die Schätzungssumme der vier an die Kantone Bern und Waadt abgegebenen Hengste	Fr. 12,200. —
Übernahmspreis der zwei dem eidgenössischen Depot einverleibten Beschäler	„ 12,856. —
Kosten des Transportes und der Entschädigung der Ankaufskommission	„ 3,470. 35

Gesuche um Anerkennung und Ankauf von im Inland gefallenen oder von den resp. Eigentümern ohne Mitwirkung des Bundes im Ausland erworbenen Halbbluthengsten sind uns verschiedene zugekommen. Für die Beurteilung dieser Begehren ist maßgebend Art. 6, litt. a, des Bundesbeschlusses betreffend die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund, vom 27. Juni 1884 (A. S. n. F. VII, 605). Bekanntlich werden vom Bunde seit einer Reihe von Jahren nur Vollblut- und edle Halbbluthengste importiert, und haben wir demgemäß die Anerkennung und Subventionierung von Hengsten, die nicht, wie das anglo-normännische Pferd, in näherem oder entfernterem Grade vom sogenannten Vollblutpferd, sei dasselbe englischer oder arabischer Herkunft, abstammen, ausnahmslos abgelehnt. Keinem dieses Jahr eingelangten Begehren konnte entsprochen werden, indem die betreffenden Tiere den oben-erwähnten Anforderungen, welche zur Erzielung positiver Ergebnisse in der Hebung der Pferdezucht aufgestellt worden sind und konsequent verlangt werden müssen, nicht entsprochen haben.

Den Besitzern von sechs im Jahr 1886 importierten Zuchthengsten, welche unsern Experten bei Anlaß der Stutfohlenschauen vorgeführt worden sind, konnten in Gemäßheit von Art. 6 der Pferdezuchtverordnung (A. S. n. F. X, 34) 10 % des seiner Zeit für die Tiere festgestellten Schätzungswertes, zusammen Fr. 1930, ausgerichtet werden. Weitere Fr. 1360 wurden, ebenfalls gestützt auf obige Bestimmung, an zwei Hengstenhalter ausgerichtet, die ihre seiner Zeit durch Vermittlung des Bundes erworbenen Tiere während 10 Beschälperioden der öffentlichen Zucht zur Verfügung gestellt haben.

Über die Verwendung der Hengste pro 1893 giebt die nachfolgende Tabelle Auskunft, welche an Hand der von den Hengstenhaltern zu führenden Belegregister erstellt worden ist.

Kanton.	Zahl der Zuchthengste.	Zahl der belegten Stuten.	Durchschnitts- zahl der Stuten pro Hengst.
Zürich	1	5	5
Bern	35	1709	49
Luzern	3	127	42
Obwalden	1	74	74
Schwyz	2	44	22
Freiburg	6	256	43
Solothurn	4	77	19
Basellandschaft	2	63	32
St. Gallen	7	239	34
Graubünden	2	68	34
Aargau	1	22	22
Thurgau	1	25	25
Waadt	11	324	29
Wallis	3	185	62
Neuenburg	2	49	25
Zusammen 1893	81	3267	40
„ 1892	82	4006	47
„ 1891	77	3756	49

In dieser Zusammenstellung ist die Verwendung der Hengste, welche dem eidgenössischen Depot angehören, nicht inbegriffen. Wir verweisen in dieser Beziehung auf die unter Rubrik „Hengstendepot“ gemachten Angaben.

2. Eidgenössisches Hengstendepot.

Dasselbe bestand zu Anfang des Jahres 1893 aus vier Vollblut- und sechs Halbbluthengsten und dem im Jahr 1892 versuchsweise angekauften Vollbluthengstfohlen „Fitz Marocain“. Da sich dasselbe aber zu wenig kräftig und günstig entwickelt hat, um als Beschäler verwendet werden zu können, so wurde das Tier anfangs April kastriert und von der eidgenössischen Pferdeeregianstalt zu dem seiner Zeit ausgelegten Ankaufspreis von Fr. 2500 als Offizierspferd übernommen. Dem Depot wurden einverleibt ein von der Regieanstalt in Thun zum Preise von Fr. 5000 erworbener Vollbluthengst „Douro“, die vom diesjährigen Transport übernommenen zwei Halbbluthengste und ein weiterer Halbbluthengst, welcher im Herbst 1892 importiert und an den Kanton Bern abgegeben wurde, dessen Eigentümer aber die Rücknahme wegen Bösartigkeit des Tieres verlangte. Der Rückkaufspreis betrug inkl. Pferdeausrüstung Fr. 3834. 97, gleich der Höhe des vom Kanton Bern seiner Zeit bezahlten Übernahmepreises. Der Rückkauf fand statt, nicht weil wir hierzu irgend

welche Verpflichtung anerkennen mußten, sondern nur mit Rücksicht darauf, um das Tier von nachgewiesener vorzüglicher Abstammung durch erfahrene und richtige Behandlung und Dressur der Zucht zu erhalten. Dieser Beschäler wurde denn auch dieses Jahr mit Erfolg im Kanton St. Gallen als Depothengst verwendet.

Es weist somit das Depot gegenwärtig einen Bestand von fünf Vollblut- und neun Halbbluthengsten auf mit einem Schätzungswert von Fr. 101,400.

Die Verteilung der Beschäler auf die von den Kantonen verlangten Stationen erfolgte im Laufe der Monate März und April. Eine frühere Stationierung war teilweise nicht möglich, indem eine Anzahl Tiere an Influenza erkrankt waren, welche Krankheit jedoch keine nachteiligen Folgen hinterlassen hatte.

Die Benutzung der Hengste ist aus nachfolgender Zusammenstellung ersichtlich:

Hengst.	Beschälstation.	Zahl der belegten Stuten.
„Uxbridge“	{ Tramelan	47
	{ Thun	3
		— 50
„Sérapis“	{ Delsberg	41
	{ Thun	2
		— 43
„Bec-Hellouin“	{ Lausanne	23
	{ Thun	13
		— 36
„St-Jean“	{ Einsiedeln	20
	{ Thun	1
		— 21
Von Vollblut belegte Stuten		<u>150</u>
„Kan“	{ Schöpfheim	3
	{ Chur	29
		— 32
„Kronprinz“	Schöpfheim	43
„Kabyle“	{ Zweisimmen	11
	{ Thun	2
		— 13
„Limier“	Einsiedeln	45
„Lukas“	Galgenen	32
„Liban“	Schöpfheim	46
„Lister“	Goßau	35
Von Halbblut belegte Stuten		<u>256</u>

Über die Zuchtergebnisse der letztes Jahr von Vollbluthengsten belegten Stuten sind uns von den Eigentümern derselben folgende Mitteilungen zugegangen:

Von den bei

	„Bec- Hellouin“	„Uxbridge“	„Sérapis“	Total.
belegten Stuten haben ge- boren:				
Hengstfohlen	12	33	20	65
Stutfohlen	8	31	15	54
verworfen	2	2	2	6
sind umgekommen	—	1	2	3
sind nicht trächtig ge- worden	24	24	12	60
Keine Nachricht ist ein- gelaugt für	1	1	1	3
Zusammen	47	92	52	191
Es sind somit trächtig ge- worden	48 %	71 %	70 %	65 %
Geboren haben	43 %	70 %	67 %	62 %

Die Ausgaben des Depots für Wärterlöhnungen, Unterhalt und Verpflegung der Hengste, Transportkosten nach und von den Beschälstationen etc. beziffern sich auf Fr. 23,305. 59; denselben stehen Fr. 6886. 50 als Erlös an Sprunggeldern gegenüber, so daß der Ausgabenüberschuß Fr. 16,419. 09 ausmacht. Die Inventargegenstände repräsentieren pro Ende 1893 einen Schätzungswert von Fr. 1361. 90. Den Beamten der eidgenössischen Pferderegianstalt, welche mit der Verwaltung und Beaufsichtigung des Hengstendepots betraut sind, wurde für die Mehrarbeit eine Entschädigung von Fr. 500 ausgerichtet.

3. Prämiierung von Stutfohlen und Zuchtstuten.

Auf den im Monat Mai abhin abgehaltenen 40 Stutfohlen- und Stutenschauen konnten folgende Prämien zugesichert werden:

Kanton.	Zahl der prämierten Stutfohlen und Stuten.					Im Jahr 1892 prä- mierte Stut- fohlen. Total.
	1-2- jährig à Fr. 30.	2-3- jährig à Fr. 50.	3-5- jährig à Fr. 200.	3-7- jährig à Fr. 280.	Total.	
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Zürich . . .	1	1	1	—	3	4
Bern . . .	118	116	89	—	323	393
Luzern . . .	17	12	7	—	36	41
Uri . . .	—	—	—	—	—	2
Schwyz . . .	30	27	13	—	70	59
Obwalden . . .	12	7	4	—	23	20
Glarus . . .	—	1	1	—	2	7
Zug . . .	3	—	—	—	3	1
Freiburg . . .	31	36	10	—	77	76
Solothurn . . .	5	3	5	—	13	17
Baselstadt . . .	—	—	—	—	—	1
Basellandschaft	3	4	1	—	8	10
AppenzellA.-Rh.	—	1	—	—	1	3
St. Gallen . . .	36	33	24	1	94	83
Graubünden . . .	9	9	8	—	26	24
Aargau . . .	1	4	2	—	7	5
Thurgau . . .	5	4	2	—	11	8
Waadt . . .	80	81	48	3	212	195
Wallis . . .	30	25	18	—	73	69
Neuenburg . . .	10	18	11	1	40	28
1893, vorge- führte Fohlen 1190; prämiert Total	391	382	244	5	1022	1046
1892, vorge- führte Fohlen 1622; prämiert Total	440	338	254	14	1046	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Prämienbetrag 1893 . . .	11,730	19,100	48,800	1400	81,030	
Prämienbetrag 1892 . . .	13,200	16,900	50,800	3920	84,820	

Diese Stutfohlen stammen ab von 84 vom Bunde importierten oder zur Zucht anerkannten Hengsten.

Wie obiger Zusammenstellung zu entnehmen ist, wurden dieses Jahr weniger Tiere zur Prämiiierung vorgeführt als im Vorjahre, dagegen weist die Zahl der Prämiierten einen höhern Prozentsatz auf, und zwar 86 % gegenüber 65 % pro 1892, obschon die Anforderungen an die zu prämiierenden Fohlen und Stuten keineswegs herabgemindert, sondern im Gegenteil erhöht wurden. In dieser Thatsache liegt ein Beweis dafür, daß von seiten der Pferdezüchter je länger je mehr nur solche Fohlen aufgezogen und zur Prämiiierung vorgeführt werden, welche den gestellten Anforderungen entsprechen und zur Erwartung berechtigten, daß sie sich später als Zuchtstuten eignen werden.

Auch sprechen sich die Berichte der Expertenkommissionen übereinstimmend dahin aus, daß ein qualitativer Fortschritt in der Pferdezucht an Hand der auf den Schauen aufgeführten Fohlen zu konstatieren sei. Dieser Fortschritt beziehe sich hauptsächlich auf die Verbesserung der obern Linie der Tiere, d. h. auf die Halslänge, auf die Entwicklung des Widerristes, der Lenden und der Kruppe. Als Hauptfehler des Großteiles der Fohlen müsse ein unkorrekter Gang hervorgehoben werden, der hauptsächlich davon herrühre, daß die Tiere namentlich im Winter zu wenig freie Bewegung haben. Zwei Hengste, welche nachweisbar unkorrekten Gang vererben, wurden auf unsere Veranlassung der Zucht entzogen und die betreffenden Eigentümer entsprechend dem seiner Zeit festgestellten Schätzungswert der Tiere mit zusammen Fr. 1850 entschädigt.

Von den in frühern Jahren zugesicherten Prämien wurden ausgerichtet:

Kanton.	Für Fohlen.			Zuchtstuten. 3—7-jährig à Fr.280.	Total Prämien.
	1—2-jährig à Fr. 30.	2—3-jährig à Fr. 50.	3—5-jährig à Fr. 200.		
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Zürich	1	1	1	—	3
Bern	172	133	84	—	389
Luzern	15	12	13	—	40
Uri	—	1	—	—	1
Schwyz	25	11	3	1	40
Obwalden	8	7	4	—	19
Glarus	2	2	1	—	5
Zug	1	—	—	—	1
Freiburg	34	18	3	—	55
Solothurn	9	6	—	—	15
Basellandschaft	3	2	1	—	6
Appenzell A.-Rh.	2	—	—	—	2
St. Gallen	23	34	15	2	74
Graubünden	8	6	1	—	15
Aargau	3	1	—	—	4
Thurgau	3	3	—	—	6
Waadt	82	60	30	1	173
Wallis	27	23	6	—	56
Neuenburg	9	8	3	1	21
Total	427	328	165	5	925
und zwar					
im Jahr 1889 zugesicherte	—	—	1	—	1
„ „ 1890 „	—	—	19	—	19
„ „ 1891 „	2	—	61	2	65
„ „ 1892 „	425	328	84	3	840
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Prämienbetrag 1893 .	12,810	16,400	33,000	1400	63,610

Nach den bestehenden Vorschriften konnte die Auszahlung der im Jahr 1890 für Stuten im Alter von 3—5 Jahren zugesicherten Prämien von Fr. 200 nur noch während des Berichtsjahres beansprucht werden. Die Zahl der damals in dieser Kategorie prämierten Tiere betrug 264 Stück; die Prämien konnten ausbezahlt werden für

185 Stuten. Es haben somit 70 % der im Jahr 1890 prämierten Stuten lebende Fohlen geboren, und zwar nach der hierüber geführten Kontrolle 92 Hengst- und 93 Stutfohlen.

1889: 71 % Geburten, davon 72 Hengst- und 73 Stutfohlen.
 1888: 68,79 % " " 50 " " 58 "

4. Beiträge für Pferdeausstellungen

wurden keine ausgerichtet.

5. Beiträge für Fohlenweiden

konnten verabfolgt werden:

Kantone.	Zahl der Weiden.	Zahl der gesömmerten Fohlen.	Höhe des Bundesbeitrages Fr.
Zürich	1	11	176. —
Bern	25	538	7,244. —
Luzern	2	34	483. —
Schwyz	11	187	2,649. 50
Freiburg	4	60	772. —
Solothurn	4	58	856. —
Basellandschaft	1	10	157. 50
St. Gallen	2	36	720. —
Aargau	1	12	228. —
Waadt	8	159	2,421. 50
Neuenburg	4	44	802. —
Zusammen 1893	63	1149	16,509. 50
" 1892	49	942	12,732. —

Im fernern wurde der st. gallischen Fohlenweidegesellschaft an die Verbesserungen ihrer Fohlenalp Unterbächen-Ebnat ein dem kantonalen Beitrag gleichkommender Bundesbeitrag von Fr. 875 ausgerichtet.

Mit dem Ankauf von Vollbluthengsten für das eidgenössische Depot wurde nicht nur bezweckt, die Grundlage für eine bessere und rentablere Pferdezucht zu geben, sondern auch die Möglichkeit zu schaffen, einige der allerbesten von Vollblut gezeugten Hengstfohlen vom Bunde als Beschäler „anerkennen“ und eventuell erwerben zu können.

Da nun aber eine richtige Aufzucht und Entwicklung der Fohlen ohne Weidgang nicht möglich ist, hinwiederum aber Hengstfohlen auf Privat- und Genossenschaftsweiden nur ausnahmsweise

oder gar keine Aufnahme finden, so erachteten wir es als in unserer Aufgabe liegend, zur Erhaltung dieser Tiere, als Hengste bis zum dritten Jahre, für den Weidgang derselben in irgend einer Weise besorgt zu sein. Es wurde denn auch ein solches dem Bunde gehörendes Weideareal im Schwäbis bei Thun für dieses Jahr zur Verfügung gestellt. Aufsicht, Wartung und Beschaffung der Furance für die Fohlen wurde der Direktion der eidgenössischen Regieanstalt übertragen. Die Kosten des auf 150 Tage berechneten Weidganges wurden festgestellt auf Fr. 135 für einjährige und auf Fr. 185 für zweijährige Fohlen. Hieran leistete der Bund je Fr. 35 per Fohlen, was für die sieben auf der Weide gesömmerten Tiere eine Ausgabe von Fr. 245 ergibt.

Die einjährigen Fohlen erhielten täglich $1\frac{1}{2}$ kg. Hafer, die zweijährigen $2\frac{1}{2}$ kg. und alle nach Bedarf Heu.

6. Hufschmiedekurse.

Dem Kanton Bern wurden für zwei abgehaltene Kurse Fr. 1703. 50 verabfolgt, welcher Beitrag der Hälfte derjenigen Auslagen entspricht, welche sich auf Lehrkräfte und Lehrmittel beziehen.

7. Depot dreijähriger Remonten.

Es wurden angekauft bei Anlaß der Stutfohlenschauen:

15 Fohlen in der Westschweiz,	} zusammen 67 Fohlen.
16 " " " Centralschweiz und	
36 " " " Ostschweiz,	

Ein weiterer Ankauf fand statt im Monat September in Bern, bei welchem jedoch nur Tiere aufgeführt werden konnten, die von den Züchtern für die Beschickung der schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung bestimmt waren und deren eventueller Ankauf nach Schluß dieser nunmehr aber verschobenen Ausstellung in Aussicht genommen wurde. Aufgeführt wurden 12 Fohlen und hiervon 8 Stück angekauft. Die Kosten dieser Ankäufe (Ankaufspreis, Bahntransport etc.) betragen für 75 Fohlen zusammen Fr. 69,423. 80 oder per Stück Fr. 925. 65.

Die im letztjährigen Berichte konstatierte Besserung in der Beschaffenheit und dem Körperbau der Tiere kann auch bei dem diesjährigen Bestande hervorgehoben werden.

Für die Aufzucht wurde wie bisanbin die Weide in Übeschi benützt, und zwar vom 25. Mai bis 20. Oktober 1893. Allein dieses Weideareal genügte für die verhältnismäßig große Zahl von

Fohlen infolge der trockenen Witterung und des damit verbundenen quantitativ geringern Graswuchses nicht und es mußte deshalb mit Trockenfutter nachgeholfen werden.

Eines der Fohlen ist im Laufe des Jahres an innern Krankheiten umgestanden und zwei derselben mußten ausrangiert werden.

Bei der Ende Januar 1894 vorgenommenen Liquidation wurden übernommen:

Von der Kavallerie 20 Stück zum		
Preise von	Fr. 21,600	
Von der eidgenössischen Pferderegie-		
anstalt 45 Stück zum Preise von	„ 48,600	
		Fr. 70,200. —
Aus dem Pferdezuchtkredit wurden bezahlt . .	„ 30,442. 58	
folglich Nettoausgaben inkl. Ankaufskosten . .	Fr. 100,642. 58	

Die 7 noch verbleibenden Fohlen wurden, weil teilweise in der Entwicklung zurückgeblieben oder mit Fehlern und Untugenden behaftet, zur Versteigerung bestimmt. Bei Abschluß der eidgenössischen Staatsrechnung war jedoch diese Steigerung noch nicht abgehalten und es mußte somit der Schätzungswert dieser Tiere mit Fr. 3300 ebenfalls ausgerichtet werden, was in vorstehender Summe inbegriffen ist.

Der Erlös, welcher aus der Versteigerung dieser 7 Pferde erzielt werden wird, muß demnach in der Betriebsbilanz pro 1894 Berücksichtigung finden und ein Bericht hierüber im nächsten Jahre erstattet werden.

B. Rindviehzucht.

1. Auszahlung der im Jahre 1892 zuerkannten Beiprämien für Zuchtstiere und Stierkälber.

Im Jahr 1892 wurden an 156 kantonalen Schauen 2249 eidgenössische Beiprämien im Betrage von Fr. 176,264 für solche prämierte Zuchtstiere zugesichert, welche zehn Monate, vom Tage der Prämierung an gerechnet, der inländischen Zucht nicht entzogen wurden. Unter Berücksichtigung des durch die anhaltende Trockenheit des Frühjahrs 1893 hervorgerufenen Futtermangels wurde im Berichtsjahre denjenigen Kantonen, welche diesbezügliche Gesuche stellten, die Bewilligung erteilt, den Verkauf der mit wenigstens sechs Ersatzzähnen versehenen prämierten Zuchtstiere nach Ablauf der Zuchtperiode, unbeschadet des Bezugs der zugesicherten eidgenössischen Beiprämien, zu gestatten.

Über die im Berichtsjahre erfolgte Auszahlung der zugesicherten Beiprämien giebt die nachstehende Tabelle Aufschluß.

Kantone.	Zugesicherte Beiprämien.		Ausbezahlte Beiprämien.	
	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.
Zürich . . .	168	14,160. —	158	13,275. —
Bern . . .	431	38,990. —	413	38,120. —
Luzern . . .	154	15,000. —	150	14,630. —
Uri . . .	20	1,820. —	20	1,820. —
Schwyz . . .	59	4,880. —	58	4,737. —
Obwalden . . .	24	1,522. 50	24	1,520. —
Nidwalden . . .	22	1,260. —	21	1,195. —
Glarus . . .	20	1,480. —	19	1,440. —
Zug . . .	30	2,420. —	28	2,312. —
Freiburg . . .	118	15,095. —	113	14,640. —
Solothurn . . .	97	5,140. —	95	5,040. —
Baselstadt . . .	—	—	—	—
Baselland . . .	36	3,100. —	30	2,650. —
Schaffhausen . . .	17	1,050. —	17	1,050. —
Appenzell A.-Rh. . .	47	3,100. —	46	3,050. —
Appenzell I.-Rh. . .	13	875. —	13	875. —
St. Gallen . . .	262	15,010. —	242	13,320. —
Graubünden . . .	74	7,280. —	65	6,350. —
Aargau . . .	113	8,700. —	103	7,945. —
Thurgau . . .	103	6,430. —	99	6,230. —
Tessin . . .	65	4,375. —	64	4,300. —
Waadt . . .	183	13,752. —	164	12,447. —
Wallis . . .	113	7,174. 50	92	5,695. 50
Neuenburg . . .	68	2,870. —	60	2,521. 65
Genf . . .	12	780. —	7	485. —
	1892: 2249	176,264. —	2101 (93,4%)	165,648. 15 (94,0%)
	1891: 2589	141,964. 70	2333 (90,1%)	134,475. 85 (94,7%)

Um die Kantone zu veranlassen, die Auszahlung der kantonalen Prämien an die gleichen Bedingungen zu knüpfen, wie der Bund, wurden die nicht fällig gewordenen Prämienbeträge innert den Schranken des zugesicherten Kredites denjenigen Kantonen, die diese Auszahlungsweise anwenden und die diesbezügliche Gesuche stellten, zur Erhöhung der Prämien des nächsten Jahres zur Verfügung gestellt.

2. Prämierung von Zuchtstieren und Stierkälbern im Jahre 1893.

Hierfür stand den Kantonen ein Kredit in gleichem Betrage wie im Vorjahre zur Verfügung. Die an die Auszahlung der

Prämien geknüpften Bedingungen waren die gleichen wie im Jahre 1892. Die Beiprämiën wurden an 179 Schauen gemäß nachstehender Tabelle den Besitzern prämiierter Stiere zugesichert.

Kantone.	Eidgenössische Beiprämiën.			Kantonale Zuchtstierprämiën.	
	Zugesicherte	Verwendeter	Anzahl.	Betrag.	Anzahl.
	Quote.	Betrag.		Betrag.	
	Fr.	Fr.		Fr.	
Zürich	13,800	14,190. —	163	12,420. —	203
Bern	38,410	39,495. —	444	39,315. —	481
Luzern	14,920	15,030. —	175	14,463. —	216
Uri	1,820	1,820. —	20	1,640. —	20
Schwyz	4,880	4,880. —	58	7,920. —	58
Obwalden . . .	1,520	1,610. —	26	1,610. —	26
Nidwalden . .	1,260	1,260. —	22	1,985. —	31
Glarus	1,480	1,480. —	20	1,520. —	20
Zug	2,420	2,420. —	26	2,020. —	26
Freiburg . . .	14,690	14,448. —	123	14,448. —	123
Solothurn . . .	5,090	5,080. —	118	5,080. —	118
Baselstadt . .	630	—	—	—	—
Baselland . . .	3,190	3,085. —	50	3,110. —	60
Schaffhausen .	1,050	1,110. —	16	1,880. —	37
Appenzell A.-Rh.	3,100	3,100. —	46	3,100. —	46
Appenzell I.-Rh.	1,290	1,020. —	16	1,020. —	16
St. Gallen . .	13,320	14,850. —	256	17,015. —	578
Graubünden . .	6,980	7,630. —	101	14,971. —	311
Aargau	8,700	8,700. —	105	9,450. —	105
Thurgau	6,450	6,450. —	104	6,450. —	104
Tessin	4,710	4,725. —	74	5,352. —	74
Waadt	12,560	15,735. —	204	22,865. —	315
Wallis	17,870	7,849. —	135	7,969. —	137
Neuenburg . .	2,870	3,220. —	80	6,659. —	80
Genf	900	—	—	—	—
1893:	183,910	179,187. —	2382	202,262. —	3185
1892:	183,910	176,264. —	2249	194,436. 50	2813
Differenz	—	+ 2,923. —	+ 133	+ 7,825. 50	+ 372

Die Kantone haben überdies verwendet:

1. für die Prämiierung von Kühen und Rindern . Fr. 70,814
2. für die Prämiierung von Zuchtbeständen und Zuchtfamilien (Obwalden, Glarus, Freiburg, Baselland, Schaffhausen, Appenzell A.-Rh., St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Wallis und Neuenburg) „ 17,982

Fr. 88,796

Die Gesamtauslage der Kantone für die Prämiiierung von Zuchtstieren, Kühen und Rindern beträgt demgemäß Fr. 291,058 gegenüber Fr. 274,505. 28 im Vorjahre.

3. Prämiiierung von Zuchtfamilien, beziehungsweise Zuchtbeständen.

Die im Jahre 1892 bedingungsweise zugesicherten Zuchtfamilien- und Zuchtbeständeprämien gelangten im Berichtsjahre in folgenden Beträgen zur Auszahlung:

Kantone.	Zugesicherte Prämien.		Ausbezahlte Prämien.	
	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.
Zürich	47	4,568. —	39	4,432. —
Bern	121	12,901. —	109	12,685. —
Luzern	28	4,290. —	25	4,186. —
Uri	10	610. —	10	610. —
Schwyz	33	1,533. 45	30	1,458. —
Obwalden	12	1,036. —	12	518. —
Nidwalden	6	373. —	4	269. 58
Glarus	33	1,373. 53	25	565. —
Zug	20	522. —	13	425. —
Freiburg	26	8,880. —	26	3,880. —
Solothurn	23	1,692. —	20	1,593. 60
Baselstadt	—	—	—	—
Baselland	11	885. —	10	785. —
Schaffhausen	9	625. 25	6	440. 80
Appenzell A.-Rh.	16	936. —	11	740. 70
Appenzell I.-Rh.	6	400. —	5	369. —
St. Gallen	61	5,970. 60	50	4,147. 30
Graubünden	114	4,592. 15	105	3,887. —
Aargau	15	3,732. —	15	3,732. —
Thurgau	27	2,459. 85	23	2,269. 05
Tessin	70	2,511. 20	41	2,095. 60
Waadt	46	5,356. 30	41	5,057. 60
Wallis	44	6,074. —	31	3,384. —
Neuenburg	20	2,710. 45	19	1,068. 40
Genf	—	—	—	—
1892:	798	74,031. 78	670	58,598. 63
			83,3%	79,2%
1891:	913	72,121. 50	768	56,484. 68
			84,1%	78,2%

Ferner wurden im Jahre 1893 an 235 Schauen 792 Prämien für Zuchtfamilien und Zuchtbestände im Gesamtbetrage von Franken 78,758. 70 zugesichert. Die Auszahlung dieser Prämien wird im Jahre 1894 erfolgen, sofern die prämierten oder mit diesen verwandte Bestände bei den alsdann stattfindenden Zuchtfamilien-schauen wieder vorgeführt und neuerdings prämiert werden und die weiblichen Tiere der Bestände inzwischen durch prämierte Zuchtstiere belegt worden sind.

Die zugesicherte Prämien-summe verteilt sich auf die einzelnen Kantone wie folgt:

Kantone.	Ausgesetzter Kredit. Fr.	Zahl der vorgeführten Familien.	Zahl der prämierten Familien.	Gesamtstückzahl der prämierten Familien.	Betrag der Prämien. Fr.
Zürich	4,432	42	42	2,384	4,525. —
Bern	12,908	126	124	4,093	12,908. —
Luzern	4,290	25	25	524	4,290. —
Uri	610	12	12	41	610. —
Schwyz	1,533	50	49	306	1,533. —
Obwalden	518	15	15	65	1,036. —
Nidwalden	373	7	5	20	373. —
Glarus	565	40	36	232	1,198. 15
Zug	522	2	2	36	522. —
Freiburg	3,880	41	41	2,939	10,351. —
Solothurn	1,692	25	25	224	1,692. —
Baselstadt	111	—	—	—	—
Baselland	883	16	13	80	1,312. 25
Schaffhausen	525	9	9	67	623. 35
Appenzell A.-Rh.	936	14	12	54	1,170. —
Appenzell I.-Rh.	386	6	6	27	386. —
St. Gallen	4,420	63	63	570	6,632. 85
Graubünden	3,887	134	96	530	4,665. 60
Aargau	3,732	16	16	386	3,732. —
Thurgau	2,367	33	26	332	4,737. 80
Tessin	2,524	96	55	172	2,630. 35
Waadt	4,557	44	38	491	4,628. 25
Wallis	3,504	88	58	276	6,405. —
Neuenburg	1,112	25	24	245	2,797. 10
Genf	359	—	—	—	—
1893:	60,626	929	792	14,094	78,758. 70
1892:	60,626	1096	798	12,224	74,031. 78
Differenz	—	— 167	— 6	+ 1,870	+ 4,726. 92

Diejenigen Kantone, welche bei der Zusicherung der Prämien den ihnen zur Verfügung gestellten Kredit überschritten haben, werden einen allfällig bei der Auszahlung der Prämien sich ergebenden Mehrbetrag aus eigenen Mitteln decken.

4. Beiträge für Gründung von Zuchtgenossenschaften.

Im Berichtsjahre wurden infolge Erschöpfung des für die Hebung der Rindviehzucht ausgesetzten Kredites und mit Rücksicht auf die durchwegs sehr mangelhafte Zuchtbuchführung von seiten der angemeldeten Genossenschaften keine Bundesbeiträge an die Gründungskosten ausgerichtet. Dagegen wurden an eine Anzahl Genossenschaften Beiträge in der Höhe von Fr. 200—300 zugesichert. Die Auszahlung dieser Beiträge wird im Laufe des Jahres 1894 erfolgen, wenn die angemeldeten Genossenschaften dem Departement richtig geführte Zuchtbücher vorgelegt haben.

C. Kleinviehzucht.

Im Jahre 1892 wurden den Kantonen zum erstenmal für die Prämierung von Zuchtebern und Ziegenböcken Bundesbeiträge in der Höhe der für diesen Zweck ausgeworfenen kantonalen Beträge in Aussicht gestellt. Diese Beiträge durften pro 1892 den Besitzern prämiierter Tiere nur zugesichert werden, und es durfte deren Auszahlung erst erfolgen, wenn die prämierten Tiere an den Schauen des Jahres 1893 zur Kontrolle wieder vorgeführt wurden.

In welchem Maße die Ausrichtung der zugesicherten Prämien stattfinden konnte, ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich (siehe Seite 26).

Im fernern standen den Kantonen im Berichtsjahre für die Prämierung von Kleinvieh wiederum Bundesbeiträge unter den gleichen Bedingungen in Aussicht, wie im Jahre 1892.

Die Kantone haben demgemäß Zuchteber- und Ziegenbockprämien in den in nachstehender Tabelle aufgeführten Beträgen zugesichert (siehe Seite 27).

Auszahlung der im Jahre 1892 zugesicherten Kleinviehprämien.

Kantone.	Beiprämlen für Zuchteber.				Beiprämlen für Ziegenböcke.			
	Zugesichert.		Ausbezahlt.		Zugesichert.		Ausbezahlt.	
	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.
Zürich	29	980. —	25	850. —	102	560. —	52	295. —
Bern	69	1925. —	59	1670. —	125	1082. 50	101	870. —
Luzern	28	710. —	17	470. —	20	120. —	11	75. —
Uri	1	12. 50	—	—	5	62. 50	4	50. —
Schwyz	10	225. —	5	120. —	—	—	—	—
Obwalden	14	404. —	4	70. —	7	27. —	3	14. —
Nidwalden	4	130. —	3	100. —	4	50. —	4	50. —
Glarus	5	75. —	2	32. 50	20	75. —	10	32. —
Zug	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg	36	645. —	28	495. —	48	590. —	41	520. —
Solothurn	17	295. —	17	295. —	54	421. —	45	351. —
Baselstadt	—	—	—	—	—	—	—	—
Basellandschaft	5	100. —	3	60. —	—	—	—	—
Schaffhausen	28	570. —	18	360. —	13	130. —	8	80. —
Appenzell A.-Rh.	—	—	—	—	—	—	—	—
Appenzell L.-Rh.	8	240. —	8	240. —	13	58. 50	13	58. 50
St. Gallen	24	700. —	17	532. 50	43	460. —	43	460. —
Graubünden	—	—	—	—	—	—	—	—
Aargau	9	120. —	7	100. —	57	470. —	36	330. —
Thurgau	5	100. —	3	60. —	—	—	—	—
Tessin	13	510. —	13	510. —	—	—	—	—
Waadt	150	1800. —	150	1800. —	16	175. —	11	115. —
Wallis	4	97. 50	4	97. 50	4	35. —	4	35. —
Neuenburg	6	180. —	2	70. —	—	—	—	—
Genf	—	—	—	—	—	—	—	—
	465	9819. —	385	7932. 50	531	4316. 50	386	3335. 50
			82,8 %	80,8 %			72,7 %	77,3 %

Zusicherung von Kleinviehprämien im Jahre 1893.

Kantone.	Zugesicherte Prämien für Zuchteber.				Zugesicherte Prämien für Ziegenböcke.			
	Kantonale Prämien.		Eidg. Beiprämien.		Kantonale Prämien.		Eidg. Beiprämien.	
	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.	Anzahl.	Betrag. Fr.
Zürich	32	1,370. —	32	1,370. —	101	505. —	101	505. —
Bern	108	2,990. —	108	2,990. —	185	1647. 50	185	1647. 50
Luzern	29	805. —	29	805. —	26	155. —	26	155. —
Uri	—	—	—	—	5	62. 50	5	62. 50
Schwyz	12	330. —	12	330. —	—	—	—	—
Obwalden	11	265. —	11	265. —	7	95. —	7	95. —
Nidwalden	3	100. —	3	100. —	4	50. —	4	50. —
Glarus	6	132. 50	6	132. 50	14	142. 50	14	142. 50
Zug	3	50. —	3	50. —	—	—	—	—
Freiburg	46	1,145. —	46	1,145. —	64	910. —	64	910. —
Solothurn	16	270. —	16	270. —	55	490. —	55	490. —
Baselstadt	—	—	—	—	—	—	—	—
Baselland	11	200. —	11	200. —	32	160. —	20	160. —
Schaffhausen	32	690. —	32	690. —	17	170. —	17	170. —
Appenzell A.-Rh.	3	85. —	3	85. —	—	—	—	—
Appenzell I.-Rh.	9	260. —	9	260. —	9	40. —	9	40. —
St. Gallen	22	665. —	22	665. —	60	682. 50	60	682. 50
Graubünden	—	—	—	—	—	—	—	—
Aargau	7	110. —	7	110. —	55	430. —	55	430. —
Thurgau	17	230. —	17	230. —	16	142. 50	16	142. 50
Tessin	18	875. —	18	875. —	—	—	—	—
Waadt	137	1,644. —	137	1,644. —	20	420. —	20	420. —
Wallis	4	147. —	4	147. —	14	304. —	14	304. —
Neuenburg	8	270. —	8	270. —	—	—	—	—
Genf	—	—	—	—	—	—	—	—
1893:	534	12,633. 50	534	12,633. 50	684	6406. 50	672	6406. 50
1892:	472	9,909. —	465	9,819. —	533	4353. 50	531	4316. 50
Differenz	+ 62	+ 2,724. 50	+ 69	+ 2,814. 50	+ 151	+ 2053. —	+ 141	+ 2090. —

III. Verbesserung des Bodens.

An Unternehmungen zur Verbesserung des Bodens wurden pro 1893

A. in Aussicht gestellt:

im Kanton	Zürich . . .	für	11	Projekte	Fr.	6,102. —
"	" Bern . . .	"	13	"	"	22,176. 10
"	" Luzern . . .	"	1	"	"	6,800. —
"	" Schwyz . . .	"	17	"	"	12,525. 12
"	" Unterwalden o. d. Wald . . .	"	1	"	"	4,500. —
"	" Unterwalden n. d. Wald . . .	"	1	"	"	220. —
"	" Glarus . . .	"	2	"	"	525. —
"	" Basellandschaft	"	2	"	"	12,000. —
"	" Schaffhausen . .	"	1	"	"	600. —
"	" St. Gallen . . .	"	19	"	"	53,297. 70
"	" Graubünden . . .	"	28	"	"	17,312. —
"	" Aargau . . .	"	4	"	"	11,670. 65
"	" Thurgau . . .	"	4	"	"	7,517. 98
"	" Waadt . . .	"	1	"	"	1,840. —
"	" Neuenburg . . .	"	1	"	"	24,000. —
	1893 zusammen	für	106	Unternehmen	Fr.	181,086. 55
	1892	"	109	"	"	209,667. 60
	1891	"	100	"	"	98,644. 89

Überdies wurde für ein Unternehmen im Kanton Bern (Kieskorrektur), gestützt auf die Thatsache, daß das Projekt um die in der Kostenberechnung vorgesehene Summe nicht ausgeführt werden konnte, und daß von seiten der kantonalen Regierung entsprechende Mehrleistungen gewährt wurden, der im Jahr 1892 zugesicherte Bundesbeitrag um Fr. 2667 erhöht.

Eine Erhöhung des im Jahr 1892 zugesicherten Bundesbeitrages um Fr. 291 fand ebenfalls statt für eine Stallbaute in der Alp Sardona, Gemeinde Zizers.

B. zur Auszahlung angewiesen:

im Kanton	Zürich . . .	für	13	Projekte	Fr.	11,029. 40
"	" Bern . . .	"	23	"	"	36,030. 71
"	" Luzern . . .	"	1	"	"	842. 64
"	" Schwyz . . .	"	15	"	"	11,113. 27

im Kanton Unterwalden n.		d. Wald . .	für	1	Projekt	Fr.	213. 43
"	"	Freiburg . .	"	1	"	"	4,300. —
"	"	Basellandschaft	"	2	"	"	5,056. 49
"	"	Schaffhausen .	"	1	"	"	873. —
"	"	St. Gallen . .	"	11	"	"	28,719. 59
"	"	Graubünden . .	"	24	"	"	22,455. 91
"	"	Aargau	"	3	"	"	6,804. 19
"	"	Thurgau	"	1	"	"	1,000. —
"	"	Neuenburg . .	"	1	"	"	1,148. 92
		1893 zusammen für		97	Unternehmen	Fr.	129,587. 55
		1892 " " "		57	"	"	36,323. 65
		1891 " " "		24	"	"	29,970. —

Außer den obenerwähnten an die Kantone ausgerichteten Subventionen wurden noch Fr. 412. 45 für Kosten der Inspektion vollendeter Unternehmungen verausgabt, so daß die Gesamtauslagen auf dem Kredit „Bodenverbesserungen“ Fr. 130,000 betragen. Im Budgetvoranschlag pro 1893 wurden Fr. 60,000 aufgenommen und als Nachtragskredite bewilligt Fr. 70,000.

IV. Viehseuchenpolizei.

A. Seuchenverhältnisse und Maßnahmen im Innern.

1. Den beiliegenden Übersichtstabellen ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre kein Fall von Lungenseuche angezeigt wurde. Fälle von Wut kamen 7 vor gegenüber 13 im Jahre 1892. Alle andern der Anzeigepflicht unterliegenden Tierseuchen traten stärker auf als im Vorjahre.

Zufolge den kantonalen Berichten erfolgten nachstehend verzeichnete Seucheneinschleppungen aus dem Auslande:

	Frankreich.	Deutschland.	Österreich-Ungarn.	Italien.	Total.
Maul- und Klauenseuche	14	6	9	96	125
Wut	2	—	—	—	2
Rotz und Hautwurm	—	1	—	—	1
Rotlauf und Schweineseuche	—	—	1	2	3
Milzbrand	—	—	—	1	1
Total der Einschleppungsfälle	16	7	10	99	132

über den

Stand der ansteckenden Krankheiten der Haustiere in der Schweiz im Jahre 1893.

Kanton.	I. Ansteckende Lungenseuche.		II. Rauschbrand.	III. Milzbrand.	IV. Maul- und Klauenseuche.				V. Wut.		VI. Rotz und Hautwurm.	VII. Rotlauf oder Fleckfieber der Schweine und Schweineseuche.	VIII. Räude.		
	Umgestanden und als verseucht abgethan.	Als der Seuche verdächtig abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Großvieh.		Kleinvieh.		Umgestanden und abgethan.	Als verdächtig abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Umgestanden und abgethan.	Verseucht und der Ansteckung verdächtig.
					Geschlachtet und umgestanden.	Verseucht und der Ansteckung verdächtig.	Geschlachtet und umgestanden.	Verseucht und der Ansteckung verdächtig.							
	Tiere.	Tiere.	Tiere.	Tiere.	Tiere.		Tiere.		Tiere.	Tiere.	Tiere.	Tiere.	Tiere.	Tiere.	
Zürich	—	—	1	43	48	294	—	25	—	—	9	210	—	—	
Bern	—	—	208	147	30	528	104	1	3	—	1	332	—	107	
Luzern	—	—	5	10	29	69	—	3	—	—	—	92	—	—	
Uri	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schwyz	—	—	7	8	7	311	—	—	—	—	—	10	—	—	
Unterwalden o. d. W.	—	—	14	1	—	—	—	—	—	—	—	12	—	—	
Unterwalden n. d. W.	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	
Glarus	—	—	70	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zug	—	—	—	1	2	101	30	15	—	—	—	10	—	—	
Freiburg	—	—	110	22	2	121	—	52	—	—	1	112	—	—	
Solothurn	—	—	5	37	—	108	—	22	—	—	—	19	—	—	
Basel-Stadt	—	—	—	—	255	195	—	7	—	—	—	1	—	—	
Basel-Landschaft	—	—	1	28	13	87	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schaffhausen	—	—	—	1	1	19	—	—	—	—	—	43	—	—	
Appenzell A.-Rh.	—	—	1	3	15	1239	—	508	—	—	—	22	—	—	
Appenzell I.-Rh.	—	—	15	2	—	300	—	285	—	—	—	21	—	—	
St. Gallen	—	—	3	8	126	2431	214	992	—	—	3	35	—	—	
Graubünden	—	—	8	—	53	3235	—	3543	—	—	—	35	—	—	
Aargau	—	—	—	5	8	207	—	57	—	—	—	15	—	—	
Thurgau	—	—	—	21	23	365	—	117	—	—	—	54	—	—	
Tessin	—	—	7	2	—	12	—	—	—	—	4	—	—	86	
Waadt	—	—	72	15	67	6415	96	712	—	—	3	187	—	494	
Wallis	—	—	5	—	—	7	—	1	—	—	5	37	—	—	
Neuenburg	—	—	1	2	11	407	2	150	—	—	—	10	—	—	
Genf	—	—	—	2	86	162	45	4	4	—	3	4	—	—	
Total	—	—	533	364	776	16613	491	6494	7	—	29	1271	—	687	
	—	—			17389		6985		7				687		
Stand im Jahre 1892	2	—	448	265	24374		15941		13	—	21	1271	—	9	
Vermehrung gegenüber dem Jahre 1892	—	—	85	99	8433		—		—	—	8	—	—	678	
Verminderung gegenüber dem Jahre 1892	—	—	—	—	—		—		—	—	—	—	—	—	

2. Behörden und Grenztierärzte haben in den letzten Jahren wiederholt auf die Unzulänglichkeit der viehseuchenpolizeilichen Bestimmungen über die Behandlung des aus dem Auslande kommenden Fleisches aufmerksam gemacht. Die Vorschriften über diese Materie waren durch den Art. 100 der Vollziehungsverordnung vom 14. Oktober 1887 zu den Bundesgesetzen über polizeiliche Maßregeln gegen Viehseuchen geregelt, und zwar in mehr allgemein gehaltener Weise, namentlich auch ohne jede Wegleitung hinsichtlich der Form, unter der die einzuführenden Fleischstücke zur tierärztlichen Untersuchung vorgewiesen werden müssen.

Ein zuverlässiges Urteil über den Gesundheitszustand von Fleisch läßt sich jedoch nach fachmännischer Ansicht nur abgeben, wenn mit demselben noch Lunge und Leber, erstere mit den Bronchial- und Mediastinaldrüsen, natürlich verbunden sind. Bei zerstücktem und bei dem auf irgend eine Weise präparierten Fleisch kann nur eine eingehende chemische und mikroskopische, eventuell bakteriologische Untersuchung einigermaßen Gewähr für die Unschädlichkeit desselben bieten. Die Anordnung einer derartigen Prüfung jedoch käme im Hinblick auf den benötigten Zeitaufwand und andere fast unüberwindliche Schwierigkeiten einem Einfuhrverbote gleich.

Seit dem Jahre 1887 ist die Einfuhr von Fleisch stetsfort und in bedeutendem Maße gestiegen. Es gelangten zur grenztierärztlichen Untersuchung:

im Jahre 1887	kg.	248,434	gegen
" " 1892	"	1,069,130.	

Mit dieser Steigerung ging Hand in Hand die unverhältnismäßig vermehrte Einfuhr minderwertigen Fleisches, für welches nachgerade die Schweiz und vornehmlich ihr Grenzgebiet das Absatzfeld der umliegenden Staaten zu werden drohte.

Diese Thatfachen verlangten gebieterisch, sowohl vom viehseuchenpolizeilichen als vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus, den Erlaß von geeigneten Maßnahmen, um unsere Bevölkerung nach jeder Richtung hin vor Nachteil zu schützen.

Diese Aufgabe stellt sich der unterm 1. Dezember 1893 erlassene Bundesratsbeschluß, betreffend die Abänderung des Art. 100 der Vollziehungsverordnung vom 14. Oktober 1887 zu den Bundesgesetzen über polizeiliche Maßregeln gegen Viehseuchen, vom 8. Februar 1872, 19. Juli 1873 und 1. Juli 1886. (Sanitätspolizeiliche Behandlung von Fleisch und Fleischwaren ausländischer Herkunft.) (S. A. S. n. F. XI, 739.)

3. Der letzte, V. internationale tierärztliche Kongreß, welcher in der Zeit vom 2. bis 8. September 1889 in Paris stattfand, faßte in seiner Schlußsitzung folgende Beschlüsse:

1. Der nächste internationale Kongreß soll im Jahre 1894 abgehalten werden;
2. derselbe soll in der Schweiz und zwar in einer vom schweizerischen Bundesrat zu bezeichnenden Stadt tagen;
3. die Organisation desselben wird den schweizerischen Mitgliedern des V. Kongresses übertragen.

Gestützt auf einen Bericht des schweizerischen Delegierten am Pariser Kongreß, Herrn Oberst Potterat, eidgenössischen Viehseuchenkommissärs, haben wir als Ort der Abhaltung des VI. internationalen Kongresses die Stadt Bern und als Zeitpunkt das Jahr 1895 bestimmt; das Landwirtschaftsdepartement ist beauftragt worden, zum Zweck der Organisation des Kongresses eine Kommission zu ernennen. Als Präsident derselben wurde Herr Oberst Potterat bezeichnet. Die Verschiebung auf das Jahr 1895 erfolgte namentlich mit Rücksicht darauf, daß die dadurch gewonnene Zeit es unter anderem ermöglichen dürfte, den praktischen Wert des Tuberkulins und des Malleins für die Diagnostik der Tuberkulose, beziehungsweise des Rotzes definitiv festzustellen. Überdies wird der Kongreß alsdann mit der VI. schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung zusammentreffen, deren Abhaltung in Bern nunmehr für das Jahr 1895 geplant wird.

B. Grenzverkehr im allgemeinen.

I. Hinsichtlich der Vieheinfuhr nach der Schweiz im Jahre 1893 giebt die beiliegende Tabelle III alle wünschenswerte Auskunft. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Verminderung des Viehimportes im Wertbetrage von ungefähr 10 Millionen Franken zu konstatieren, zum größten Teile wohl zurückzuführen auf den Futtermangel und die dadurch bedingte Abschachtung eines Teiles des einheimischen Viehstandes.

Frisches und geräuchertes Fleisch wurde in 7104 Sendungen mit einem Gesamtgewicht von 490,832 kg. der grenztierärztlichen Kontrolle unterworfen, gegenüber dem Vorjahre somit eine Verminderung von 624 Sendungen im Gewichte von 578,298 kg.

Die Viehseuchenpolizei an der Grenze verursachte Ausgaben im Betrage von Fr. 141,597. 48. Die aus den Untersuchungs- und Passierscheingebühren resultierenden Einnahmen beziffern sich auf Fr. 114,639. 43, so daß dem eidgenössischen Viehseuchenfonds eine Einbuße von Fr. 26,957. 95 erwächst. Auf Ende des Jahres 1893 beläuft sich dieser Fonds einschließlich der ergangenen Zinse auf Fr. 226,714. 99; derselbe weist somit gegenüber dem Vorjahre eine Totalverminderung von Fr. 19,733. 95 auf.

Übersicht

der

Vieheinfuhr in die Schweiz im Jahre 1893.

(Nach den Angaben der schweizerischen Grenztierärzte.)

Nr.	Tiergattung.	Grenzstrecke.	Menge.	Gesamtwert.		Einheitswert.	
				Stücke	Fr.	Fr.	Ct.
1	Pferde	Deutschland	3,420	2,106,549	615	95	
		Frankreich	3,031	1,661,678	548	23	
		Italien	1,791	995,079	555	60	
		Österreich	1,956	675,437	345	32	
		Total	10,198	5,438,743	533	41	
2	Maultiere	Deutschland	3	1,480	493	33	
		Frankreich	66	23,791	360	47	
		Italien	207	58,975	284	90	
		Österreich	3	1,000	333	33	
		Total	279	85,246	305	54	
3	Esel	Deutschland	3	200	66	67	
		Frankreich	45	5,100	113	33	
		Italien	266	50,660	190	45	
		Österreich	6	700	116	67	
		Total	320	56,660	177	06	
4	Fohlen	Deutschland	88	21,705	246	65	
		Frankreich	830	208,116	250	74	
		Italien	45	8,460	188	—	
		Österreich	155	36,230	233	74	
		Total	1,118	274,511	245	54	
5	Ochsen, geschaufelt a. Schlachtvieh	Deutschland	2,980	1,580,241	530	28	
		Frankreich	10,183	5,130,162	503	80	
		Italien	7,201	3,873,073	537	85	
		Österreich	1,667	783,780	470	17	
		Total	22,031	11,367,256	515	97	
	b. Nutzvieh	Deutschland	3,501	1,503,030	429	31	
		Frankreich	684	288,094	421	19	
		Italien	357	126,253	353	65	
		Österreich	67	20,340	303	58	
		Total	4,609	1,937,717	420	40	
Gesamttotal von 5 a und b			26,640	13,304,973	499	44	
6	Zuchtstiere a. Schlachtvieh	Deutschland	223	84,719	379	91	
		Frankreich	109	35,648	327	05	
		Italien	594	234,790	395	27	
		Österreich	119	40,020	336	30	
		Total	1,045	395,177	378	46	
	b. Nutzvieh	Deutschland	40	14,311	357	78	
		Frankreich	105	23,560	224	38	
		Italien	65	11,090	170	62	
		Österreich	—	—	—	—	
		Total	210	48,961	233	15	
Gesamttotal von 6 a und b			1,255	444,138	353	89	
7	Kühe, geschaufelt a. Schlachtvieh	Deutschland	276	78,209	283	37	
		Frankreich	424	117,667	277	52	
		Italien	10	2,170	217	—	
		Österreich	419	109,340	260	95	
		Total	1,129	307,386	272	26	
	b. Nutzvieh	Deutschland	1,898	639,543	336	96	
		Frankreich	3,546	961,096	271	04	
		Italien	5,180	1,167,385	225	36	
		Österreich	374	108,955	291	31	
		Total	10,998	2,876,979	261	59	
Gesamttotal von 7 a und b			12,127	3,184,365	262	58	

Nr.	Tiergattung.	Grenzstrecke.	Menge.	Gesamtwert.		Einheitswert.	
				Stücke	Fr.	Fr.	Ct.
8	Rinder, geschaufelt a. Schlachtvieh	Deutschland	207	66,940	323	38	
		Frankreich	91	19,653	215	97	
		Italien	7	1,300	185	71	
		Österreich	37	9,950	268	92	
	Total		342	97,843	286	09	
	b. Nutzvieh	Deutschland	270	84,074	311	39	
Frankreich		269	68,105	253	18		
Italien		741	158,610	214	05		
Österreich		324	88,130	272	01		
Total		1,604	398,919	248	70		
Gesamttotal von 8 a und b			1,946	496,762	255	27	
9	Jungvieh, ungeschaufelt	Deutschland	2,593	521,831	201	25	
		Frankreich	1,465	240,618	164	24	
		Italien	2,567	316,185	123	17	
		Österreich	1,612	328,060	203	51	
Total		8,237	1,406,694	170	78		
10	Mastkälber, über 60 Kg. Gewicht	Deutschland	147	14,688	99	92	
		Frankreich	10,238	990,555	96	75	
		Italien	1,426	156,038	109	42	
		Österreich	9	690	76	67	
Total		11,820	1,161,971	98	31		
11	Kälber, bis und mit 60 Kg. Gewicht a. Schlachtvieh	Deutschland	65	2,426	37	32	
		Frankreich	2,929	150,409	51	35	
		Italien	12	665	55	42	
		Österreich	13	513	39	46	
	Total		3,019	154,031	51	01	
	b. Nutzvieh	Deutschland	33	1,107	33	55	
Frankreich		17	595	35	—		
Italien		105	3,752	35	73		
Total		155	5,454	35	19		
Gesamttotal von 11 a und b			3,174	159,467	50	24	
12	Schweine	Deutschland	5,996	457,945	76	38	
		Frankreich	26,237	2,186,499	83	34	
		Italien	14,652	1,628,280	111	13	
		Österreich	4,501	439,440	97	63	
Total		51,386	4,712,164	91	70		
13	Schafe	Deutschland	19,808	624,765	31	54	
		Frankreich	27,855	910,124	32	67	
		Italien	31,299	817,480	26	12	
		Österreich	13,499	399,999	29	63	
Total		92,461	2,752,368	29	77		
14	Ziegen	Deutschland	176	3,675	20	88	
		Frankreich	466	11,719	25	15	
		Italien	1,793	34,273	19	11	
		Österreich	139	2,568	18	47	
Total		2,574	52,235	20	29		
General-Total 1—14			223,535	33,530,297			
<p>Überdies wurden im Transit eingeführt über die Zollstationen Pruntrut 19,190 Schweine und Buchs-Station 1326 Pferde und 129,289 Schafe.</p>							

Alle diese Differenzen lassen sich zum wesentlichen Teile aus der bei gleichbleibenden Auslagen verminderten Einfuhr erklären.

Ein etwelcher Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen dürfte sich für die Zukunft aus den Wirkungen des Bundesratsbeschlusses vom 14. Dezember 1893, betreffend Abänderung von Art. 16 der Instruktion für die Grenztierärzte (Vieheinfuhrtaxen) (Bundesbl. 1893, V, 789), ergeben.

2. Seitens der Grenztierärzte sind nachstehende Rückweisungen verfügt worden:

	Frankreich.	Deutschland.	Österreich-Ungarn.	Italien.	Total.
wegen Maul- und Klauenseuche und Seucheverdacht	6	1	2	13	22 Transporte
wegen Rotz und Hautwurm und Verdacht	6	2	—	—	8 „
wegen mangelhaften Gesundheitsscheinen	3	22	—	14	39 „
wegen Ungenießbarkeit des Fleisches	1	2	2	3	8 Sendungen
wegen ungereinigten, nicht desinfizierten oder zu schmalen Wagen	—	—	—	51	51 Transporte
Total der Rückweisungsfälle	16	27	4	81	128

C. Viehverkehr mit Frankreich.

Mit Rücksicht auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in der französischen Grenzzone und von daher erfolgte Einschleppungen dieser Seuche nach dem Kanton Waadt mußte die Einfuhr von französischem Vieh, mit Ausnahme der zur sofortigen Schlachtung bestimmten Tiere, über die Eintrittsstationen längs der Grenze von Crassier bis Chancy untersagt werden.

Der Umstand jedoch, daß das auf französischen Alpweiden gesömmerte waadtländische Vieh, cirka 4000 Stücke, zum Teil in verseuchtem und verdächtigem Zustande zurückkehrte und natürlicherweise trotzdem zur Einfuhr zugelassen werden mußte, gestaltete den Erfolg jener Vorsichtsmaßregel zu einem mehr oder weniger problematischen. Infolge Erlöschens der Seuche im Pays de Gex konnten die angeordneten Beschränkungen übrigens anfangs November wieder aufgehoben werden.

Mit Dekret vom 29. Dezember 1893 hat die französische Regierung im Hinblick auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in der Schweiz die Einfuhr von Klauenvieh aus der Schweiz verboten.

D. Viehverkehr mit Deutschland.

Die Regierung des Großherzogtums Baden hat im Laufe des Berichtsjahres das Institut der Grenztierärzte eingeführt und bei diesem Anlasse den Wunsch ausgesprochen, es möchte unsererseits gestattet werden, daß die grenztierärztliche Untersuchung der über Basel nach Deutschland einzuführenden Tiere auf dem Badischen Bahnhof in Basel stattfindet. Nachdem die badische Behörde in dieser Richtung bereits seit Jahren Gegenrecht gehalten und solches neuerdings gewährleistet hat, haben wir keinen Anstand genommen, dem Gesuche zu entsprechen.

E. Viehverkehr mit Österreich-Ungarn.

Der Bundesratsbeschluß vom 10. März 1891 betreffend das Verbot der Einfuhr von Nutzvieh blieb auch im Jahre 1893 gegenüber Österreich-Ungarn unverändert und mit gleichbleibend guter Wirkung in Kraft.

Im Anschluß an unseren letztjährigen Geschäftsbericht fügen wir hier bei, daß die Regierung des Fürstentums Liechtenstein uns Vorschläge darüber unterbreitet hat, wie im Viehverkehr zwischen den beiden Ländern Erleichterungen eintreten könnten, ohne die hiesseitigen Interessen zu verletzen.

Eine einläßliche Prüfung aller in Betracht fallenden Faktoren hat uns jedoch die Überzeugung beigebracht, daß die Gewährung einer Ausnahmestellung gegenüber dem Fürstentum Liechtenstein für die Schweiz weittragende Folgen hätte haben müssen, und für die Bundesbehörde wären mit Rücksicht auf anderweitige Begehren ähnlicher Art außerordentliche Schwierigkeiten erwachsen, deren Verhütung nur durch konsequentes Festhalten an den einmal bestehenden Vorschriften erreicht werden kann.

Diese Verhältnisse und der weitere Umstand, daß in einem großen Teile der Schweiz im Jahre 1893 Futternot herrschte und somit eine Begünstigung der Vieheinfuhr weniger als je am Platze war, veranlaßten uns, das Gesuch der Regierung von Liechtenstein abschlägig zu bescheiden.

F. Viehverkehr mit Italien.

1. Auch gegenüber Italien mußte der Bundesratsbeschluß vom 10. März 1891 aufrecht erhalten bleiben. Die Handhabung der Viehseuchenpolizei in diesem Lande läßt nach wie vor außerordentlich viel zu wünschen übrig. Zahlreiche Fälle von Einschleppung der Maul- und Klauenseuche durch italienisches Vieh veranlaßten

uns, unterm 22. November die Vieheinfuhr aus den verseuchten Provinzen Mailand, Novara und Turin zu verbieten, und als trotz dieser Maßregel eine Besserung der Verhältnisse nicht eintrat, mit Bundesratsbeschluß vom 27. Dezember das Verbot auf ganz Italien auszudehnen (Bundesbl. 1893, V, 807). Dabei ermächtigten wir das Landwirtschaftsdepartement, unter gewissen Voraussetzungen allfälligen Gesuchen kantonaler Regierungen um Ausnahmebewilligungen betreffend Schlachtsvieh zu entsprechen.

2. Wie Sie unserem Berichte für das Jahr 1892 entnehmen wollen, standen wir damals mit Italien in Unterhandlungen betreffend die Verlegung der bis dahin üblichen Untersuchungsstellen für das einzuführende italienische Sömmerungsvieh. Entsprechend unserem Begehren wurden im Jahre 1893 die tierärztlichen Untersuchungen durch schweizerische Tierärzte in Verceja, Bormio, auf Splügenberg und in Edolo vorgenommen.

Trotz diesen sorgfältigen Untersuchungen und den vom Kanton Graubünden angeordneten Vorsichtsmaßregeln konnte die Einschleppung der Maul- und Klauenseuche nach den Bündneralpen durch die italienischen Sömmerungsherden nicht verhindert werden.

Wir sind nachgerade zur Überzeugung gelangt, daß alle vorbeugenden Maßnahmen gegenüber der italienischen Gleichgültigkeit in viehseuchenpolizeilichen Dingen nutzlos erscheinen, und daß namentlich auch eine wortgetreue Ausführung der Mailänder Vereinbarung vom Jahre 1891 von seiten Italiens auf Absehen hin nicht zu erreichen ist. Aus diesen Gründen haben wir der Regierung des Kantons Graubünden die Frage zur Prüfung vorgelegt, ob es nicht im Interesse des dortigen Kantons und seines eigenen Viehstandes liegen würde, dem italienischen Sömmerungsvieh inskünftig den Eintritt zu verwehren. Das Ergebnis dieser Prüfung steht zur Stunde noch aus.

V. Maßnahmen gegen Schäden, welche die landwirtschaftliche Produktion bedrohen.

A. Phylloxera.

1. Allgemeines.

a. Im Einverständnis mit der zuständigen Behörde des Kantons Genf sind für die Einfuhr der in Art. 13 des Vollziehungsreglements betr. Vorkehrungen gegen die Reblaus, vom 29. Januar 1886, aufgeführten Gegenstände außer den Zollstätten Genf (Bahnhof), Perly, Rozon und Moillesulaz auch die Zollstätten La Plaine, Satory und Meyrin geöffnet worden.

Ebenso ist die Einfuhr jener Gegenstände über die Zollstätten Locle (Bahnhof) und Rheinhalde bei Schaffhausen gestattet worden.

b. Der Staatsrat des Kantons Genf hat auf eine Eingabe von Rebenbesitzern hin, mit welcher dieselben die Gestattung der Rekonstitution mittelst amerikanischer Reben verlangten, unser Landwirtschaftsdepartement ersucht, die Frage zu prüfen, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen diesem Gesuche entsprochen werden könnte. Der Bericht des Abgeordneten, Herrn Dr. Dufour, Direktor der Weinbauversuchsstation in Lausanne, den das genannte Departement mit der Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse an Ort und Stelle beauftragte, ist im diesjährigen (1893) Bande des landwirtschaftlichen Jahrbuchs veröffentlicht worden. Die Angelegenheit ist im Berichtsjahr nicht zur Erledigung gelangt.

2. Beiträge an die pro 1892 zur Bekämpfung der Reblaus gemachten Auslagen.

Von den Kantonen Zürich, Waadt, Neuenburg und Genf sind im Jahre 1892 zur Bekämpfung der Reblaus Ausgaben in folgenden Beträgen gemacht worden:

1. Zürich	Fr. 45,116. 91	(pro 1891 Fr. 41,197. 98)
2. Waadt	„ 36,306. 30	(„ „ „ 13,096. 45)
3. Neuenburg . .	„ 28,600. 55	(„ „ „ 41,652. 95)
4. Genf	„ 70,667. 05	(„ „ „ 54,687. 10)

Total Fr. 180,690. 81 (pro 1891 Fr. 150,634. 48)

Die Auslagen, an welche diesen Kantonen vom Bunde ein Beitrag von im Maximum 40 % gewährt werden konnte, sowie die verabfolgten Beiträge beliefen sich auf folgende Summen:

Kanton.	Unter- suchungs- und Vertilgungs- arbeiten.	Ver- tilgungs- mittel.	Entschädi- gungen für Zerstörung von Ernten.	Total.	Bundes- beitrag (40 %).
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Zürich	22,901. 10	2,212. 55	958. 95	26,072. 60	10,429. 04
Waadt	18,121. 30	10,874. 25	143. 85	29,139. 40	11,655. 76
Neuen- burg	19,045. 05	5,138. 25	1,585. 60	25,768. 90	10,307. 56
Genf	40,216. 90	11,491. 15	6,940. 95	58,649. —	23,459. 60
1892 :	100,284. 35	29,716. 20	9,629. 35	139,629. 90	55,851. 96
(1891 :	95,665. 33	19,535. 95	6,848. 01	122,049. 29	48,819. 72)

3. Das Auftreten der Reblaus im Jahre 1893.

Dasselbe gestaltete sich gegenüber dem Vorjahre wie folgt:

Kanton.	Infiizierte Gemeinden.	Infektions- punkte.	Infiizierte Stücke.	Umgegrabene, bezw. mit Schwefelkohlenstoff behandelte Fläche in m ² .
Zürich 1892	7	57	244	2,250
„ 1893	9	76	287	3,608
Vermehrung	2	19	43	1,358
Waadt 1892	6	6	839	5,496
„ 1893	18	9	14,144	33,004
Vermehrung	12	3	13,305	27,508
Neuenburg 1892	12	195	1,499	8,372
„ 1893	11	217	2,221	9,820
Vermehrung	—	22	722	1,448
Genf 1892	22	160	10,129	30,221
„ 1893	28	285	31,625	57,490
Vermehrung	6	125	21,496	27,269

Nähere Angaben hierüber sind in den kantonalen Berichten enthalten, die sich bei den Akten befinden und auf die wir hier verweisen.

B. Hagelversicherung.

Auf Beiträge aus dem Kredite, den Sie pro 1893 für die Förderung der Hagelversicherung bewilligt haben, wurde von 17 Kantonen Anspruch erhoben. Die Leistungen derselben, sowie die ausgerichteten Bundesbeiträge (50 % der erstern) sind aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Kantonale Auslagen.

Kanton.	Policen.	Versicherungs-	Prämien-	Kantonale Auslagen.		Total.	Bundes-
		summe.	summe.	Für Police-	Für Prämien-		beitrag.
		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Zürich . .	3,587	2,864,970. —	77,882. 20	7,470. 20	20,393. 51	27,863. 71	13,931. 85
2. Bern . . .	5,912	5,991,300. —	108,993. 80	12,141. 60	32,184. 04	44,325. 64	22,162. 82
3. Luzern . .	2,255	2,534,500. —	52,877. 10	4,397. 25	10,331. 41	14,728. 66	7,364. 33
4. Obwalden .	563	357,320. —	6,016. 20	993. 70	1,204. 20	2,197. 90	1,098. 95
5. Nidwalden .	156	152,770. —	2,633. 50	232. 50	1,431. 30	1,663. 80	831. 90
6. Zug . . .	52	76,860. —	1,123. 40	109. 20	224. 68	333. 88	166. 94
7. Freiburg . .	1,013	1,809,080. —	21,078. 60	1,924. 70	4,215. 72	6,140. 42	3,070. 21
8. Solothurn .	1,825	1,219,430. —	17,564. 30	3,467. 90	3,512. 86	6,980. 76	3,490. 38
9. Baselstadt .	60	110,610. —	2,138. 90	137. —	427. 78	564. 78	282. 39
10. Baselland .	1,633	918,420. —	15,445. 90	3,102. 70	3,089. 18	6,191. 88	3,095. 94
11. Schaffhausen	652	551,400. —	12,291. 40	1,235. 80	2,456. 50	3,692. 30	1,846. 15
12. Appenzell A.-Rh.	42	36,370. —	1,016. 50	79. 80	203. 30	283. 10	141. 55
13. St. Gallen .	1,649	1,733,250. —	31,677. 80	3,969. 90	6,335. 56	10,305. 46	5,152. 73
14. Aargau . .	3,759	2,137,500. —	32,099. 40	7,145. 30	6,419. 88	13,565. 18	6,782. 59
15. Thurgau . .	2,877	2,441,490. —	35,676. 20	5,472. 70	8,918. 97	14,391. 67	7,195. 83
16. Waadt . .	364	692,970. —	21,811. 60	764. 55	4,362. 32	5,126. 87	2,563. 44
17. Neuenburg .	460	541,867. —	19,661. 20	268. 30	9,696. 50	9,964. 80	4,982. 40
Total	27,219	24,170,107. —	459,988. —	52,913. 10	115,407. 71	168,320. 81	84,160. 40
1892:	22,414	20,703,521. —	340,150. 75	43,624. 80	85,326. 79	128,951. 59	64,475. 79

VI. Landwirtschaftliche Vereine und Genossenschaften.

Aus dem Kredite von Fr. 60,000, den Sie den landwirtschaftlichen Vereinen pro 1893 bewilligt haben, sind denselben folgende Bundesbeiträge zur Verfügung gestellt worden:

1. Dem schweizerischen landwirtschaftlichen Verein .	Fr. 27,000
2. Der Fédération des sociétés d'agriculture	„ 15,000
3. Dem landwirtschaftlichen Verein des Kantons Tessin	„ 4,000
4. Dem schweizerischen alpwirtschaftlichen Verein	„ 8,000
5. Dem schweizerischen Gartenbauverein	„ 7,000
	<hr/>
Total	Fr. 61,000

Bei der Festsetzung dieser Kredite war einerseits die Höhe der den Vereinen im Hinblick auf das Tätigkeitsgebiet derselben bisher verabfolgten Beiträge, andererseits die Nützlichkeit der in ihren Budgeteingaben vorgesehenen Unternehmungen maßgebend. An die Verabfolgung der Beiträge wurden u. a. folgende Bedingungen geknüpft:

1. Dem eidgenössischen Landwirtschaftsdepartement ist bis spätestens zum 15. Januar 1894 eine Rechnung über alle Auslagen einzureichen, für welche die Vergütung aus dem Bundesbeiträge beansprucht wird.

2. Diese Rechnung hat jeden einzelnen Ausgabeposten mit genauer Bezeichnung der Ursache der Ausgabe, des Datums der Zahlung und des Empfängers gesondert aufzuführen. Sie ist in vollem Umfange im Vereinsorgane zu veröffentlichen.

Durch diese letztere Bedingung sollten die einzelnen Vereinsmitglieder Einsicht in die Verwendung der Bundesgelder erhalten und in den Stand gesetzt werden, diese Verwendung zu kontrollieren. Auf den dringenden Wunsch des schweizerischen landwirtschaftlichen Vereins, der sich gegen die Veröffentlichung seiner Rechnungen sträubte, wurde indessen diese Bedingung wieder fallen gelassen. Immerhin wurde die Bewilligung und die Höhe künftiger Beiträge von der Art der Verwendung der diesjährigen Kredite abhängig gemacht.

Zufolge den eingesandten Rechnungen und Belegen sind diese Kredite wie folgt verwendet worden:

a. Schweizerischer landwirtschaftlicher Verein.

1.	Für landwirtschaftliche Wandervorträge und Specialkurse	Fr.	14,934. 80
2.	„ Verbreitung von Fachschriften	„	3,130. 50
3.	„ Abgabe von Edelreisern	„	1,500. —
4.	„ Import von Zuchtschweinen	„	4,470. —
5.	„ apistische Stationen	„	1,794. 55
6.	„ Erhebungen über den Brennstoffkonsum in Käsereien	„	456. 90
7.	„ Import französischer Zuchthähne	„	177. 05
8.	„ einen Samenmarkt in Bülach	„	272. 20
9.	„ einen Samenmarkt in Basel	„	272. 87
	Zusammen	Fr.	<u>27,008. 87</u>

Der zugesicherte Kredit von Fr. 27,000 gelangte also vollständig zur Auszahlung und zwar ohne daß der Verein diesmal einen Beitrag an die Verwaltungskosten bezog.

b. Verband der landwirtschaftlichen Vereine der romanischen Schweiz.

Der Verein verausgabte auf Rechnung des ihm bewilligten Kredits:

1.	Für Wandervorträge und Specialkurse	Fr.	2,252. 85
2.	„ Verbreitung von Fachschriften	„	1,477. 55
3.	„ Käserei-Prämierungen	„	1,311. —
4.	„ apistische Stationen	„	413. 30
5.	„ Preisausschreibung einer Schrift über Viehfütterung	„	810. 20
6.	„ Prämierung gutgeführter Wirtschaften	„	4,539. 80
7.	„ Prämierung einer Schrift über Tuberkulose	„	500. —
8.	„ Verwaltungskosten	„	1,500. —
	Zusammen	Fr.	<u>12,804. 70</u>

Der Kredit ist hauptsächlich aus dem Grunde nur unvollständig verwendet worden, weil ein Teil der für Käsereien zugesicherten Prämien erst im Jahre 1894 nach Ausführung der für die Prämierung verlangten Verbesserungen zur Auszahlung kommen kann.

c. Landwirtschaftlicher Verein der italienischen Schweiz.

Verausgabt wurden:

1. Für Kurse und Vorträge	Fr. 1899. 10
2. „ Prämierung von Alverbesserungen	„ 1810. —
3. „ Verbreitung von Fachschriften	„ 241. 09
4. „ Verwaltungskosten (Kreditrestanz)	„ 49. 81
	<hr/>
Total	Fr. 4000. —

d. Schweizerischer alpwirtschaftlicher Verein.

Der Verein bezog:

1. Für Vorträge und Kurse	Fr. 1018. 25
2. „ Alpinspektionen	„ 6059. 95
3. „ Verwaltungskosten (Kreditrestanz).	„ 921. 80
	<hr/>
Total	Fr. 8000. —

e. Schweizerischer Gartenbauverein.

Die Auslagen dieses Vereins für Kurse und Vorträge, Bibliotheken, Prämierungen, Muster- und Versuchsgärten betragen laut den vorgelegten Rechnungen und Belegen Fr. 8115. 13. An dieselben ist ein Beitrag von Fr. 7000 gewährt worden.

Ein ausführlicher Bericht des Vereins befindet sich bei den Akten.

VII. Verschiedenes.

Die Abhaltung der im Berichtsjahre für Bern in Aussicht genommenen schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung ist mit Rücksicht auf die eingetretene Futternot verschoben worden, weshalb der von Ihnen hierfür bewilligte Kredit zum großen Teile unverwendet geblieben ist. Immerhin mußten aus demselben die Kosten der Vorarbeiten zu $\frac{2}{3}$ mit Fr. 19,719. 40 gedeckt werden. Der restierende Drittel jener Kosten wurde vom Kanton Bern übernommen.

Überdies wurde an die Fr. 606. 20 betragenden Kosten der Vorschau für Gebirgsvieh ein Beitrag von $\frac{2}{3}$ derselben gewährt.

Die durch die Futternot des Jahres 1893 verursachte landwirtschaftliche Notlage rief einer Reihe von Maßnahmen, die zur

Linderung derselben geeignet erschienen. Dieselben sind Ihnen in unserer Botschaft vom 6. Dezember 1893, betreffend Maßnahmen des Bundes gegen die Futternot (Bundesbl. 1893, V, 423), einlässlich mitgeteilt worden. Es sei daher an dieser Stelle nur noch erwähnt, daß die Auslagen für die in Zürich und Lausanne abgehaltenen Konferenzen kantonaler Wanderlehrer Fr. 6252. 45 betragen. Über die Inanspruchnahme des Kredits, den Sie uns zur teilweisen Vergütung der Auslagen bewilligt haben, die von den Kantonen zur Linderung der Futternot gemacht werden, wird Ihnen erst im kommenden Geschäftsjahre Bericht erstattet werden können.

III. Abteilung.

Forstwesen, Jagd und Fischerei.

A. Forstwesen

(im eidgenössischen Forstgebiet).

Gesetzgebung. Unterm 14. November 1893 haben wir der Bundesversammlung den Entwurf eines Bundesbeschlusses samt Botschaft betreffend Revision des Art. 24 der Bundesverfassung vorgelegt dahin gehend, daß im ersten Absatz dieses Artikels die Worte „im Hochgebirge“ gestrichen und derselbe alsdann lauten würde:

„Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei.“

Infolge eines solchen Beschlusses würde sich dieses Recht der Oberaufsicht des Bundes über die ganze Schweiz erstrecken.

Gestützt auf das Bundesgesetz betreffend Reorganisation der Abteilung Forstwesen, Jagd und Fischerei beim eidgenössischen Industrie- und Landwirtschaftsdepartement vom 22. Dezember 1892, haben wir den 9. Mai 1893 Herrn Felix Schönenberger, Kreisförster in Bulle, zum zweiten Adjunkten des eidgenössischen Forstinspektors und Herrn von Sury zum Sekretär genannter Abteilung, mit Dienstantritt auf 1. Juni, gewählt.

Unterm 28. September 1893 haben wir, gestützt auf das Bundesgesetz über das Forstwesen vom 24. März 1876 und den Bundesbeschluß betreffend Bundesbeiträge an die Besoldung der höheren kantonalen Forstbeamten im eidgenössischen Forstgebiete vom 5. Dezember 1892, einem großrätlichen Dekret des Kantons Tessin vom 15. Juni 1893, über Abänderung der kantonalen Forstgesetzgebung, unsere Genehmigung erteilt, mit dem Bemerken, daß die forstliche Einteilung des Kantons nur als Provisorium erachtet werde, und es hat sich Tessin zu verpflichten:

1. eine neue höhere Forststelle zu kreieren und zu besetzen, sobald geeignete, mit Wählbarkeitszeugnissen versehene Forstkandidaten vorhanden sein werden, und
2. die Anzahl der Unterförster angemessen zu vermehren, sobald der Bundesrat dies zur Durchführung des Bundesgesetzes über das Forstwesen für notwendig erachten werde.

Der Kanton Graubünden hat die zwei, 1892 vakant gewesenen Kreisförsterstellen, die eine definitiv, die andere provisorisch, besetzt.

Die Bundessubsidie an die Besoldung ihrer höhern Forstbeamten, gemäß Bundesbeschluß vom 5. Dezember 1892, haben 13 Kantone, teils vom Datum der Inkrafttretung des letztern, 1. April 1893, teils von einem spätern Zeitpunkt an in Anspruch genommen. Zur Ausrichtung kamen Fr. 34,030. 55.

Ein neu aufgestellter Etat des wissenschaftlich gebildeten Forstpersonals auf Ende 1893 hat ergeben:

a. Eidgenössische Forstbeamten mit Inbegriff der Professoren und der Assistenten der Versuchsanstalt an der forstlichen Abteilung am eidgenössischen Polytechnikum		Stellen.
	besetzt	9
	vakant	1
		10
b. Kantonale Beamte		
	besetzt	107
	vakant	2
		109
c. Beamte von Gemeinden und Korporationen, besetzt		36
	vakant	1
		37
	Zusammen	156
		(1892: 152)

Zur forstwissenschaftlichen Prüfung, gemäß diesbezüglichem Reglement vom 16. März 1885, haben sich 6 Kandidaten angemeldet, von denen jedoch nur 2 dieselbe bestanden.

Die Kommission für die forstlich praktische Prüfung (Reglemente vom 16. Juni 1886 und 9. September 1892) war den 9. und 10. Oktober besammelt, nachdem 4 Kandidaten sich über eine wenigstens einjährige angemessene Praxis ausgewiesen und die Prüfungsarbeiten im Felde vorgelegt hatten. Denselben konnte das eidgenössische Zeugnis der Wählbarkeit an eine höhere Forststelle erteilt werden. Das gleiche Zeugnis wurde auch 2 Forstmännern ausgestellt, die sich durch früher erworbene kantonale Patente über ihre wissenschaftlichen und praktisch forstlichen Kenntnisse hinreichend ausgewiesen.

Die erste Hälfte eines Unterförsterkurses fand im Frühjahr 1893 im Kanton Tessin statt, während die zweite, ursprünglich auf den Herbst angesetzte Hälfte aus verschiedenen Gründen auf das Jahr 1894 verschoben werden mußte.

Ebenso wurde die Abhaltung eines bereits angemeldeten und von uns mit einem Bundesbeitrag bedachten forstlichen Fortbildungskurses für schon angestellte Unterförster in Graubünden, auf Wunsch des Kantons, wegen Arbeitsüberhäufung der zu Lehrern des Kurses bestimmten Forstbeamten, ins Jahr 1894 verlegt.

Vermessungswesen. Durch Kreisschreiben vom 16. März 1892 hatten wir die Kantone des eidgenössischen Forstgebietes (mit Ausnahme eines Kantons) eingeladen, uns über den Stand der Waldvermarchungen Bericht zu erstatten (Art. 10 des Bundesgesetzes über das Forstwesen) und die bezüglichlichen Instruktionen einzusenden. Die letzten Antworten der Kantone liefen uns erst im April 1893 ein und von einem Kanton steht dieselbe noch heute aus.

Die meisten Berichte sind mehr oder weniger lückenhaft; so fehlen in einzelnen derselben Angaben über die Vermarchung der Privatschutzwaldungen, über die Qualität der Vermarchung im allgemeinen, über den Bestand von diesbezüglichen Instruktionen und über die zum Vollzug der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen noch erforderliche Zeit. Wir werden nicht ermangeln, diesem wichtigen Gegenstande, dessen Durchführung aber hauptsächlich mit Bezug auf Regelung der Grenzen zwischen Wald und Weide große Schwierigkeiten entgegenstehen, unsere volle Aufmerksamkeit auch fernerhin zu widmen.

Über die 1893 ausgeführten Arbeiten betreffend die Triangulationen und Detailvermessungen der Waldungen haben wir folgendes zu berichten:

Die Triangulation I., II. und III. Ordnung, im besondern Interesse der Waldvermessungen, für welche unser Budget unter Forstwesen Fr. 15,000 enthält, ist dem eidgenössischen topographischen Bureau zum Vollzug überwiesen.

Wir waren im Falle, gestützt auf vorausgegangene genaue Prüfungen, nachstehende Triangulation IV. Ordnung zu genehmigen:

1. der Gemeinden Weggis und Greppen (Kanton Luzern) mit	42 Punkten
2. der Schilt-, Haggisberg- und Frietligwäldungen, Gemeinde Silenen (Kt. Uri) mit	18 "
3. der Gemeindegewäldungen Wollerau (Kanton Schwyz) mit	40 "
4. der Korporationswäldungen Oberägeri (Kanton Zug) mit	24 "
5. des unteren Bündner Oberlandes mit	179 "

Zusammen 303 Punkte

Wegen mangelhafter Ausführung wurde die Triangulation IV. Ordnung der Waldung der Oberallmendgenossenschaft in Rothenthurm (Kanton Schwyz) zurückgewiesen.

Bis Ende 1893 wurde im eidgenössischen Forstgebiet, seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über das Forstwesen, nachstehende Zahl trigonometrischer Punkte IV. Ordnung festgesetzt und instruktionsgemäß versichert:

2059 Punkte im Kanton	Bern,
55	" " " Luzern,
41	" " " Uri,
72	" " " Schwyz,
131	" " " Zug,
216	" " " Appenzell A.-Rh.,
1777	" " " Graubünden.

4351 Punkte im ganzen.

An die Kosten derselben trug der Bund bisanhin Fr. 39,010 bei.

Geprüft wurden, außer obigen Triangulationen, auf Wunsch der Kantone und auf Kosten des Bundes, nachstehende Detailvermessungen von Wäldungen:

1. der Schilt-, Haggisberg- und Frietligwäldungen, Gemeinde Silenen (Kanton Uri);
2. der Gemeindegewäldungen von Wollerau (Kanton Schwyz);
3. der Oberallmendwäldungen von Rothenthurm (Kanton Schwyz);
4. der Korporationswäldungen von Oberägeri (Kanton Zug);

5. der Gemeindewaldung von Malans	} (Kanton Graubünden).
6. der Gemeindewaldung von Flims	
7. der Gemeindewaldung von Rhäzüns	

Dem Kanton Unterwalden, Ob- und Nidwalden, wurden die Koordinaten und Höhen der Punkte höherer Ordnung mit der Einladung zugestellt, die Triangulation IV. Ordnung und die Detailvermessung beförderlichst in Angriff zu nehmen.

Der gegenwärtige Stand der Detailvermessungen ist aus nebenstehender Zusammenstellung (Tabelle I) ersichtlich. Im Berichtsjahr wurden 3729.87 ha. Waldung instruktionsgemäß aufgenommen. Mehr oder weniger genau sind sämtliche Waldungen der Kantone Zürich, Freiburg und Waadt vermessen. Die Gesamtfläche der bisher nach Instruktion im eidgenössischen Forstgebiet überhaupt stattgefundenen Waldaufnahmen beläuft sich auf 100,517 ha.

Den Kantonen Glarus, Appenzell I.-Rh. und Wallis haben wir bereits vor längerer Zeit die Koordinaten und Höhen wenigstens eines Teils ihres Gebietes mit der Einladung zum Beginn der Waldvermessung übermacht, ohne daß sie bisanhin der diesbezüglichen Vorschrift in Art. 16 des Bundesgesetzes über das Forstwesen nachgekommen.

Das Waldareal des eidgenössischen Forstgebietes beträgt nach dem gegenwärtigen Stand der Aufnahmen 462,824 ha. und dasjenige der ganzen Schweiz 835,677 ha.

Einer vom Kanton Bern vorgenommenen Revision der Schutzwaldausscheidung haben wir unterm 13. Januar 1893 unsere Genehmigung erteilt.

Der Kanton Waadt hat unterm 22. November 1893 alle in Weiden (pâturages, étivages und alpages) innert dem eidgenössischen Forstgebiet vorhandenen oder noch zu gründenden Waldparzellen als Schutzwaldungen erklärt.

Dem Kanton Bern haben wir, auf dessen Gesuch hin, die Bewilligung zu Ausreitungen von 7 kleineren Flächen in Schutzwaldungen in einem Gesamtmaß von 3.81 ha. erteilt, unter der Bedingung entsprechender Gegenaufforstungen.

Ebenso bewilligten wir dem Kanton Wallis die Urbarisierung von 20 ha. Waldungen der Gemeinde Isérables, wogegen andere waldlose Flächen und Weidwaldungen aufgeforschet werden müssen, die als Schutzwaldungen zu betrachten sind; der Weidgang in diesen Distrikten wird als aufgehoben erklärt.

Im Berichtsjahre wurden folgende Waldservituten abgelöst:

Waldvermessungen.

Tabelle I.

Zu Seite 474.

Kanton.	Vor Inkrafttreten der Instruktion für Detailvermessung. (29. Dezember 1882.)				Seit Inkrafttreten der Instruktion bis Ende 1892.				Im Jahre 1893.				Total.					
	Staats- waldung.		Gemeinde- und Korporations- waldung.		Staats- waldung.		Gemeinde- und Korporations- waldung.		Staats- waldung.		Gemeinde- und Korporations- waldung.		Staats- waldung.		Gemeinde- und Korporations- waldung.		Zusammen.	
	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.	ha.	a.
Zürich vollständig vermessen	88	39	132	32	—	—	8	88 ¹	—	—	—	—	88	39	141	20	229	59
Bern	4,104	93	4,792	31	1,211	84	2,780	95	134	98	901	33	5,451	75	8,474	59	13,926	34
Luzern	20	82	1,175	64	20	82	1,930	65	—	—	40	16	41	64	3,146	45	3,188	09
Uri	—	—	—	—	—	—	1,157	86	—	—	—	—	—	—	1,157	86	1,157	86
Schwyz	—	—	4,619	30	—	—	741	68	—	—	—	—	—	—	5,360	98	5,360	98
Obwalden	—	—	—	—	—	—	48	50	—	—	—	—	—	—	48	50	48	50
Nidwalden	11	—	137	—	17	—	695	—	—	—	—	—	28	—	832	—	860	—
Glarus	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zug	—	—	928	—	—	—	1,458	—	—	—	809	40	—	—	3,195	40	3,195	40
Freiburg vollständig vermessen	633	85	7,316	26	—	—	366 ²	—	—	—	—	—	633	85	7,682	26	8,316	11
Appenzell A.-Rh.	—	—	927	—	—	—	193	09	—	—	—	—	—	—	1,120	09	1,120	09
Appenzell I.-Rh.	—	—	17	60	—	—	219	48	—	—	—	—	—	—	237	08	237	08
St. Gallen	776	—	19,340	—	122	—	1,340	73	—	—	—	—	898	—	20,680	73	21,578	73
Graubünden	—	—	19,644	80	—	—	9,160	10	—	—	1,844	—	—	—	30,648	90	30,648	90
Tessin	—	—	—	—	—	—	54	78	—	—	—	—	—	—	54	78	54	78
Waadt vollständig vermessen	2,259	67	7,233	54	79	88	1,021	46	—	—	—	—	2,339	55	8,255	—	10,594	55
Wallis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Total	7,894	66	66,263	77	1,451	54	21,177	16	134	98	3,594	89	9,481	18	91,035	82	100,517	—

¹ Angekaufte Privatwaldungen. — ² Neuaufnahme infolge Ausscheidung von Wald und Weide.

1. Beholzungsrechte	19
2. Weide- und Grasrechte	65
3. Streurechte	22
4. Verschiedene andere Rechte	62

Zusammen 168 Rechte.

Die Ablösungen in Geld beliefen sich 1893 auf Fr. 81,970. Nicht beteiligt an diesen Arbeiten haben sich letztes Jahr die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, und Tessin.

Tabelle II giebt einen Überblick über die seit Inkrafttreten des eidgenössischen Forstgesetzes (10. August 1876) abgelösten waldschädlichen Dienstbarkeiten. Es beläuft sich die Anzahl derselben auf 2360, wovon in Geld für eine Summe von Fr. 909,968 abgelöst wurden.

Die Ablösungen haben, gemäß Bundesgesetz, vollständig stattgefunden in den Kantonen Zürich, Zug, Freiburg, Appenzell A.-Rh. und Waadt, wogegen der Kanton Uri damit noch gar nicht begonnen hat.

Wirtschaftspläne. Die 1893 von den betreffenden Forstbehörden genehmigten Wirtschaftspläne stellen sich wie folgt zusammen:

	Provisorische.		Definitive.	
	Anzahl.	Fläche. ha.	Anzahl.	Fläche. ha.
Bern	2	142	4	539.17
Luzern	—	—	1	22.70
Zug	—	—	2	1184.60
Freiburg	—	—	1	109.00
St. Gallen	7	1231	1	41.60
Wallis	5	3438	—	—
	14	4811	9	1897.07

Alle andern Kantone des eidgenössischen Forstgebietes befaßten sich leider 1893 mit diesen Arbeiten gar nicht oder brachten dieselben nicht zum Abschluß. Nur Zürich besitzt, und zwar schon seit längerer Zeit, definitive Wirtschaftspläne für seine auf dem eidgenössischen Forstgebiet liegenden öffentlichen Waldungen, die aber von geringer Ausdehnung sind, und außerdem hat Glarus, bereits 1892, die Einführung provisorischer Wirtschaftspläne vollendet.

Tabelle II.

Zusammenstellung der Servitut-Ablösungen im Jahr 1893 und der gesamten abgelösten Dienstbarkeiten.

Kanton.	Anzahl der im Jahr 1893 abgelösten Servitute.						Von 1881 bis Ende 1893 abgelöste Servitute.		
	Behol- zungs- rechte.	Weide- rechte.	Gras- rechte.	Streue- rechte.	Ver- mischte Rechte.	Total.	Ablösungs- betrag.	Total.	Ablösungs- summe.
Zürich (vollständig frei) .	—	—	—	—	—	—	Fr. —	—	Fr. —
Bern	1	—	—	—	—	1	15,750	73	334,712
Luzern	—	—	—	—	—	—	—	4	—
Uri	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwyz	—	—	—	—	—	—	—	22	31,657
Obwalden	1	1	—	10	1	13	3,900	49	13,270
Nidwalden	—	1	4	—	2	7	2,790	25	13,065
Glarus	4	4	—	2	3	13	475	127	83,636
Zug (vollständig frei) .	—	—	—	—	—	—	—	60	4,118
Freiburg (vollständig frei)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Appenzell A.-Rh. (voll- ständig frei)	—	—	—	—	—	—	—	166	6,064
Appenzell I.-Rh.	1	13	—	—	39	53	4,427	223	31,798
St. Gallen	—	1	—	—	—	1	40	1,440	225,162
Graubünden	11	23	18	10	17	79	39,408	151	78,834
Tessin	—	—	—	—	—	—	—	8	13,282
Waadt (vollständig frei) .	—	—	—	—	—	—	—	7	49,850
Wallis	1	—	—	—	—	1	15,000	5	24,520
Total	19	43	22	22	62	168	81,790	2,360	909,968

Im gesamtten wurden bisher Wirtschaftspläne entworfen:

1. Provisorische über	109,649 ha.
2. Definitive über	44,481 „

Zusammen 154,130 ha.

Kulturwesen. In Tabelle III findet sich der Stand der Forstgärten aufgeführt; dieselben nahmen Ende 1893 (gleich wie 1892) 95 ha. ein.

In Bezug auf die Kulturen im Freien ist leider 1893 eine Minderleistung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, indem nur 7,782,204 Pflanzen versetzt wurden gegenüber 8,521,211 Pflanzen. Dagegen kamen 9713 kg. Samen gegenüber 1046 kg. im Jahr 1892 zur Verwendung. Von ersteren gehören 6,622,260 Stück den Nadelhölzern und 1,159,944 Stück den Laubhölzern an (Tabelle IV).

Die mit Beiträgen aus der Bundeskasse, zu einem kleinen Teil aus der Hilfsmillion ausgeführten 77 Aufforstungs- und Verbauungsprojekte finden sich in Tabelle V zusammengestellt. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten beliefen sich auf Fr. 341,411. 35 (1892: Fr. 258,644. 28) und die Beiträge an dieselben:

Aus der Bundeskasse	Fr. 175,000. —
Aus der Hilfsmillion	„ 3,837. 50
Zusammen	Fr. 178,837. 50

Im Berichtsjahr wurden 60 neue Projekte von 9 Kantonen mit einem Gesamtkostenvoranschlag von Fr. 397,795 behufs Bewilligungen von Bundesbeiträgen angemeldet (Tabelle VI).

Die bedeutendste Leistung auf dem Gebiete der Aufforstung und Verbauung hat wieder Tessin aufzuweisen, wodurch das Forstpersonal aber, bei seiner geringen Anzahl, andere wichtige Arbeiten vernachlässigen mußte.

Wir haben im Berichtsjahre begonnen, den Stand der ältern mit Bundessubvention ausgeführten Aufforstungen und Verbauungen untersuchen zu lassen, und, wo nötig, die betreffenden Kantone eingeladen, Nachbesserungen und Reparaturen vorzunehmen.

Aufforstungen im eidgenössischen Forstgebiet während des Jahres 1893.

Kantone.	Nadelhölzer.								Laubhölzer.			Total.			Same. kg.
	Fichten.	Weißtannen.	Lärchen.	Kiefern.	Arven.	Verschulte Pflanzen.	Unverschulte Pflanzen.	Total.	Verschulte Pflanzen.	Unverschulte Pflanzen.	Total.	Verschulte Pflanzen.	Unverschulte Pflanzen.	Total.	
Zürich	58,100	4,250	150	—	—	62,500	—	62,500	6,170	—	6,170	68,670	—	68,670	—
Bern	1,196,260	154,850	119,670	111,000	17,980	1,563,860	35,900	1,599,760	98,388	127,860	226,248	1,662,248	163,760	1,826,008	71
Luzern	146,180	13,700	6,450	1,600	—	158,330	9,600	167,930	14,770	2,700	17,470	173,100	12,300	185,400	10
Uri	64,500	100	18,070	2,050	—	83,420	1,300	84,720	4,570	17,400	21,970	87,990	18,700	106,690	—
Schwyz	568,780	5,450	34,195	8,380	—	574,885	41,920	616,805	20,970	2,000	22,970	595,855	43,920	639,775	56
Obwalden	124,980	7,990	9,080	2,330	5,000	149,230	150	149,380	2,740	16,430	19,170	151,970	16,580	168,550	301.5
Nidwalden	47,100	2,000	1,800	5,100	500	56,500	—	56,500	3,100	—	3,100	59,600	—	59,600	—
Glarus	101,640	50	3,500	—	2,400	107,590	—	107,590	7,050	—	7,050	114,640	—	114,640	—
Zug	82,975	10,690	2,240	3,950	—	98,695	1,160	99,855	3,330	3,005	6,335	102,025	4,165	106,190	0.5
Freiburg	612,035	6,550	40,350	15,000	1,000	659,785	15,150	674,935	—	44,600	44,600	659,785	59,750	719,535	—
Appenzell A.-Rh.	205,350	1,800	8,150	3,050	—	212,700	5,650	218,350	15,400	—	15,400	228,100	5,650	233,750	—
Appenzell I.-Rh.	95,940	—	2,925	1,430	—	98,865	1,430	100,295	2,551	—	2,551	101,416	1,430	102,846	—
St. Gallen	991,560	44,280	45,900	55,990	8,050	1,122,880	22,900	1,145,780	63,050	72,120	135,170	1,185,930	95,020	1,280,950	—
Graubünden	329,600	—	166,561	45,480	38,860	553,901	26,600	580,501	11,260	500	11,760	565,161	27,100	592,261	26.7
Tessin	221,550	16,300	172,510	62,800	3,100	476,260	—	476,260	400,000	112,000	512,000	876,260	112,000	988,260	9,065
Waadt	292,770	1,300	14,400	550	200	309,220	—	309,220	58,070	47,500	105,570	367,290	47,500	414,790	33
Wallis	84,180	—	79,364	6,750	1,585	162,399	9,480	171,879	1,110	1,300	2,410	163,509	10,780	174,289	150
Summa	5,223,500	269,310	725,315	325,460	78,675	6,451,020	171,240	6,622,260	712,529	447,415	1,159,944	7,163,549	618,655	7,782,204	9,713.7

Stand der Saat- und Pflanzschulen in den Kantonen des eidg. Forstgebietes im Jahr 1893. Tab. III.

Kanton.	Staatswaldungen.		Gemeinde- und Korp.-Waldungen.		Privatwaldungen.		Total.	
	Flächen- aus- dehnung.	Ver- wendeter Same.	Flächen- aus- dehnung.	Ver- wendeter Same.	Flächen- aus- dehnung.	Ver- wendeter Same.	Flächen- aus- dehnung.	Ver- wendeter Same.
	Aren:	kg.	Aren.	kg.	Aren.	kg.	Hektaren.	kg.
Zürich	—	—	9.40	6.00	96.80	13.00	1.0620	19.00
Bern	1259.50	909.00	578.50	276.00	57.00	61.00	18.9500	1246.00
Luzern	40.00	—	145.18	69.00	110.64	21.00	2.9582	90.00
Uri	12.20	15.00	58.20	49.00	30.50	16.00	1.0090	80.00
Schwyz	—	—	676.04	238.70	5.88	5.50	6.8192	244.20
Obwalden	—	—	231.24	108.50	10.00	4.50	2.4124	113.00
Nidwalden	25.00	16.50	28.26	14.00	0.50	0.50	0.5376	31.00
Glarus	—	—	196.53	80.75	—	—	1.9653	80.75
Zug	—	—	336.06	49.00	—	—	3.3606	49.00
Freiburg	267.00	69.00	531.00	106.00	28.00	19.00	8.2600	194.00
Appenzell A.-Rh.	30.00	14.00	172.50	41.50	67.00	10.50	2.6950	66.00
Appenzell I.-Rh.	76.00	31.00	12.00	1.00	25.00	—	1.1300	32.00
St. Gallen	274.00	79.00	1486.68	309.50	464.00	69.50	22.2468	458.00
Graubünden	2.30	2.00	713.42	241.80	12.80	6.00	7.2852	249.80
Tessin	682.56	1516.80	—	—	60.00	150.00	7.4256	1666.80
Waadt	141.00	111.00	236.50	102.00	14.00	6.00	3.9150	219.00
Wallis	17.10	—	273.54	45.00	—	—	2.9064	45.00
Total	2826.66	2763.30	5685.05	1737.75	982.12	382.50	94.9383	4883.55
Stand des Jahres 1892 . .	2833.78	2457.50	5646.91	1746.90	1046.03	255.75	95.2672	4460.15
1893 { mehr } als 1892	—	305.80	38.14	—	—	126.75	—	423.40
{ weniger }	7.12	—	—	9.15	63.91	—	0.3289	—

Tabelle V.

Ausgerichtete Beiträge an ausgeführte Aufforstungs- und Verbauungsarbeiten pro 1893.

	Kosten-	Beiträge aus der		Total.
	betrug.	Bundeskasse.	Hülfsmillion.	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Bern: 23 Projekte: Brügglenwald, Lochrieseten und Wächtersmädli, Altes Aarebett, Schleife im Schaftehlauwald (Abschlagszahlung), Roßwald und Faad, Faadfluh und Bruch (Abschlagszahlung), Schlagbächlein (Abschlagszahlung), Steinschlag Isenfluh (Abschlagszahlung), Goldey-Halden, Leubuchenrieseten (Abschlagszahlung), Sagislauienzug, Känelchluchtlau (Abschlagszahlung), Spießbach (Abschlagszahlung), Horlauhgraben, Hornwald, Geristbord, Gemeine Weide I (Abschlagszahlung), Gemeine Weide II (Abschlagszahlung), Lichtgutgraben, Mühleohlen Eymatt und Grabenmatt, Öschmattgraben (Abschlagszahlung), Schmidbachseite, Unterscheidwald	100,635. —	49,361. 70	—	49,361. 70
2. Luzern: 1 Projekt: Teuffimattalp	2,654. 33	1,592. 60	—	1,592. 60
3. Uri: 3 Projekte: Lochberg (Abschlagszahlung), Buggiwald, Gurschen (Abschlagszahlung)	13,142. 36	5,726. 05	2082. 20	7,808. 25
Übertrag	116,431. 69	56,680. 35	2,082. 20	58,762. 55

	Kosten- betrag. Fr.	Beiträge aus der Bundeskasse. Fr.	Hülfsmillion. Fr.	Total. Fr.
Übertrag	116,431. 69	56,680. 35	2,082. 20	58,762. 55
4. Schwyz: 3 Projekte: Jentenen (Abschlagszahlung), Saurücken, Altberg und Kollernwald	8,508. 75	4,225. 20	—	4,225. 20
5. Obwalden: 1 Projekt: Einzugsgebiet des Eybaches (Abschlagszahlung)	4,712. 38	2,644. 44	—	2,644. 44
6. Freiburg: 4 Projekte: Schlattlen und Stutzenhöll (Abschlagszahlung), Pâturage du Cerniat, etc., Creux de la Savignière, Oberrückwald (Abschlagszahlung)	17,691. 95	9,821. 55	—	9,821. 55
7. St. Gallen: 18 Projekte: Tobelwald, Salet, Sackhub, Wiesflecken, Wolfensberg, Kublen, Ruhrhof, Dauersfeld, Riesen, Vilnas, Älpli am Gonzen, Vättnerberg, Faad, Bursthalde (Abschlagszahlung), Nutzhalden (Abschlagszahlung), Kohlplatz, Hacken, Rumpfweide	21,840. 12	10,700. 79	—	10,700. 79
8. Graubünden: 3 Projekte: Selva-Tavetsch (Abschlagszahlung), Plütschessa und Clüna (Abschlagszahlung), Brentsch und Putschils (Abschlagszahlung)	9,812. 51	4,483. 46	—	4,483. 46
Übertrag	178,997. 40	88,555. 79	2,082. 20	90,637. 99

	Kosten- betrag. Fr.	Beiträge aus der Bundeskasse. Hilfsmillion. Fr.		Total. Fr.
Übertrag	178,997. 40	88,555. 79	2,082. 20	90,637. 99
9. Tessin: 21 Projekte: Valle Pium, Sopra l'abitato di Sonogno, Pian d' Arbigo etc., Corcapolo, Sotto l'alpe di Pietra Rossa, Cresta, Meriggi der Alp Pietra Rossa, Val Crana, Valle di Bidogno, Sotto l'abitato di Piandera, Boscone di Moleno, Faedone, Decorgia, Pedriso, Sopra l'abitato di Airolo, Monte Pettine, Boscone di Lodrino, Torrente Molina, Ovigia, Versante sinistro della valle Scareglia Inzone, Ovia e Valle (alles Abschlagszahlungen mit Ausnahme der Projekte Cresta, Meriggi der Alp Pietra Rossa und Monte Pettine)	162,413. 95	86,444. 21	1,755. 30	88,199. 51
Total: 77 Projekte	341,411. 35	175,000. —	3,837. 50	178,837. 50

Tabelle VI.

Angemeldete und vom Bundesrat genehmigte Aufforstungs- und Verbauprojekte pro 1893.

	Kosten- betrag. Fr.	Beiträge aus der Bundeskasse. Hülfsmillion. Fr.		Total. Fr.
1. Bern: 25 Projekte: Fadfluh und Bruch, Denzenfad, Brüggenwaldrieseten (Nachtragsprojekt), Hornwald (Nachtragsprojekt), Geristbord, Bäuertwald und Obere Trogseitenalp, Bäderbergalp, Grytgraben, Vorholzallmend, Schwarzmoos, Ramlisberg, Schlittwegbruch (Nachtragsprojekt), Vordere Hohneggweiden, Grön, Öschmattengraben, Schmidbachseite, Einschlag und Höllweidli, Twärengrabengebiet, Nieder-Enzi, Unterscheidwald Wirtschaftsteil II, Schwarzwasservorsaß, Unterscheidwald, Burstgägeralp, Schwendigrabengebiet	190,027. —	107,191. —	—	107,191. —
2. Uri: 2 Projekte: Sulzeck, Gurschen (Nachtragsprojekt)	3,651. 10	1,825. 55	—	1,825. 55
3. Schwyz: 2 Projekte: Unterer Brunnenwald, Einzugsgebiet des Rütibaches	26,600. —	16,340. —	—	16,340. —
4. Nidwalden: 2 Projekte: Kleiner Langzug am Stanserhorn, Stotzig Egg des Schellenberges	3,093. 20	1,573. 84	—	1,573. 84
Übertrag	223,371. 30	126,930. 39	—	126,930. 39

	Kosten- betrag. Fr.	Beiträge aus der Bundeskasse. Hülfsmillion. Fr.		Total. Fr.
Übertrag	223,371. 30	126,930. 39	—	126,930. 39
5. Glarus: 1 Projekt: Rüfiruns	10,000. —	5,216. —	—	5,216. —
6. Freiburg: 3 Projekte: Schwand de Torin, Grand Pénnaz, La Grevalla	26,625. —	15,737. 50	—	15,737. 50
7. St. Gallen: 7 Projekte: Kubelloch, Bluzen, Blisch- halden, Gufern, Fäschmattenberg II, Lochezen, Rütibrunnen	15,337. —	7,908. —	—	7,908. —
8. Graubünden: 3 Projekte: Plütschessa (Nachtrags- projekt), Sut Crappa, Felsenbach	9,861. 70	4,203. 90	—	4,203. 90
9. Tessin: 15 Projekte: Leggiuna, Boscone di Lodrino, alla Sponda, Sopra Cimadera, Caromano, Pianca Bella, Saleggi, Letto della Maggia (Nachtrags- projekt), Dego e Crosetta, Zarigo, Sotto l'abitato di Beredino, Prato-Lavizzara, Riale dell' Uomo, Cucurei (Drose), Sponda di Canvera	112,600. —	63,500. —	130. —	63,630. —
Total: 60 Projekte	397,795. —	223,495. 79	130. —	223,625. 79

B. Jagd und Vogelschutz.

a. Jagd.

In der Gesetzgebung über Jagd trat im Berichtsjahr eine einzige Änderung ein, indem der Kanton Schaffhausen seine Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz einer Revision unterwarf, welcher wir den 28. April unsere Genehmigung erteilten.

Im Mai 1893 teilte uns das Präsidium des schweizerischen Jäger- und Wildschutzvereins Diana mit, daß letzterer in seiner Generalversammlung vom 30. April desselben Jahres beschlossen habe, dem Bundesrat die Frage vorzulegen, ob es nicht thunlich wäre, die eidgenössischen Grenzzollwächter zu beauftragen, ihren unmittelbar Vorgesetzten von allen durch sie konstatierten Jagd- und Fischerei-Übertretungen Anzeige zu machen, welche Fälle sodann durch die zuständigen Gerichte zu behandeln wären.

Nach Einholung der diesbezüglichen Ansicht des schweizerischen Zolldepartements haben wir dem Verein Diana erwidert, daß dem geäußerten Wunsche nicht entsprochen werden könne, was indes nicht hindern solle, daß Grenzwächter, welche zufällig auf einer Diensttour einen Jagdfrevel entdecken, davon zuständigen Ortes Anzeige zu machen hätten.

Was die Verwendung der Grenzwächter zur Fischereiaufsicht betrifft, wurde der Verein auf Art. 25, Abs. 2, des Bundesgesetzes betreffend die Fischerei, vom 31. Dezember 1888, aufmerksam gemacht, laut welchem der Bundesrat die eidgenössischen Grenzwächter zur Unterstützung der kantonalen Fischereipolizei in den schweizerischen Grenzgewässern beiziehen kann, von welcher Vollmacht auch bereits Gebrauch gemacht worden ist.

Auf ein vom Kreisamts-Ausschuß V Dörfer, Kanton Graubünden, gestelltes Gesuch um Interpretation des Bundesgesetzes über Jagd und Vogelschutz in einem gerichtlich noch nicht erledigten Jagdfrevelfalle wurde nicht eingetreten.

Die Frevelanzeigen aus den Jagdbannbezirken beschränkten sich auf 39 Fälle. Aus den Bezirken der Kantone Luzern, Uri, Nidwalden, Glarus, Appenzell A.-Rh., aus zwei Bezirken Graubündens und je einem Bezirk der Kantone Bern, Tessin und Wallis kamen keine Übertretungen zur Anzeige.

Zum Abschluß von Gemswild in Bannbezirken wurden den Kantonen Bern (Hohgant), Glarus und Appenzell I.-Rh. Bewilligungen unter der Bedingung erteilt, daß die diesbezüglichen Bestimmungen in der Instruktion der Wildhüter Beobachtung finden.

Der Bestand der Wildhutbezirke unterlag im Berichtsjahr keiner Veränderung; ihr Flächeninhalt verblieb für 21 Bezirke, wie seit dem 1. September 1892, auf 1992 km². Unter dem Wildhutpersonal fand einiger Wechsel statt; der Etat desselben steht gegenwärtig auf 40. An Besoldungen und Taggeldern der Wildhüter wurden von den betreffenden 15 Kantonen im Jahr 1893 Fr. 31,603. 50 und von den Kantonen Bern, Nidwalden, Glarus, Freiburg, St. Gallen und Waadt für Unfallversicherungsprämien zu gunsten ihrer Wildhüter Fr. 852. 30 verausgabt. Eine teilweise Neubewaffnung kostete den Kanton Bern Fr. 960, infolgedessen die Rubrik Bewaffnung und Ausrüstung verwichenes Jahr auf Fr. 1509. 35 stieg.

Die Gesamtauslagen der Kantone für die Wildbannbezirke betragen 1893 Fr. 36,908. 95 (1892 Fr. 34,284. 32) und der Bundesbeitrag an dieselben Fr. 12,302. 98.

An Raubzeug wurden 433 Stück Haar- und 631 Stück Federwild, zusammen 1064 Stück, erlegt, wobei Bern allein mit 153 Stück Haar- und 259 Stück Federwild, zusammen 412 Stück, beteiligt ist. An Schußprämien bezahlten 8 Kantone Fr. 795. 70. Aushülfe bei der Wildhut fand je nach Bedarf statt; dieselbe veranlaßte eine Ausgabe von Fr. 963. 10 (Tabelle VII).

Den Berichten der Kantone über ihre Hutbezirke entnehmen wir folgende Angaben:

Der bisherige gute Bestand des Gemswildes ist sich in den Bezirken Berns gleich geblieben; erwähnenswert ist eine starke Auswanderung aus dem sehr stark besetzten Faulhornbezirk durch Wechsel vom Wildgerst- und Schwarzhornggebiet nach dem gegenüber liegenden des Well- und Engelhorns. Dessenungeachtet ist der Bestand immer noch so bedeutend, daß das Gemswild anfängt, den Alpbesitzern und dem Forstmann bei seinen Kulturen lästig zu werden, und daher denn auch ein angemessener Abschluß stattfinden sollte.

Das übrige und besonders auch das Federwild leidet in einigen bernischen Gebieten noch ziemlich stark vom Raubzeug; dem schlimmsten unter demselben, dem Fuchs, ist in steinigem, felsigen Gegenden ohne Benutzung von Hunden schwer beizukommen.

Die Murmeltiere haben sich in den meisten Bezirken stark vermehrt, und die 8 früher schon vom Giffelhorn nach dem Sigriswylergrat, Bezirk Hohgant, gebrachten Stücke dort fest angesiedelt.

Aus den meisten kantonalen Berichten geht hervor, daß die Witterungsverhältnisse des verflossenen Jahres der Hebung des Wildstandes sehr günstig waren. Im Kanton Glarus wechselten die Gemsen bis in die bewohnten Thäler herunter und bis in die Nähe

Wildhut in den Jagdbannbezirken im Jahre 1893.

Kanton.	Bannbezirke.			Wildhüter, deren Anzahl.	Thätigkeit der Wildhüter.			Kosten der Wildhut.								Bundesbeitrag.	Leistungen der Kantone per km ² Bannbezirksfläche.																	
	Name.	Grösse.			Frevelanzeigen.	Erlegtes Raubwild.		Fixe Besoldungen oder Betrag der Taggelder.	Unfallversicherung der Wildhüter.	Bewaffnung und Ausrüstung.	Zulage für Munition.	Entschädigung für Kleidung und Wohnung.	Schußprämien.	Zeitweilige Aushilfe.	Verschiedenes.			Total.																
		Per Bezirk.	Per Kanton.			Haarwild.	Federwild.												Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.							
Bern	1. Faulhorn	196	417	3	9	74	62	5,591. 50	336. —	950. 10	125. —	—	320. 50	209. —	—	7,532. 10	2,510. 70	18.06																
	2. Kienthal-Suldthal	75			1	3	31												28															
	3. Gifferhorn	57			1	—	39												155															
	4. Hohgant	89			2	3	9												14															
Luzern	Schratten-Rothhorn	62	62	1	—	8	7	300. —	—	3. —	—	—	25. —	50. —	—	378. —	126. —	6.10																
Uri	Schloßberg-Titlis	197	66	2	1	14	13	750. —	—	10. —	2. 10	—	14. —	12. —	—	788. 10	262. 70	11.94																
Obwalden																			90	2	—	6	6	540. —	—	27. 60	—	—	—	—	—	567. 60	189. 20	6.81
Nidwalden																			41	1	—	8	13	376. —	54. —	15. —	—	—	—	92. —	—	537. —	179. —	13.10
Schwyz	Grieselstock-Bisithal	118	118	1	1	4	12	220. —	—	—	—	—	10. —	13. —	4. —	247. —	82. 33	2.09																
Glarus	1. Kärpfstock	129	238	2	—	18	10	2,000. —	75. —	251. 20	17. 20	—	188. 60	45. —	3,784. 10	1,261. 37	15.90																	
	2. Glärnisch	109																1	—	17	30	1,000. —	37. 50	29. —	30. 10	—	—	107. 50	3. —					
Freiburg	Moléson	121	121	1	2	25	47	876. —	41. 40	92. 50	—	250. —	183. 80	41. —	—	1,484. 70	494. 90	12.27																
Appenzell A-Rh.	Säntis	26	9	1	—	10	24	822. —	—	6. —	—	—	26. 40	5. —	—	859. 40	286. 47	95.49																
Appenzell I.-Rh.																			17	1	1	10	28	700. —	—	50. —	—	—	60. —	—	810. —	270. —	47.65	
St. Gallen	Churfirsten	189	189	2	3	29	41	2,400. —	88. —	60. 30	—	200. —	198. —	170. —	75. 20	3,191. 50	1,063. 83	16.89																
Graubünden	1. Spadlatscha	41	105	1	—	13	6	3,800. —	—	—	14. 20	—	18. —	—	—	3,832. 20	1,277. 40	36.50																
	2. Traversina	10																	1	—	13	6												
	3. Bernina	54																	1	1	7	1												
Tessin	1. Bedretto	36	121	2	—	8	15	4,428. —	—	—	—	180. —	—	—	—	4,608. —	1,536. —	38.08																
	2. Verzasca	85																	2	1	26	21												
Waadt	Rubly-Chaussy	110	110	6	8	13	10	4,800. —	220. 40	14. 65	5. —	20. —	—	15. —	—	5,075. 05	1,691. 68	46.14																
Wallis	1. Arolla	149	288	2	2	19	17	3,000. —	—	—	8. 80	151. 40	—	—	54. —	3,214. 20	1,071. 40	11.16																
	2. Entremont	86																	2	4	27	45												
	3. Val d'Illice	53																	1	—	5	20												
Total		1,992	1,992	40	39	433	631	31,603. 50	852. 30	1,509. 35	202. 40	801. 40	795. 70	963. 10	181. 20	36,908. 95	12,302. 98	18.53																

der Ortschaften. Die Wildhüter haben sich im allgemeinen bemüht, das Raubzeug in Schranken zu halten. In Lawinen gingen auch letztes Jahr wieder Gamsen zu Grunde, wogegen das Wild von verheerenden Krankheiten verschont blieb.

Auf dem kleinen See (2150 m. ü. M.) am Surenenpaß, in der Blakenalp, Kanton Uri, und dem Voralpsee (1130 m. ü. M.), Bannbezirk Churfürsten, Kanton St. Gallen, fanden sich letzten Sommer ausnahmsweise Enten ein.

Von einem Privaten wurde Beschwerde eingereicht wegen Schaden durch Gemswild an den in seiner Alp Oberhirschwendberg, Bannbezirk Schratten, Kanton Luzern, errichteten sogenannten Trischten. Wir wiesen ihn mit dem Bemerkten ab, daß das betreffende Jagdregal der Kanton Luzern besitze.

Im Bezirk Churfürsten, Kanton St. Gallen, nahm die Wilderei dermaßen überhand, daß ein dritter Wildhüter angestellt werden mußte. Die laxe Bestrafung der Freyler seitens der dortigen zuständigen Gerichte trägt vieles dazu bei.

Von einer Inspektion der Jagdbannbezirke wurde für das Jahr 1893 Umgang genommen, nachdem im vorhergehenden Jahr fast sämtliche bereist und den betreffenden Kantonen die Berichte der Jagd-Inspektoren zur Kenntnisnahme und möglicher Nachachtung zugestellt worden waren.

Durch Kreisschreiben vom 29. Juni 1893 haben wir sämtliche Kantone um Angaben über die Erträgnisse der Jagd durch Ausstellung von Patenten oder Verpachtung ersucht. Beiliegende Tabelle VIII enthält die Zusammenstellung der erhaltenen Antworten.

b. Vogelschutz.

Es war für uns erfreulich, zu vernehmen, daß die italienische Regierung sich mit dem Gedanken einer internationalen Übereinkunft zum Schutz der nützlichen Vögel befaßt und Herrn Ministerialrat Ritter Dr. Ohlsen beauftragt, sich zu diesbezüglichen Verhandlungen nach Paris, Bern und Wien zu begeben.

Obwohl die ornithologischen Kongresse in Wien (1884) und Budapest (1891), wo die Vogelschutzfrage bereits zur Behandlung gekommen, keinen Erfolg aufwiesen, so haben wir dessenungeachtet die Gelegenheit gerne ergriffen, um mit Herrn Ohlsen während seines kurzen Aufenthaltes in Bern im Laufe vorigen Sommers in Verbindung zu treten und ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen.

Das II. Heft des Kataloges der schweizerischen Vögel, das die Eulen und Spaltschnäbler behandelt, wird anfangs 1894 erscheinen.

Übersicht

der

jährlichen Einnahmen für die erteilten Bewilligungen zur Ausübung der Jagd in den Kantonen der Schweiz.

Durchschnittsertrag der drei Jahre 1890/92.

Kanton.	Gesamt- boden- fläche.	Wohn- bevölkerung (1. Dezember 1888).	Anzahl der aus- gestellten Jagdpatente.	Brutto- ertrag.	Reinertrag.	Reinertrag per km ² Bodenfläche in Fr.	Reinertrag per Kopf Be- völkerung in Cts.	Bemerkungen.
	km ²			Fr.	Fr.			
Zürich	1,724	337,183	312	13,775	12,855	7.46	3.81	Patentsystem
Bern	6,884	536,679	1,017	40,180	38,915	5.65	7.08	"
Luzern	1,501	135,360	324	10,966	8,505	5.67	6.28	"
Uri	1,076	17,249	248	1,300	1,300	1.21	7.54	"
Schwyz	908	50,307	212	2,690	2,690	2.96	5.35	"
Obwalden	475	15,043	83	755	755	1.59	5.02	"
Nidwalden	290	12,538	122	955	955	3.29	7.62	"
Glarus	691	33,825	153	1,530	1,530	2.21	4.52	"
Zug	239	23,029	64	1,600	1,600	6.70	6.95	"
Freiburg	1,669	119,155	264	11,419	11,419	6.84	9.58	"
Solothurn	792	85,621	98	4,980	4,980	6.29	5.82	"
Basel-Stadt	36	73,749	—	2,816	2,816	78.22	3.82	Reviersystem
Basel-Land	425	61,941	—	6,752	6,752	15.89	10.90	Reviersystem mit Aus- nahme von nur 4 Ge- meinden, welche Patente für ihr Gebiet ausstellen.
Schaffhausen	294	37,783	70	2,085	2,085	7.09	5.52	Patentsystem
Appenzell A.-Rh.	261	54,109	78	1,700	1,700	6.51	3.14	"
Appenzell I.-Rh.	159	12,888	70	1,490	1,490	9.31	11.56	"
St. Gallen	2,019	228,174	289	10,200	10,200	5.05	4.47	"
Graubünden	7,185	94,810	1,997	16,600	16,600	2.31	17.51	"
Aargau	1,404	193,580	—	38,000	32,150	22.90	16.61	Reviersystem
Thurgau	1,005	104,678	205	7,064	6,710	6.68	6.41	Patentsystem
Tessin	2,318	126,751	1,935	11,595	11,595	4.12	9.15	"
Waadt	3,232	247,655	1,125	25,100	25,100	7.77	10.14	"
Wallis	5,247	101,985	446	6,700	6,700	1.28	6.57	"
Neuenburg	808	108,153	427	6,535	6,535	8.09	6.04	"
Genf	277	105,509	381	7,620	7,570	2.73	7.17	"
	41,419	2,917,754	9,920	234,407	223,507	5.40	7.66	

C. Fischerei.

Betreffend die Gesetzgebung über die Fischerei ist anzuführen, daß durch unsere Schlußnahme vom 10. Februar 1893 dem Art. 7 der bundesrätlichen Vollziehungsverordnung vom 3. Juni 1889 zum Bundesgesetz über die Fischerei, der sich irrthümlicherweise nur auf vom Bunde unterstützte Fischwege bezog, folgende Fassung gegeben wurde:

„Wo Fischwege gemäß Art. 6, Abs. 4, des Bundesgesetzes über die Fischerei erstellt werden, haben die Kantone dafür zu sorgen, daß innerhalb, sowie auf eine bestimmte Entfernung ober- und unterhalb derselben nicht gefischt werde.“

Der Kleine Rat des Kantons Graubünden hat mit Schreiben vom 27. Juni 1893 großrätliche Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz betreffend die Fischerei vom 21. Dezember 1888 begleitet. Da dieselben den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen, haben wir den Erlaß an die Regierung Graubündens zurückgewiesen, mit der erneuerten ernstlichen Einladung, beförderlichst dem Bundesgesetze gerecht zu werden durch Einsendung eines revidierten Fischereigesetzes oder einer sachgemäßern Fischereiverordnung als der eingesandten.

Nachdem der Staatsrat des Kantons Tessin verschiedene vom Bundesrate ihm gestellte Fristen zur Einsendung einer Vollziehungsverordnung zu oberwähntem Bundesgesetz unbeantwortet gelassen, wurde derselbe unterm 10. November an diese Angelegenheit erinnert und wiederholt allen Ernstes eingeladen, seiner diesbezüglichen Verpflichtung gegenüber Art. 1 der bundesrätlichen Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei noch im Laufe des Jahres 1893 nachzukommen. Noch heute ist der Bundesrat nicht in den Besitz einer Antwort gelangt.

Seitens des Staatsrates von Wallis wurde uns, nach wiederholt hierzu erfolgten Einladungen, ein Entwurf zu einer Vollziehungsverordnung zu dem citierten Bundesgesetz zur vorläufigen Einsicht übermittelt und ging mit unsern Bemerkungen versehen unterm 3. November vorigen Jahres wieder an den Staatsrat zurück zur Vorlage an den Großen Rat, der sich noch denselben Monat versammelte. Seither ist uns in Sachen keine Mitteilung mehr zugekommen.

Unterm 7. November 1893 genehmigten wir den Beschluß des Regierungsrates des Kantons Luzern betreffend Schonzeit und Bildung eines Schonrevieres im Sempachersee für Balchen.

Da die von uns den Kantonen seiner Zeit als Muster übersandte Perforierzange für die Fischereikontrolle (Art. 13, Abs. 2, und Art. 14 des Bundesgesetzes über die Fischerei) nicht in allen Kantonen zur Anwendung gekommen, andererseits Perforierzangen in Gebrauch gesetzt wurden, deren Zeichen dem von uns vorgeschriebenen nicht ganz entsprechen, so haben wir uns veranlaßt gesehen, unterm 21. September 1893 ein diesbezügliches Kreis Schreiben zu erlassen.

Dem Kanton Obwalden wurde für den Sarner-, dem Kanton Zug für den Zuger-, dem Kanton St. Gallen für den Bodensee und dem Kanton Aargau für den Hallwylersee die Bewilligung zum Hechtfang während der Frühlingsschonzeit unter beschränkenden Bestimmungen erteilt.

Dem Kanton Zürich wurde, gleich wie für das Jahr 1892, so auch für 1893 die Bewilligung zum Gebrauch des Trachtgarns, für je 3 Tage in der Woche, während der Frühlingsschonzeit unter den gleichen Bedingungen wie bisher erteilt, daß nämlich gleichzeitig nur mit einem Trachtgarn gefischt werde und der betreffende Aufseher diesen Fischfang speciell überwache.

Einige Privaten haben unterm 30. August v. J. namens sämtlicher Fischer des Kantons Baselstadt nachgesucht, es möchte ihnen bewilligt werden, mit dem Fischgarn von 2½ cm. Maschenweite statt der vorgeschriebenen Weite von 3 cm. im Rhein zu fischen. Das Gesuch wurde abgewiesen.

Einen gleichen Bescheid erteilten wir dem Kanton Genf mit Bezug auf ein Gesuch dortiger Fischer um Bewilligung zur Verwendung von Reusen (nasses) mit Maschenweiten von 2 cm. im Hafen von Genf.

Den Kanton Bern sahen wir uns veranlaßt auf die Fischerei im Schwellenmätteli mit Geräten von unter 3 cm. Weiten aufmerksam zu machen, worauf diesem Mißbrauch Einhalt gethan wurde.

Fischereiaufsicht. Ende 1893 waren laut erhaltenen kantonalen Berichten 115 Fischereiaufseher angestellt, deren Besoldungen, resp. Entschädigungen sich auf Fr. 43,316. 68 beliefen. (1892: Fr. 41,348. 80.) Dazu kommen noch fünf Aufseher der Kantone Basel-Stadt, Schaffhausen und Zug, deren Besoldungen uns nicht angegeben wurden. An obigen Ausgaben beteiligte sich der Bund, gemäß Art. 29 des Bundesgesetzes über die Fischerei, mit 50 % oder Fr. 21,658. 35.

Unter der Zahl obiger Aufseher sind inbegriffen diejenigen für nachstehende interkantonale Gewässer:

1. Neuenburgersee	mit 8 Aufsehern.
2. Murtensee	„ 1 „
3. Vierwaldstättersee	„ 1 „
4. Zugersee	„ 1 „
5. Zürcher- und Wallensee und Linthkanal	„ 2 „

Die obgenannten Kantone Graubünden, Tessin und Wallis, die noch keine Vollziehungsverordnung besitzen, sind auch noch ohne Fischereiaufseher. Ferner haben die Kantone Schwyz und Waadt der betreffenden Bestimmung ihrer Verordnung noch keinen Vollzug gegeben und der Kanton Appenzell I.-Rh. hat mit der Fischereiaufsicht sein Forstpersonal und bezüglich der Gewässer des Jagdbannbezirks den dortigen Wildhüter beauftragt.

Für die Erlegung von, der Fischerei schädlichen Tieren, geschah im Berichtsjahr recht Befriedigendes, wie dies aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist. Es wurden nämlich erlegt:

167 Fischottern,
202 Fischreiher,
28 Eisvögel,
35 Lappentaucher,
120 Wasseramseln,
9 Spitzmäuse,

zusammen 561 Stück (1892: 451 Stück).

Die hierfür verabfolgten kantonalen Prämien beliefen sich auf Fr. 5007 (1892: Fr. 3325. 70), und die an die Kantone ausgerichteten Bundesbeiträge auf Fr. 2344. 10.

Der Stand der Schonreviere für die Fische in Seen und Flüssen auf Ende 1893 ist in Tabelle IX dargestellt.

Die Schongebiete auf Seen nehmen eine Fläche ein von 67,00 ha.
und auf Flüssen und Bächen 562,24 „
mit einer Längenausdehnung letzterer von . . . 1876,25 km.

Zur Sicherung des freien Zuges der Fische in den Gewässern durch Erstellung von Fischstegen an Wehren, Schleusen etc. (Art. 6, Absatz 3, des Bundesgesetzes) geschah folgendes:

1. In der Stadt Genf, beim Turbinenhaus, wurde ein Steg in Cement zu unserer vollkommenen Zufriedenheit ausgeführt und es darf derselbe als mustergültig bezeichnet werden. Die Kosten beliefen sich auf Fr. 12,004.

2. Aus gleichem Material und mit ebenso günstigem Erfolg wurde ein Fischsteg in der Birs, an der Wehre der Portlandcementfabrik Mönchenstein von Brentano & Co., erstellt.

Stand der Schonreviere auf Ende 1893.

Kanton.	Bezeichnung des Schongebietes.	Seen.		Flüsse und Bäche.		Total Fläche per Kanton.	Bemerkungen.
		Uferlänge.	Fläche.	Flußlänge.	Fläche.		
		km.	ha.	km.	ha.	ha.	
Bern	1. Lütchine im Amtsbezirk Interlaken	—	—	286,00	131,00	331,00	Bewilligung zum Fischfang zum Zwecke der künstlichen Fischzucht vorbehalten. Gebrauch der Rute vom Ufer aus gestattet.
	2. Aare von Brunnadern bis zum Thalmattenfahr bei Niederruntigen, mit Ausnahme des Schwellenmättelstückes bei Bern	—	—	31,50	200,00		
Luzern	3. Balchenberg im Sempachersee, ca.	—	63,00	—	—	63,00	Absolute Schonung.
Glarus	4. Mehrenbach	—	—	3,50	0,70	4,42	„ „
	5. Kleinlinthli bei Näfels, von dessen Ursprung bis zum Fabriketablisement des Herrn Örtly-Jenny	—	—	2,10	0,63		„ „
	6. Bodenwaldbach, von der Rothhausbrücke in Mollis aufwärts bis zu seinem Ursprung, nebst Zuflüssen, inbegriffen das sogenannte Trümpibächli in Mollis	—	—	2,30	0,69		„ „
	7. Rietenmattbach und Gnüsbach, von deren Ursprung bis zur Einmündung in die Linth	—	—	0,50	0,12		„ „
	8. Krauchbach, von seinem Ursprung bis zur Sernft, nebst Zuflüssen	—	—	6,60	1,98		„ „
	9. Niedernbach samt Auerbach bei Schwanden	—	—	1,00	0,30		„ „
	Freiburg	10. Sämtliche nicht verpachteten Bäche	—	—	1470		195,00
Waadt	11. Torneresse	—	—	44,00	11,00	35,82	„ „
	12. Bach von Biolles (Mosses), Zufluß des Hongrin	—	—	1,00	1,00		„ „
	13. La Raverettaz (Mosses), von der Brücke „des pontons“ bei la Comballez bis zur Quelle	—	—	4,00	4,00		„ „
	14. Orbe in la Vallée, von der Brücke der Gemeindestraße unterhalb des Kirchhofes von Sentier bis zum See	—	—	2,00	2,00		„ „
	15. Orbe in Vallorbes, zwischen dem Wehr „des Moulins“ und dem Wehr „Grandes Forges“	—	—	3,00	1,50		„ „
	16. Baumine, vom Dorfe Baulmes bis zur Quelle	—	—	4,00	0,80		„ „
	17. Teich von „derrière la cour de Bonvillars“ und dessen Abfluß bis zur Brücke der Gemeindestraße von Champagne nach Onnens	—	—	0,25	0,02		„ „
	18. See Ter in la Vallée	0,50	4,00	—	—		„ „
	19. Venoge auf Gebiet der Gemeinde Penthalez	—	—	3,00	3,00		„ „
	20. Cerjaulaz	—	—	9,50	7,00		„ „
	21. Nozon, von der Brücke der Kantonsstraße von Romainmôtier nach Envy bis zum Fall du Dard	—	—	2,00	1,50		„ „
	Total	0,50	67,00	1876,25	562,24	629,24	

3. Die Société des Mines de l'Orbe erbaute einen Steg bei der Wehre in der Orbe (Moncherand) ob der Stadt gleichen Namens, ebenfalls in Cement, und

4. der Staat Bern zwei hölzerne Stege am Hagnekkanal.

Dadurch hat sich die Anzahl der Fischstege in der Schweiz auf 16 gehoben. Die Bundesbeiträge pro 1893 an drei obiger Bauten beliefen sich auf Fr. 7055. 80.

Die Unterhandlungen betreffend Erstellung von Fischstegen in der Aare, nämlich im Schwellenmätteli bei Bern, bei den Schleusen in Thun und in Interlaken, kamen noch zu keinem Abschluß. Ebensowenig diejenigen über Anbringung eines Steges an der Wehre von Maigrange in der Saane bei Freiburg und bei Felsenbach an der Landquart, Kanton Graubünden.

Der Vollzug der Bestimmung in Art. 6 des Bundesgesetzes, welche die Besitzer von Wasserwerken verpflichtet, Vorrichtungen zu erstellen, um zu verhindern, daß die Fische in die Triebwerke geraten, begegnet großen Schwierigkeiten, indem die betreffenden Techniker noch keine Vorrichtung erfunden, die genannten Zweck erfüllt, ohne die Wasserkraft zu sehr zu schwächen und weitere Unkommlichkeiten herbeizuführen.

Herr Nationalrat Zschokke hat auf unsern Wunsch hin ein diesbezügliches Projekt ausgearbeitet, dessen theoretische Prüfung günstig ausgefallen ist und nun einem Versuche in einem größeren Gewässer unterworfen werden soll.

Bei den zahlreichen Fabriken und Gewerken in einzelnen Kantonen kommen Verunreinigungen von Fischgewässern zum Nachteil der Fischerei leider häufig vor. So war unser Sachverständige, Herr Apotheker Nienhaus in Basel, mit der Untersuchung von Verunreinigungen des Rheinstroms und der Birsig in den Kantonen Basel-Stadt und -Landschaft durch Abwasser und Ablagerung von Stoffen aus Fabriken beschäftigt und ebenso im Kanton Solothurn wegen Verunreinigung der Dünneren durch Abgänge der Cellulose- und Papierfabrik Balsthal.

Auf Wunsch der Regierungen von Aargau und St. Gallen haben wir Herrn Nienhaus mit der Untersuchung von in diesen Kantonen vorkommenden Verunreinigungen der Fischgewässer beauftragt und die erhaltenen Berichte genannten Behörden zur Kenntnisnahme und Benutzung übermittelt.

Die Anzahl der 1892/93 in Betrieb gestandenen Fischbrutanstalten belief sich auf 100 (1891/92: 94), nicht inbegriffen einige kleinere Privatanstalten.

Nach der in Tabelle X gegebenen Übersicht über den Betrieb derselben wurden im ganzen 21,405,900 Eier eingelegt, daraus 15,218,800 Fischchen gewonnen (1891/92: 15,401,200) und von diesen unter amtlicher Kontrolle 14,803,300 Stück in schweizerische Gewässer ausgesetzt. Nach Fischarten stellen sich letztere wie folgt zusammen:

Inländische Arten:	Stück.	Stück.
Lachse	1,176,400	
Lachsbastarde	276,900	
Seeforellen	1,127,700	
Fluß- und Bachforellen	2,358,200	
Rötel (Saiblinge)	611,400	
Äschen	559,200	
Felchen	8,561,900	
Aale	3,000	
Hechte	459,600	
Rötel × Bachsaiblinge	36,300	
	<hr/>	15,170,600
Ausländische Fischarten:		
Regenbogenforellen	43,200	
Lochleventrouf (Trutta levenensis)	5,400	
Bachsaiblinge	600	
	<hr/>	48,200
	Zusammen	<hr/> <u>15,218,800</u>

Die Fläche der Eierunterlagen der Brutanstalten beträgt 470 m² und die Anzahl der Brutgläser 100 Stück.

Zwei Sendungen von Eiern der Regenbogenforelle von je 15,000 Stück, welche wir der Güte der Regierung der Vereinigten Staaten Nordamerikas verdanken, trafen hier in Bern mit einem Verlust von nur 360 und 310 Stück ein und kamen zur Verteilung an 7 Brutanstalten.

Beim Fang der Rötel und der Gewinnung ihres Brutmaterials im Kanton Zug fand nicht die erforderliche polizeiliche Aufsicht statt. Auch war die Befruchtung der Eier zum Teil eine mangelhafte und dementsprechend das Ergebnis der betreffenden Brutanstalten.

Zwei Rekurse, der eine betreffend die Abgrenzung der Einmündung der Orbe in den Lac de Joux (Art. 3 des Bundesgesetzes über die Fischerei), der andere gegen eine Verfügung der aargauischen Finanzdirektion betreffend Verunreinigung der Bünz, wurden abgewiesen.

Leistungen der schweizerischen Fischbrutanstalten während der Brutperiode 1892/93.

Kanton.	Anzahl der Anstalten.	Eingesetzte Eier.													Ausgesetzte Fischchen.													Summa der unter amtlicher Kontrolle in öffentliche Gewässer ausgesetzten Fischchen.	Brutfläche. Eierunterlagen m ² .	Brutgläser. Stück.	
		Lachs. (Trutta salar L.)	Lachs-bastard.	Seeforelle. (Trutta lacustris L.)	Fluß- und Bachforelle. (Trutta fario L.)	Regenbogenforelle. (Salmo irideus Gibb.)	Lochleventrout. (Trutta levenensis)	Bachsaibling. (Salmo fontinalis)	Rötel. (Salmo salvelinus L.)	Äsche. (Thymallus vulgaris Nils.)	Felchen. (Coregonus.)	Hecht. (Esox lucius L.)	Kreuzung von Bachsaibling mit Rötel.	Total.	Lachs. (Trutta salar L.)	Lachs-bastard.	Seeforelle. (Trutta lacustris L.)	Fluß- und Bachforelle. (Trutta fario L.)	Regenbogenforelle. (Salmo irideus Gibb.)	Lochleventrout. (Trutta levenensis)	Bachsaibling. (Salmo fontinalis)	Rötel. (Salmo salvelinus L.)	Äsche. (Thymallus vulgaris Nils.)	Felchen. (Coregonus.)	Hecht. (Esox lucius L.)	Aal. (Anguilla vulgaris.)	Kreuzung von Bachsaibling mit Rötel.				Total.
Zürich	5	664,900	162,200	—	238,700	5,000	—	—	120,000	96,000	1,900,000	—	—	3,186,800	554,800	124,200	—	188,500	4,000	—	—	8,000	64,500	1,400,000	—	—	—	2,344,000	2,344,000	32.10	4
Bern	16	—	15,000	169,500	788,800	13,000	—	1,000	60,000	140,500	200,000	—	—	1,387,800	—	13,500	103,700	704,700	10,400	—	600	15,000	113,200	180,000	—	—	—	1,141,100	1,121,900	81.80	10
Luzern	6	—	—	121,000	93,700	10,000	—	—	22,000	—	3,790,000	700,000	—	4,736,700	—	—	84,900	72,400	4,500	—	—	5,300	—	2,985,000	389,000	3,000	—	3,544,100	3,319,000	19.55	33
Schwyz	1	—	—	—	—	—	—	—	65,000	—	—	—	—	65,000	—	—	—	—	—	—	—	36,000	—	—	—	—	—	36,000	36,000	1.10	—
Nidwalden	1	—	—	—	90,000	—	—	—	100,000	—	1,300,000	—	—	1,490,000	—	—	—	70,000	—	—	—	35,000	—	1,000,000	—	—	—	1,105,000	1,105,000	1.80	10
Zug	4	—	—	48,000	20,000	5,000	—	—	1,135,000	—	1,415,000	150,000	102,000	2,875,000	—	—	23,400	5,400	3,500	—	—	509,100	—	380,900	62,600	—	36,300	1,021,200	1,014,200	36.80	19
Freiburg	2	—	—	—	129,000	—	—	—	—	—	—	—	—	129,000	—	—	—	117,000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	117,000	117,000	7.00	1
Solothurn	5	—	—	—	151,500	—	—	—	—	—	—	—	—	151,500	—	—	—	129,500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129,500	126,500	6.60	—
Baselstadt	3	15,000	—	—	103,300	—	—	—	—	65,000	—	—	—	183,300	300	—	—	57,200	—	—	—	—	33,000	—	—	—	—	90,500	90,200	18.20	—
Baselland	3	54,000	67,000	—	287,800	—	—	—	—	63,000	—	—	—	471,800	37,000	53,000	—	268,300	—	—	—	—	55,000	—	—	—	—	413,300	408,800	30.75	—
Schaffhausen	1	270,000	34,500	—	8,000	2,000	—	—	—	39,000	—	—	—	353,500	256,000	32,500	—	7,400	1,500	—	—	—	33,000	—	—	—	—	330,400	328,900	17.60	—
St. Gallen	11	—	—	6,000	197,700	—	—	—	4,000	30,000	—	10,000	—	247,700	—	—	5,000	163,500	—	—	—	3,000	8,000	—	8,000	—	—	187,500	137,600	8.55	1
Graubünden	5	—	40,000	—	119,000	2,500	—	—	—	—	20,000	—	—	181,500	—	36,300	—	94,000	2,300	—	—	—	12,000	—	—	—	—	144,600	112,400	5.65	1
Aargau	17	485,000	17,500	—	329,600	—	—	—	—	200,000	1,470,000	—	—	2,502,100	328,300	17,400	—	293,900	—	—	—	—	126,000	1,200,000	—	—	—	1,965,600	1,965,600	34.65	21
Thurgau	4	—	—	—	105,000	—	5,000	—	—	150,000	1,885,000	—	—	2,145,000	—	—	—	94,900	—	4,400	—	—	126,500	1,404,000	—	—	—	1,629,800	1,629,800	41.85	—
Tessin	2	—	—	—	85,000	—	—	—	—	—	—	—	—	85,000	—	—	—	75,000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75,000	70,000	4.50	—
Waadt	11	—	—	881,400	20,000	5,000	—	—	—	—	—	—	—	906,400	—	—	662,600	16,500	4,800	—	—	—	—	—	—	—	—	683,900	616,100	71.15	—
Neuenburg	2	—	—	260,000	—	2,500	—	—	—	—	—	—	—	262,500	—	—	218,300	—	2,300	—	—	—	—	—	—	—	—	220,600	220,600	12.00	—
Genf	1	—	—	31,300	—	14,000	—	—	—	—	—	—	—	45,300	—	—	29,800	—	9,900	—	—	—	—	—	—	—	—	39,700	39,700	40.00	—
Total	100	1,488,900	336,200	1,517,200	2,767,100	59,000	5,000	1,000	1,506,000	783,500	11,980,000	860,000	102,000	21,405,900	1,176,400	276,900	1,127,700	2,358,200	43,200	4,400	600	611,400	559,200	8,561,900	459,600	3,000	36,300	15,218,800	14,803,300	470.15	100

Für die in Verbindung mit der schweizerischen landwirtschaftlichen Ausstellung in Bern beschlossene Fischerei-Ausstellung pro 1893 waren durch das betreffende Komitee bereits bedeutende Vorbereitungen getroffen worden, als infolge einer befürchteten landwirtschaftlichen Mißernte auf die Abhaltung einer Ausstellung vorläufig verzichtet wurde.

Der Bundesbeitrag an den schweizerischen Fischereiverein im Betrage von Fr. 3000 wurde von demselben, laut Bericht des Präsidenten, verwendet: für Wandervorträge, Versuche in der Lachsbastardzucht, Studium des Wallensees im Interesse der Fischerei, Untersuchung einer Anzahl Teiche im Kanton St. Gallen, Wiederbevölkerung fischarmer Gewässer, Beiträge an die Erstellung einer Medaille zu Prämien und einer Sammlung von Fischtafeln, für den Besuch ausländischer Fischerei-Ausstellungen (München und Innsbruck) und ausnahmsweise für einen Beitrag an die Kosten der schweizerischen Fischereizeitung.

Internationale Fischerei-Übereinkommen. Im Interesse einer schärfern Handhabung der Fischereipolizei am Doubs fanden wir uns veranlaßt, den Kanton Neuenburg einzuladen, den sonst freien Fischfang mit der Angelrute von einer speciellen amtlichen Bewilligung und Besitz einer Fischereikarte abhängig zu machen, welchem Wunsche entsprochen wurde.

Im Einverständnis mit dem schweizerischen Zolldepartement und den Kantonen Waadt, Wallis und Genf wurden die Zoll-einnehmer und Grenzwächter am Genfersee und an der Rhone in Genf angewiesen, sich an der Beaufsichtigung der Fischerei auf genannten Gewässern mitzubeteiligen, und ihnen die hierzu und zur Zollbehandlung von frischen Fischen aus denselben erforderliche Instruktion erteilt.

Zwischen den Kantonen Waadt und Genf wurde eine Konvention zur Unterdrückung der Fischereifrevel in den dortigen Grenzgewässern abgeschlossen.

Obige beide Maßnahmen sind bereits von bestem Erfolge begleitet.

Die Überwachung der Fischerei während der Schonzeit der Fera und des Rötels mit einem Frankreich gehörenden Naphtaschiff fand auch 1893 statt.

An der Aufsicht in den Gewässern der schweizerisch-italienischen Grenze im Tessin haben sich die Grenzwächter auch letztes Jahr wieder fleißig beteiligt und verschiedene Frevelfälle zur Anzeige gebracht. Aus dem Jahresberichte des eidgenössischen Fischereikommissärs in Lugano pro 1893 geht hervor, daß seitens Italiens

die Fischerei-Aufsicht sich wesentlich gebessert hat und vom Provinzialrat von Como ein neues Fischereireglement entworfen wurde, das zur Inkrafttretung nur noch der Genehmigung durch das Ministerium harret. Der neugewählte italienische Fischereikommissär für die Grenzgewässer, Herr Abgeordneter Scalini, nimmt sich der Fischerei mit großem Interesse an. Indessen hat es mit der Verunreinigung der Tresa durch die Fabriken in Creva noch nicht gebessert, und ist bei der Fabrik Hussy daselbst noch kein Fischweg für den Aufstieg der Fische erstellt und ebensowenig der verlangte zweite Fischsteg in Villorresi, im Tessinflusse, unter Sesto-Calende.

Die Verhandlungen betreffend die internationale Fischerei-Übereinkunft für den Bodensee, über welche wir letztes Jahr berichtet, wurden in Bregenz fortgesetzt und führten zu einem Abkommnis, das daselbst von den Bevollmächtigten den 5. Juli 1893 unterzeichnet wurde und, nach Genehmigung seitens der beteiligten Staaten, den 22. Dezember in Kraft getreten ist.

IV. Abteilung.

Versicherungswesen.

Dank der großen Arbeit, welche die Revision und Vervollständigung der von den Versicherungsgesellschaften dem Versicherungsamte einzureichenden jährlichen Berichte jeweilen verursachen, konnte auch dessen ausführlicher Jahresbericht pro 1891 erst 16 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres (also Mai 1893) verteilt werden.

Von den Ende 1892 für die Konzession neu angemeldeten Gesellschaften trat eine von ihrer Bewerbung wieder zurück, zwei andere dagegen erhielten im Berichtsjahre die eidgenössische Konzession:

The Norwich Union Life Insurance Society in Norwich und die *Oberrheinische Versicherungsgesellschaft* (für Transport-, Unfall- und Glasversicherung) *in Mannheim*.

Zwei erst gegen Ende des Berichtsjahres eingelangte neue Konzessionsgesuche konnten wegen Unvollständigkeit der Ausweise noch nicht behandelt werden.

Von den schon bisher in der Schweiz konzessionierten Gesellschaften ließen zwei im Berichtsjahre ihre Konzession auslaufen, ohne die Erneuerung derselben zu verlangen; es sind dies die beiden Lebensversicherungsgesellschaften

The Equitable in New-York und
La Confiance in Paris.

Die letztere hat ihren schweizerischen Versicherungsbestand durch einen (vom Bundesrate genehmigten) Vertrag dem Phénix abgetreten; den Versicherten haften nunmehr Phénix und Confiance solidarisch.

Der *Union, Marine Insurance Company in Liverpool*, welche im Jahre 1892 auf unsere Konzession verzichtet hat, wurde im März 1893 die Kautions zurückerstattet.

Infolge regelmäßigen Auslaufs der Konzession erhielten eine Erneuerung derselben:

Le Soleil sécurité générale et responsabilité réunis (Unfallversicherung) *in Paris*,

L'Union Suisse, Société d'assurance contre le bris des glaces et vitres et contre les dégâts causés par les conduites d'eau in Genf,

Kölnische Glasversicherungs-Aktiengesellschaft in Köln und die *Sächsische Viehversicherungsgesellschaft in Dresden.*

Der *Garantie fédérale* (Viehversicherungsgesellschaft) *in Paris* wurde die provisorische Konzession erneuert.

Nach Ablauf einer kurzen provisorischen Konzession erhielten wieder die definitive Konzession bis nach Ablauf der neuen sechs-jährigen Periode (Herbst 1898) die beiden Unfallversicherungs-Aktiengesellschaften

La Providence (nur für Einzelversicherung) und
L'Urbaine et la Seine, beide *in Paris.*

Die Ursache dieses Provisoriums war folgende. Vor Ablauf der ersten sechs-jährigen Amtsdauer waren den konzessionierten französischen Unfallversicherungsgesellschaften einige Übelstände signalisiert und als zu beseitigende bezeichnet worden, welche sich im Laufe der Jahre herausgestellt hatten und welche namentlich die Ausführung der Haftpflichtgesetze wesentlich erschwerten. Während zwei dieser Gesellschaften vor Ablauf ihrer ersten sechs-jährigen Konzession unserer Einladung nachkommen konnten, war dies bei den beiden andern erst nach einem kurzen Provisorium der Fall.

Ebenso haben folgende französische Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften erst ein Provisorium bis 30. Juni 1893, dann bis

31. Dezember 1893 durchgemacht, bevor sie die definitive Konzession bis November 1898 erhielten (und zwar die vier erstgenannten noch am 30. Dezember 1893, die andern erst im Januar 1894):

La Compagnie d'assurances générales, société d'assurance sur la vie,

L'Union, compagnie d'assurances sur la vie humaine,

La Nationale, compagnie d'assurances sur la vie,

Le Phénix, compagnie française d'assurances sur la vie,

La Caisse paternelle, compagnie d'assurances sur la vie humaine,

Le Soleil, société anonyme d'assurances sur la vie,

L'Urbaine, compagnie anonyme d'assurances à primes fixes sur la vie,

alle
in
Paris.

Welche Gründe uns dazu bewegen konnten, den bisher konzessionierten französischen Lebensversicherungsgesellschaften nach Ablauf der ersten Konzession nicht sofort eine neue definitive Konzession zu erteilen, sondern diese von der Durchführung einer technischen Reform abhängig zu machen, das ist schon in unserm Geschäftsbericht über das Jahr 1886 kurz angedeutet und im Jahresbericht des eidgenössischen Versicherungsamtes über dasselbe Geschäftsjahr 1886 einläßlich auseinandergesetzt.

Nicht nur wurde in dem letztgenannten Berichte die Frage, wie lange man noch die Berechnung der Reserven nach einem Zinsfuß von 4 % gestatten dürfe, von der Entwicklung der Zukunft abhängig gemacht, sondern es wurde noch eine andere Ursache zu niedriger Reserven bei den französischen Lebensversicherungsgesellschaften nachgewiesen, nämlich daß dieselben für die Berechnung derselben eine ganz horrend von der Wirklichkeit abweichende Mortalitätstafel verwenden, welche bei gewissen Altersstufen und bei einigen Versicherungsformen erheblich kleinere Reserven ergibt, als die rationellen technischen Grundlagen aller übrigen konzessionierten Lebensversicherungsgesellschaften. Es erhielten deshalb im Jahre 1886 nur diejenigen französischen Lebensversicherungsgesellschaften unsere Konzession, bei welchen dieser Manko durch andere Garantiemittel ersetzt erschien oder faktisch nur einen Betrag erreichte, welcher durch mäßige Zuschläge in wenigen Jahren beschafft werden konnte.

Seither haben die ältern französischen Lebensversicherungsgesellschaften selbst die als notwendig anerkannte Reform an die Hand genommen, indem sie die aus ihren eigenen Erfahrungen in der Todes- und der Rentenversicherung sich ergebenden Mortalitätstafeln erstellten und unter Zugrundelegung derselben und eines Zinsfußes von $3\frac{1}{2}$ % neue Tarife berechneten. Wären diese neuen

Tarife im Jahre 1892 schon eine beschlossene Sache gewesen, so hätten wir denselben sofort die Konzession für fernere sechs Jahre erteilt. Aber nicht nur war dies nicht der Fall, sondern die Reform wurde von einigen jüngern Gesellschaften, welche bei den bisherigen, den französischen Lebensversicherungsgesellschaften gemeinsam vorgeschriebenen Tarifen verbleiben wollen, abgelehnt, und es war bei dieser Sachlage nicht gewiß, ob die neuen Tarife von der Regierung die Genehmigung erhalten und dann in Kraft treten werden.

Bei dieser Ungewißheit in einer Frage, welche für unsere Staatsaufsicht von größter Wichtigkeit ist, konnten wir nicht anders entscheiden, als wir gethan, und wir durften uns sogar der Hoffnung hingeben, durch unsere Haltung die Einführung der als notwendig erkannten Reform zu fördern.

Eine analoge Reform haben die zwei Lebensversicherungsgesellschaften der französischen Schweiz in den letzten Jahren an die Hand genommen und im Jahre 1893 zu Ende geführt: Zugrundelegung des Zinsfußes von $3\frac{1}{2}$ % und von den Erfahrungen der Lebensversicherung entsprechenden Mortalitätstafeln. Es haben daher auch die Lebensversicherungsgesellschaften

La Suisse in Lausanne und

La Genevoise in Genf

im Jahre 1892 zuerst nur eine provisorische Konzession und erst am 23. und 29. Dezember 1893 nach Vorlegung der neuen technischen Grundlagen die definitive Konzession bis 1898 erhalten.

So haben denn diese Provisorien ohne Beunruhigung der Versicherten wesentliche Verbesserungen im Versicherungswesen herbeiführen helfen.

Im Berichtsjahre wurde die Frage betreffend die Kodifikation des privaten Versicherungsrechtes neuerdings in Fluß gebracht. Die rechtliche Abteilung des Versicherungsamtes beschäftigte sich seit längerer Zeit mit den bezüglichen Vorarbeiten. Die gesetzliche Regelung der Rechtsmaterie entspricht vorab einem dringenden Bedürfnisse der interessierten Kreise und erscheint weiter im Hinblick auf die sichere Ausführung des Bundesgesetzes betreffend Beaufsichtigung von Privatunternehmungen im Gebiete des Versicherungswesens vom 25. Juni 1885 als unerläßlich. Dieser Meinung hat auch der schweizerische Juristenverein in seiner Jahresversammlung zu Genf (1891) in entschiedener Weise Ausdruck gegeben. Wir glaubten daher, mit der Anhandnahme der seiner Zeit (bei der Kodifikation des O. R.) aus Gründen der Opportunität zurückgelegten Gesetzgebungsarbeit nicht länger zögern zu dürfen. Zur Prüfung der einschlägigen Fragen ernannte unser Industrie- und Landwirtschaftsdepartement, in Verbindung mit dem Justiz- und

Polizeidepartement, eine Expertenkommission und berief in dieselbe die Herren

Bundesrichter Cornaz in Lausanne;
 Großmann, Direktor der Helvetia in St. Gallen;
 Professor Eugen Huber in Bern;
 Professor Kinkelin in Basel;
 Dr. Kummer, Direktor des eidg. Versicherungsamtes;
 Ständerat Lienhard in Bern;
 Advokat Dr. Reh fous in Genf;
 Dr. Leo Weber, Sekretär des eidg. Justizdepartements, und
 Dr. Röllli, Chef der jurist. Abteilung des Versicherungsamtes.

Die Kommission trat am 1. Juli 1893 in Bern zu einer ersten Beratung zusammen. Auf ihren Antrag hin beauftragte der Bundesrat durch Beschluß vom 18. Juli Herrn Dr. Röllli, Chef der juristischen Abteilung des Versicherungsamtes, den Entwurf zu einem Bundesgesetze über den Versicherungsvertrag nebst Motiven auszuarbeiten, unter Beiziehung der andern Beamten des Versicherungsamtes und der Juristen der Expertenkommission. — Die Arbeit wurde von dem damit betrauten Beamten unverzüglich an Hand genommen. Wir hoffen, Ihnen im nächsten Geschäftsberichte die Fertigstellung des Entwurfes melden zu können.

Die laufenden Aufsichtsgeschäfte wickelten sich in normaler Weise ab. Wir heben insbesondere mit Genugthuung hervor, daß die Gesellschaften den ihnen durch das Aufsichtsgesetz auferlegten Verpflichtungen ohne Anstand nachgekommen sind. Die Großzahl der französischen Feuerversicherungsgesellschaften, die in der Schweiz arbeiten, hat im Berichtsjahre ihre Statuten revidiert, u. a. zu dem Zwecke, um, entsprechend den Bedürfnissen der Gegenwart, die Versicherung gegen Explosionsgefahren (durch Dynamit etc.) in den Bereich ihres Geschäftsbetriebes zu ziehen. Wir werden auf diesen Punkt in unserem Specialberichte für das Jahr 1893 ausführlich zu sprechen kommen.

Die zahlreichen Anfragen, welche vom Publikum aus an das Versicherungsamt gestellt werden, sind zum Teil Auskunftsbegehren über die Sicherheit und Geschäftsergebnisse der unserer Aufsicht unterstellten Versicherungsanstalten, zum Teil Klage- oder Beschwerdeschriften mit bestimmten Anträgen. Auf die letzteren können wir mangels Kompetenz regelmäßig nicht eintreten. Dagegen lehnen wir unsere Intervention da nicht ab, wo ein offenbar mit den dem Versicherungsamte seiner Zeit vorgelegten Grundlagen nicht übereinstimmendes Verfahren oder mangelhafte Einrichtungen einer Anstalt gerügt werden. Diese Stellungnahme liegt augenscheinlich im Zwecke der Staatsaufsicht begründet.

Auch im Berichtsjahre sind Reklamationen der Versicherungsgesellschaften über die von den Kantonen praktizierte Steuerbelastung nicht ausgeblieben. Die Klage ist eine ständige geworden und verdient die Beachtung der kompetenten Behörden. Die Steuerbeschwerde einer Lebensversicherungsanstalt wurde, weil verfrüht, nicht entgegengenommen, sondern vorerst an die kantonrechtlich zuständigen Instanzen gewiesen. Eine Reihe weiterer Beschwerden ist angekündigt. Neben der Steuerbelastung wird häufig auch über die Stempelpflicht geklagt.

Wegen unbefugten Geschäftsbetriebes in der Schweiz wurden im Jahre 1893 vier Strafklagen eingereicht (drei gegen den Vertreter einer amerikanischen Lebensversicherungsanstalt, eine gegen den Agenten einer französischen Viehversicherungsgesellschaft). Zwei Klagen wurden von den angerufenen Gerichten wegen Inkompetenz abgewiesen; eine andere ist zur Stunde noch nicht erledigt. In einem Falle wurde eine Buße von Fr. 50 ausgesprochen. Die im letztjährigen Geschäftsberichte erwähnte Strafklage gegen eine französische Feuerversicherungsgesellschaft harrt noch der Erledigung.

In Ausführung des Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1888 wurden dem Versicherungsamte 34 Civilurteile aus Versicherungstreitsachen übermittelt. Von denselben betreffen 8 Klagen der Gesellschaften gegen Versicherungsnehmer wegen verweigerter Prämienzahlung. Das Klagebegehren wurde in 4 Fällen ganz zugesprochen, in 4 Fällen ganz oder teilweise abgewiesen. In 26 Prozessen bildete die von den Anstalten bestrittene Pflicht zur Bezahlung der Versicherungssumme oder die Höhe des geforderten Ersatzes den Streitgegenstand. Zu Ungunsten der Gesellschaften endigten 17 Prozesse, ganz oder teilweise zu ihren Gunsten 9. Von den sämtlichen Streitigkeiten betreffen die Lebensversicherung 4, die Einzelunfallversicherung 6, die Kollektivunfallversicherung 15, die Feuerversicherung 1, die Transportversicherung 2, die Viehversicherung 6. Beim Entscheide des Richters erster Instanz hatte es sein Bewenden in 14 Fällen; an die kantonale Berufungsinstanz gelangten 15 Prozesse; durch Urteil des Bundesgerichtes wurden 5 Fälle erledigt.

Die von den konzessionierten Versicherungsgesellschaften bezogene Staatsgebühr erreichte im Berichtsjahre den Betrag von Fr. 34,859 (1892 Fr. 32,314). Für subskribierte Exemplare des Jahresberichtes wurden Fr. 1698 (1892 Fr. 2082) und für in Kommission verkaufte Berichte Fr. 444 (1892 Fr. 473. 70) eingenommen. Wir haben den Verkaufspreis dieser Berichte im Berichtsjahre um $\frac{1}{8}$ ermäßigt.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1893.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1894
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	10
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.03.1894
Date	
Data	
Seite	401-498
Page	
Pagina	
Ref. No	10 016 511

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.